

Betroffene erinnern sich (1)



Vereinigung der Opfer des
Stalinismus e. V.

Landesgruppe Sachsen-Anhalt

"Vom
Roten Ochsen
geprägt"

Lebensumstände politischer
Häftlinge von 1944 bis 1956

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Vorwort	3
Kapitel 1, Erich Küstermann	7
Kapitel 2, Edeltraut Reinecke	35
Kapitel 3, Heinz Veckenstedt	45
Kapitel 4, Erhardt Zimmermann	51
Kapitel 5, Rolf Lehrmann	61
Kapitel 6, Wolfgang Stiehl	75
Kapitel 7, Friedrich Gregor	103
Anlagen	127
Abkürzungen	128

Geschehenes ist geschehen, aber es ist nicht vergangen. Es zeigt seine Wirkungen weit über das Leben der einzelnen Betroffenen hinaus.

Diejenigen, die in dieser Broschüre selbst zu Wort kommen, mußten das Erlebte jahrzehntelang bis 1989 in sich verschließen. Aber zugefügtes Leid wird nicht nur erlitten; es geht auch diejenigen etwas an, die es zfügten und diejenigen, die es geschehen ließen - und deren Kinder und Kindesinder.

Deshalb gilt mein Dank zunächst in ganz besonderer Weise denen, die sich überwunden haben, von schlimmen Erlebnissen zu erzählen; dann denen, die zuhörten und es aufschrieben und nicht zuletzt denjenigen, die bei der technischen Herstellung dieser Broschüre geholfen haben.

Ich wünsche mir, das dieses erste Heft Menschen Mut macht, sich zu erinnern und andere daran teilhaben zu lassen.

Edda Ahrberg

Diese Dokumentation ist **den Menschen**, den unschuldig im Zuchthaus „Roter Ochse“ Halle/Saale ihrer Freiheit beraubten, gequälten, gefolterten, erniedrigten, hingerichteten oder zu Tode gebrachten Menschen, gewidmet.

In diese Widmung sind ebenso alle unschuldig inhaftierten Menschen eingeschlossen, wie alle wirklich schuldhaft Inhaftierten ausgeschlossen.

Für die Erarbeitung der Dokumentation waren für die Verfasser, oder besser „Aufschreiber“ zwei Aspekte maßgeblich:

- Die Unkenntnis der später geborenen und/oder nicht betroffenen Menschen unserer pluralistischen Gesellschaft über die grauenhaften Verbrechen, die von den Erfüllungsgehilfen zweier totalitärer deutscher Staatswesen in diesem Jahrhundert an unschuldigen Menschen begangen wurden
- Die Neigung vieler Vertreter der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur, die Untaten des zweiten totalitären Staates in einem Teil Deutschlands nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, als würden durch deren Anerkennung die Leiden und die Anerkennung der Opfer des vorangegangenen verbrecherisch totalitären Staates in Deutschland geschmälert

Wir meinen, man kann durch eine rot oder blau gefärbte Folie die darunter mit der gleichen, jeweils einer anderen Diktatur zugeordneten roten oder blauen, Farbe aufgeschriebenen Schandtaten der Erfüllungsgehilfen der Diktaturen beim besten Willen nicht erkennen.

Nehmen wir also die filternden und das Erkennen behindernden Folien weg.

Beide - und gedenken wir der Opfer. - Aller!

Wenn in den nachfolgenden Teilen von Lebensläufen und Hafterinnerungen jeweils von Schicksalen berichtet wird, die mit der stalinistischen Machtan-

maßung, eines nie durch freie Wahlen legitimierten Staatswesens in einem Teil Deutschlands berichtet wird, so wird damit nur ein notwendiger Nachholbedarf gedeckt. Keinesfalls sind damit die wesentlich besser dokumentierten, weil in der Vergangenheit bis 1989 nicht tabuisierten, Schicksale der Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft hintenan gestellt.

Zu guter Letzt und doch nicht zuletzt sei an die durchaus nicht geringe Zahl der Opfer erinnert, die in beiden Diktaturen den Kelch der Leiden auskosten mußten.

Die aufgeschriebenen Lebenserinnerungen stellen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und schon gar nicht auf wissenschaftliche Ermittlung dar. Es ist vielmehr eine späte Erinnerung der im Rentenalter stehenden Betroffenen an die Erlebnisse in den frühen Lebensjahren. Hier kann ebenso einmal ein Name wie auch ein Datum nicht ganz korrekt in der Erinnerung haften geblieben sein. Bei einigen Episoden und Erinnerungen konnten jedoch die mittlerweile eingesehenen Stasi-Unterlagen oder Gerichtsakten Namen und Ereignisse wieder plastisch und schmerzlich genau nacherlebbar machen, die längst mit der wohlthuenden Decke des Vergessens geschützt waren.

Gemeinhin meint man zwar, daß zurückliegende Ereignisse des Lebens sich verklärt und positiver darstellen, als zum Zeitpunkt ihres ersten Erlebens. Wenn man den Leidens- und Lebenserinnerungen an die Zeiten tiefster Verzweiflung und Erniedrigung durch Hinterfragungen bei den Betroffenen nahe kommen möchte, ist diese Tendenz nicht in dem Maße zu beobachten, wie es sonst bei normalen Lebensabschnitten üblich ist. Vielmehr kehren die traumatischen Erlebnisse wieder in voller Intensität und Schmerzlichkeit in das Bewußtsein zurück und belasten die Psyche des Erzählers.

Wir haben bewußt auf eine zu detaillierte Darstellung der eigentlichen Haft-erlebnisse verzichtet, sondern bei jedem Betroffenen nur die besonders in die Erinnerung zurückgekehrten mosaikhaften Teile der Erinnerung freigelegt und dargestellt, die der Betroffene als besonders typisch in seiner ganz persönlichen Erinnerung aufbewahrt hat.

Entsprechend mehr Raum haben wir den übrigen Lebenserinnerungen, in den kurzen Jahren vor und den langen Jahren nach der Haft, eingeräumt, um in dieser Dokumentation **den ganzen Menschen**, eingebettet in seine umgebenden Lebensverhältnisse, mit all seinen Befindlichkeiten zu skizzieren. Dies hilft unserer Meinung nach auch, bei der Hinterfragung der Schilderungen durch jüngere und unbeteiligte Personen, das Verständnis der Begleitumstände zu erhöhen und die Schmerzgrenze bei den Befragten geringer zu halten.

Wir wollten bewußt keine Märtyrer darstellen, sondern ganz normale Mitmenschen, „wie Du und ich“, die durch ihre Gedanken und Einstellungen sowie, meist nur teilweise, durch ihr Handeln in Konflikt mit den herrschenden Diktaturen gerieten und oft „bewußt erzieherisch stellvertretend“ grausam dafür gestraft oder gar zu Tode gebracht wurden.

Wenn wir von der Skizzierung von Opfern beider Diktaturen sprechen, so meinen wir damit bereits die auslösenden Auswirkungen aus dem von der verbrecherischen nationalsozialistischen Diktatur angezettelten 2. Weltkrieg, der schließlich bei einer Vielzahl, besonders der frühen Opfer, den „Grund“ für die Inhaftierung lieferte.

Die Siegermacht Sowjetunion schickte, entsprechend ihrer auch in der Wirtschaftsführung praktizierten Abhake- oder Planerfüllungsideologie, Offiziere zur Aufspürung und Bestrafung der „faschistischen Verbrecher“ - wie sie die nationalsozialistischen Machthaber in Deutschland nannte - um diese nicht mit dem Teilwort „...-sozialistisch“ belegen zu müssen. Diese, als Ermittler der Militärtribunale wirkenden Offiziere, kannten aus ihrer eigenen staatlichen Rechtspraxis keine rechtsstaatliche Ermittlungs- und Tatnachweispraxis, sondern **stellten**, wie gewohnt, **Verbrecher her** (siehe russische Rehabilitierungsurkunden).

Dazu genügte in der Regel als Anfangsverdacht die Denunziation durch einen mißgünstigen Nachbarn. Und da Gruppenbildung in die sozialistische Feindbild-Ideologie gehörte, wurden alle, dem Inhaftierten in brutalsten, mit physischer und psychischer Folter gespickten „Vernehmungen“ abgerungen, Namen von Freunden oder Bekannten zur Erstellung der, dann auch komplett inhaftierten, Gruppe verwendet.

So wurde, da die tatsächlichen Nazigrößen abgetaucht oder kaum den „Ermittlern“ bekannt waren, in Masse aus unbescholtenen Menschen, vornehmlich männlichen Jugendlichen, Sowjetfeinde, Werwölfe (ein Begriff aus der nationalsozialistischen Durchhalte-Propagandaküche, der in der Praxis von der kriegsmüden deutschen Bevölkerung kaum umgesetzt wurde), Terroristen, Hetzer gegen den Sowjetstaat u.s.w. „hergestellt“ und, da in der Planwirtschaft für alles eine „Sollvorgabe“ bestand, deren Übererfüllung prämiert wurde, arbeiteten sie „fleißig“. Material war ja genug da.

Auch die sich etablierenden deutschen Kommunisten waren gefordert, „Faschisten“ zu benennen. „**Wenn Du nicht nennst Namen, dann Du selbst Faschist**“, war die oft überzeugende Logik, mit entsetzlichen Folgen für den Verweigerer der Namensnennung, wenn er nicht schleunigst aus dem Machtbereich des Forderers verschwand.

Aber auch die dargestellte Lebensgeschichte des Erich Küstermann zeigt die Konfrontation mit **beiden** Diktaturen. Sie wurde deshalb in die Dokumentation aufgenommen, obwohl K. nicht im „Roten Ochsen“ inhaftiert war, weil er durchaus zu den von der Nazi-Diktatur dort Hingerichteten hätte gehören können, wenn ihm nicht die Flucht aus dem Kriegsgerichtsgefängnis Berlin-Tegel und das anschließende monatelange Versteckthalten gelungen wäre.

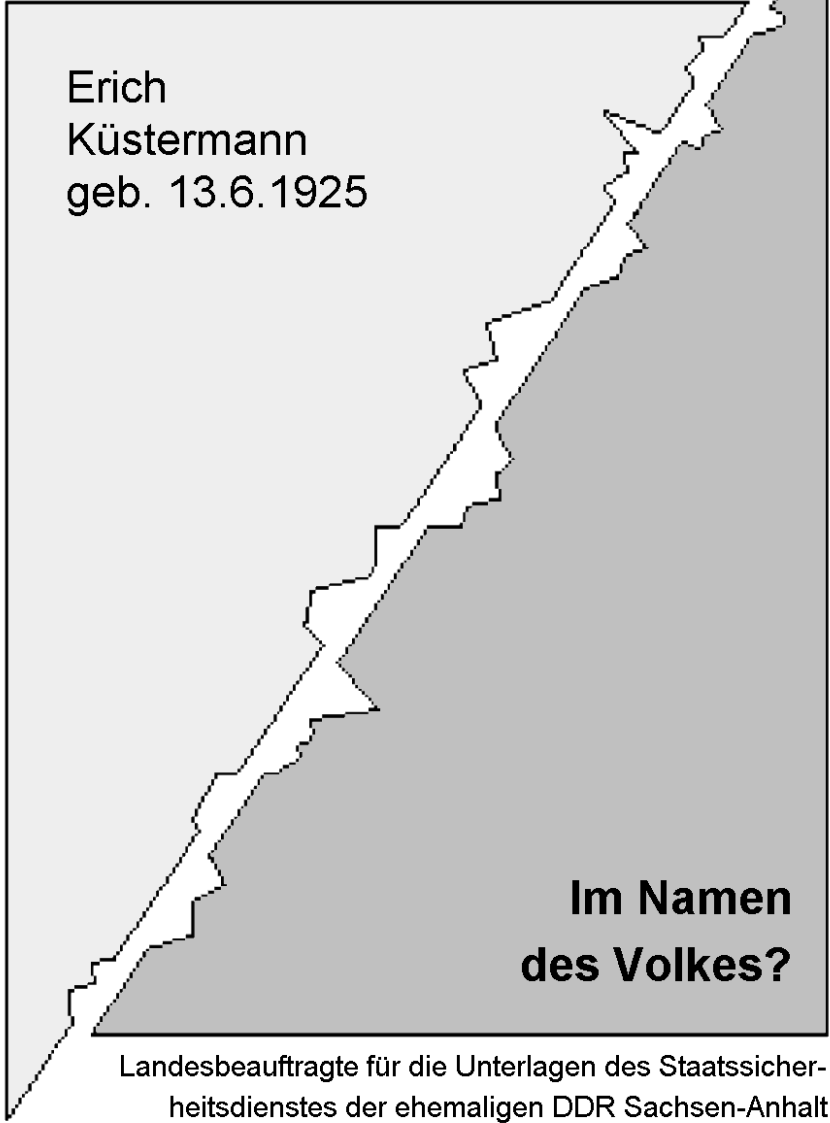
Die vorliegende Dokumentation von wenigen Schicksalen der frühen Nachkriegsjahre soll ihre Fortsetzung mit den Schilderungen von Schicksalen mit den typischen Besonderheiten in den weiteren sozialistischen Jahrzehnten finden.

Die einzelnen Darstellungen in der Dokumentation wurden in mehrfachen Gesprächen mit den Betroffenen stichpunktartig notiert, niedergeschrieben, dem Betroffenen schriftlich vorgelegt und, wenn erforderlich, nach Rücksprache korrigiert.

Alle Niederschriften wurden von den Betroffenen zur Dokumentation von Verfolgungsschicksalen freigegeben. Nur in einem Falle wurde um eine geringfügige Namensänderung des Betroffenen in der zu veröffentlichenden Dokumentation des Zeitzeugnisses gebeten.

Magdeburg im November 1995
Wolfgang Stiehl

Kapitel 1



Erich
Küstermann
geb. 13.6.1925

**Im Namen
des Volkes?**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Verhaftungsgründe:

E. K. kam in seinem Leben gleich 3 mal mit den „Gesetzen“ der unterschiedlichen und doch auch wieder vergleichbaren Diktaturen in Deutschland in Konflikt.

1. Befehlsverweigerung in der Wehrmacht während der NS-Diktatur
2. Untauglicher Protest gegen die Wucherpreise in den Läden der „staatlichen HANDELS-ORGANISATION“ HO
3. Aktive Teilnahme an einer Demonstration am 17. Juni 1953, bei der er einem Wachposten der Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg das Gewehr fortnahm und zerstörte.

Kurzbiographie und Bericht zur Zeit vor der Haft.

- 1931 bis 1939: Besuch einer 8-klassigen Grundschule in Magdeburg.
1939 bis 1942: Ausbildung zum Schriftsetzer in einem privaten Handwerksbetrieb.
1942: Absolvierung des in der NS-Diktatur eingerichteten „Reichsarbeitsdienstes“.
1943: Die Erziehung in der Schule und der NS-Jugendorganisation tat ihre Wirkung und führte zur freiwilligen Meldung E. K.s bei der Wehrmacht mit anschließender Ausbildung in einer Fallschirmjäger-Einheit der Wehrmacht in Holland.

Befehlsverweigerung in der Wehrmacht

In der Wehrmacht wurde E. K. der Befehl zur Teilnahme an einer Erschießung einer Gruppe von Jugendlichen, welche während der Vorführung einer „Wochenschau“ (wöchentlich in den Kinos gezeigte NS-Propagandafilme) „gestört“ hatten, erteilt.
Seine Verweigerung zu diesem Befehl brachte ihn in das Kriegsgerichtsgefängnis Berlin-Tegel, wo er mit einer hohen Verurteilung zu rechnen hatte.

Flucht aus dem Gefängnis Tegel

Die massiven Angriffe der alliierten Bomber ermöglichten E. K. die Flucht aus dem Gefängnis in Berlin Tegel. E. K. berichtet:

Die Wachmannschaften brachten sich vor dem Bombenhagel auch am 18.10.1944 in Sicherheit und überließen die Häftlinge in unverschlossenen Zellen ihrem Schicksal. Ich hatte noch keine Anstaltskleidung an, und machte einen Fluchtversuch. Ich gelangte in die Freiheit und konnte mir ein unabge-

schlossenes Fahrrad als Fluchtfahrzeug stibitzen. Der Besitzer möge mir verzeihen.

Mit dem Fahrrad ging's dann zügig gen Magdeburg. Bei jedem der selten auf der Straße verkehrenden Autos (es verkehrten fast ausschließlich Wehrmachtsfahrzeuge) war eine Deckungnahme im Straßengraben oder Feldrain angesagt. Wenn ich vom Heldenklau (Feldgendarmarie) erwischt worden wäre, mußte ich mit dem Aufknüpfen am nächsten Baum rechnen.

Untergetaucht bis Kriegsende

Ich gelangte tatsächlich bis zu meinem Elternhaus in der Nähe der Berliner Chaussee in Magdeburg, wo ich mich versteckt hielt.

Im Kleiderschrank versteckt, hörte ich die Belehrungen mit an, die das mit Spürhund angerückte Fahndungskommando meiner Mutter für den Fall meines Eintreffens erteilte.

Im Schrank aufbewahrte Gewürze müssen wohl die Spürnase des Hundes außer Gefecht gesetzt haben.

Nur bei Fliegeralarm war ich, leichtsinnigerweise, mal außerhalb des Hauses.

Am 13. Februar 1945 erwischte dann eine Bombe auch mein Elternhaus. Da ich nun keinen „sicheren“ Unterschlupf in Magdeburg mehr hatte, war erneut eine nächtliche Flucht, mit dem Fahrrad, diesmal zu Onkel und Tante in Heudeber-Danstedt, im Harz, angesagt. Meine spätere Ehefrau kam nach.

Dort erlebte ich auch das Kriegsende und wurde von Tschechischen Zwangsarbeitern als vermeintlicher SS-Angehöriger (v)erkannt. Nur die Aussage meines früheren Chefs in der Druckerei, der im Ort als Bürgermeister eingesetzt war, konnte den Verdacht entkräften.

Ich hatte den Krieg überlebt. Mein Vater war, wegen eines Streits mit einem Nachbarn, der mir den Hitlergruß „beibringen“ wollte, von diesem angezeigt und von der „Gestapo“ vernommen und geschlagen worden. Anschließend wurde mein Vater trotz seines Alters sofort zur Wehrmacht eingezogen und kehrte nicht zurück.

Nachkriegs-Hungerjahre

Die durch den Krieg zerschlagene Wirtschaft und das vom NS-Staat massenweise gedruckte Geld sowie die Rationierung aller zum Leben erforderlichen Dinge (Lebensmittel, Gebrauchsgüter, Kleidung, Brennstoffe) führten in allen Teilen Deutschlands zu einem blühenden Schwarzhandel. Die Löhne lagen demgegenüber auf der Preisbasis der rationierten und mengenmäßig völlig unzureichenden Waren. Der Wochenlohn eines Schriftsetzers lag bei maximal 50 Reichsmark. Auf dem Schwarzen Markt konnte man für einen Wochenlohn kaum ein Brot (bis zu 40 Reichsmark, auf Lebensmittelmarken kam das gleiche Brot 0,48 Reichsmark) erwerben. Im Prinzip konnte man also auf dem Schwarzmarkt nur kaufen, wenn man selbst etwas zum Verkaufen (ebenfalls zu überhöhten Preisen) anbieten konnte.

Nachdem in den von den Westmächten besetzten Zonen Deutschlands im Gefolge einer Währungsreform die DM eingeführt wurde, - jeder Bürger erhielt 40 DM Anfangskapital umgetauscht - wurde auch in der sowjetisch besetzten Zone eine neue Währung eingeführt.

Im Gegensatz zu einer sich rasch an Angebot und Nachfrage regulierenden Marktwirtschaft in den Westzonen brachte die neue Währung in der Ostzone, wie der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands auch genannt wurde, keine Marktregulierung mit sich.

Die Machthaber in der Ostzone gingen zügig an ihr Ziel, eine „staatliche Planwirtschaft“ aufzubauen und soweit wie nur irgend möglich, privates Eigentum in sogenanntes „Volkseigentum“ „umzuwandeln“ (indem die Eigentümer unter den fadenscheinigsten Vorwänden enteignet und dabei häufig auch noch kriminalisiert wurden).

Der Schwarzmarkt sollte dadurch abgebaut werden, daß in staatlich eingerichteten Läden (Handelsorganisation HO) Waren zu Schwarzmarktpreisen verkauft wurden.

Nunmehr konnte der Besitzer einer Ware diese zu vorgegebenen, relativ niedrigen Preisen bestenfalls an den staatlichen Handel abgeben, mußte aber, bei Bedarf, selbst Waren zu hohen staatlichen Vorgabepreisen beziehen.

Wegen des „Glaubens“ eingesperrt ?

E. K. berichtet über seinen Kampf gegen die Preise in den, vom Volksmund auch UWUBU-Läden (Ulbrichts -Wucher-Buden) genannten, staatlichen Handelseinrichtungen.

Der Ärger über die nicht erarbeitbaren Preise einerseits und die fortbestehende Mangelwirtschaft andererseits, verführten mich dazu, die Organisationsform der Kassierung in den HO-Läden zu einem, für mich recht einfachen Betrug zu nutzen.

Der Käufer wählte seine Ware aus, bekam eine Art Kassenbon, den er zur Kasse zu tragen und dort zu bezahlen hatte, der Kassenbon wurde vom Kassierer mit einem Gummistempel als „BEZAHLT“ bestätigt, dann konnte man damit seine Ware abholen.

Ich fertigte mir einen entsprechenden Stempel an und kaufte „kostenlos“ ein. Da ich diesen „Einkauf“ nicht nur für mich, sondern auch für meine Freunde praktizierte, war der „Schwund“ in dem UWUBU-Laden wohl doch recht auffällig, so daß wir bei einem der nächsten Einkäufe aufflogen.

Mein „Glaube“ - nicht erwischt zu werden - war also falsch.

Ein Jahr Gefängnis brachte mir dieser Ausrutscher in den fast kriminellen Bereich ein.

Im VEB Knast

1948 zog ich „zum ersten Mal“ in das Gefängnis Magdeburg-Sudenburg ein. Die Bedingungen im Gefängnis Magdeburg-Sudenburg waren ganz allgemein katastrophal zu nennen. Entsprechend der mangelhaften Versorgung der „freilebenden“ Bevölkerung in der Ostzone mit Lebensmitteln, war die Versorgung der Strafgefangenen noch mangelhafter (auch wenn es eigentlich für dieses Adjektiv keine Steigerung gibt). Arbeit gab es nur auf den Zellen in Form von Klebearbeiten für die Papierindustrie. Die Zellen besaßen keinerlei sanitäre Ausstattung, zerschlissene Zellwolldecken ohne Bezug und ebenso zerschlissene Anstaltskleidung gehörten zur „Ausstattungs-Norm“.

Während dieses Kurzaufenthalts im Magdeburger Gefängnis (ich sollte später noch einen viel ausgiebigeren Zuchthausaufenthalt absolvieren) lernte ich auch eine Anzahl politischer Häftlinge, die es im offiziellen Sprachgebrauch der „Zonenmachthaber“ gar nicht gab, kennen. Es waren alle die Zeitgenossen, die es nicht mehr geschafft hatten, sich der Verfolgung durch eine Flucht in die Westsektoren zu entziehen oder die einfach nicht daran glauben wollten, daß die herrschenden Kommunisten bei der Vorbereitung des „Aufbaus des Sozialismus“ jedes, aber auch wirklich das letzte Mittel, recht war, sich der eventuell noch gutgehenden privat geführten Betriebe zu bemächtigen.

Kurze Zeit in Freiheit

Nach der Entlassung aus der Haft war E. K. in einem Materialbergungskommando tätig, welches mit den überall noch aufzufindenden Trümmer-Material und Munitionsresten aus dem 2. Weltkrieg aufzuräumen hatte. Diese Tätigkeit wurde relativ gut bezahlt.

Die am 7. 10. 1949 in der sowjetisch besetzten Zone gegründete „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) fand mit ihrer von der SED diktierten und von den Bajonetten und Panzern der sowjetischen Armee gestützten Politik nur sehr geringe Zustimmung in ihrer Bevölkerung.

Im Juni 1953 wurde diese Stimmung, durch die von der Regierung verordneten Maßnahmen einer generellen linearen Erhöhung der Arbeitsnormen und der Erhöhung vieler Preise (u.a. Bahntarife für Zeitkarten), so stark aufgeheizt, daß es zur offenen Demonstration mit der Forderung zum Rücktritt der Regierung, zur Beendigung der Diktatur der SED und der Forderung freier demokratischer Wahlen kam.

Diesem Widerstand schloß sich auch E. K. mit den ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten an. Er fertigte im Alleingang Flugblätter, in denen zum Widerstand gegen die Diktatur aufgerufen wurde, und verteilte diese mit anderen jungen Leuten in Magdeburg.

E. K. berichtet:

17. Juni 1953 - Volksaufstand

Nachdem wir am 16. Juni am Hasselbachplatz in Magdeburg meine selbstgefertigten Flugblätter verteilt hatten, beschloß ich am 17. Juni in den Mittagsstunden, meinen Arbeitsplatz zu verlassen und mich an den unüberhörbar in der Stadt stattfindenden Demonstrationen teilzunehmen. Ich begab mich zur Haftanstalt in Magdeburg-Sudenburg und beteiligte mich an den Versuchen der Befreiung der dort einsitzenden Häftlinge, von denen ich durch meine eigene Haftzeit wußte, daß ein großer Teil derselben aus politischen Gründen eingekerkert war. Das hölzerne Tor der Haftanstalt war bereits in Brand gesteckt.

Es gelang mir, die Mauer zu erklettern und einem der dort vor den Volksmassen zitternden „Bewacher“ das Gewehr zu entwenden und dieses zu zerstören.

Wie überall in der Ostzone ließen die um Hilfe gerufenen sowjetischen Panzer nicht lange auf sich warten und vertrieben uns mit Brachialgewalt vom Gelände.

Während der Demo beobachtete ich verschiedene „Teilnehmer“, die mit ihrem Fotoapparat Bilder von der Demo schossen. Zu diesem Zeitpunkt dachte ich mir nichts Böses dabei.

Nachdem die Demonstrationen auf die geschilderte Art „beendet“ wurden, ging ich am folgenden Tag wieder normal zur Arbeit.

Die „Verhaftung“

Am Abend des 18. Juni wurde ich in meiner Wohnung durch ein 3 Mann starkes „Verhaftungskommando“ herausgeklopft. Noch in der Wohnung fand eine erste „Vernehmung“ statt. Die Wohnung wurde gründlichst durchsucht, wobei auch die Fußbodendielung aufgerissen wurde - natürlich alles ohne jegliche Formalität wie Haft- und Durchsuchungsbefehl. Eine Reihe Bücher, auch religiösen Inhalts, wurden eingepackt. Dann ging's ab in die Keller-Räume des Stasi-Objektes in der Walter-Rathenau-Straße. Auf dem Wege dorthin wurde ich mehrfach mit MP-Kolbenstößen traktiert und zur schnellen Gangart „aufgefordert“. Innerlich hatte ich bereits mit dem Dasein abgeschlossen.

Die nächsten 3 Tage waren von fast pausenlosen Vernehmungen durch sowjetische und deutsche Vernehmer ausgefüllt. Leugnen der Teilnahme an der Demo war zwecklos, weil die vorhin erwähnten „Hofphotographen“ „ganze Arbeit“ geleistet hatten.

Eine russische Vernehmerin leitete ihre Vernehmung mit folgenden Worten ein: Du wolltest wärden Könige von Magdeburg, aber daaraus wirrd nix, Du wirrst gähen auf Akkadämie des Läbbens.

Nach diesen 3 Tagen war der „Fall“ abgeschlossen und ich wurde in die Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg verlegt.

Die Bedingungen in der Haftanstalt waren noch katastrophaler als ich sie schon aus meiner vorhergehenden Haft kannte. Die Zellen waren auf Grund

der Ereignisse am 17. Juni hoffnungslos überbelegt. Dazwischen gab's zur Abwechslung auch mal Isolierung durch Einzelhaft, je nach Lust, Laune und objektiven Möglichkeiten.

Eine komplette Darstellung der wahrhaft unmenschlichen Haftbedingungen würde den Rahmen dieser Kurzdokumentation sprengen.

Vorverurteilung und Prozeß

Im SED-Bezirkspartei-Presseorgan „Volksstimme“ erschien in Auswertung der Vernehmungsprotokolle der Stasi bereits wenige Tage nach meiner Inhaftierung ein 3-spaltiger Artikel unter der Überschrift:

Rädelsführer Küstermann, gekauftes Subjekt westlicher Agentenzentralen

Der in der Anlage wiedergegebene Artikel befaßt sich inhaltlich mit der Verbindung zu einem in Westdeutschland lebenden Onkel, der auf einer, bei der Hausdurchsuchung gefundenen offenen Postkarte anbietet, mir in Westdeutschland einen Arbeitsplatz zu beschaffen, wenn ich hinüberkommen wollte. Aus den Vernehmungen dazu erfuhren die Vernehmer von mir über einen Besuch des Onkels in Magdeburg.

Aus diesen beiden „Tatsachen“ leitete die SED-Journaille eine Agententätigkeit übelster Art ab und formulierte daraus bereits 4 Wochen vor meinem politischen Prozeß eine Vorverurteilung.

Die tatsächliche gerichtliche Verurteilung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit bereits am 26. August 1953 statt. Das Gericht befand auf ein Strafmaß von 8 Jahren (siehe später folgende Urteilsabschrift). Die in der SED-Presse hochstilisierte Agententätigkeit war denn wohl den Richtern doch zu läppisch und spielte im Prozeß keine Rolle. Die Urteilsausfertigung wurde uns ebenso vorenthalten wie vorher der Kontakt mit dem gestellten „Pflichtverteidiger“.

Bei der Verurteilung wurde besonderer Wert darauf gelegt, die Teilnahme an der Demo am 17. Juni, einschließlich der Zerstörung der Waffe eines Volkspolizisten, nicht als selbständige kriminelle Handlung, sondern als Teil der regimfeindlichen Einstellung und als Boykotthetze zu bewerten, weil die „kriminelle Handlung der Waffenfortnahme und -zerstörung nach § 125 des Strafgesetzbuches eine viel zu geringe Strafzumessung ermöglicht hätte.“

Sozialistische Sippenhaft

Meine jüngste Tochter besuchte eine Grundschule in Magdeburg. Im Gefolge meiner Verhaftung und Verurteilung wurde sie anläßlich eines der regelmäßig durchgeführten Fahnenappelle auf dem Schulhof zum Vortreten genötigt. Dann wurde die gesamte Schülerschaft darüber aufgeklärt, daß dies die Tochter des berüchtigten „Agenten Erich Küstermann“ sei. Es erfolgte eine Verlesung aus der ebenso haltlosen wie tendenziösen Presseveröffentlichung über mich.

Wieder im Knast

In den ersten 3 Jahren gab's in Magdeburg außer zeitweise Karton-Klebearbeiten auf der Zelle, keine Arbeit. Danach erfolgte eine Verlegung in das berühmte Zuchthaus Waldheim.

Auch hier war eine bunte Durchmischung politisch und kriminell verurteilter Häftlinge an der Tagesordnung. Manche der „Berufskriminellen“ haben wir in unserer Haftzeit mehrfach gehen und wieder kommen gesehen.

Von Waldheim aus wurden wir unter anderem per Bus zur Arbeit (Planierarbeiten) auf den Flugplatz Leipzig-Schkeuditz gefahren.

Die Menschlichkeit im sozialistischen Strafvollzug

Wenn ich in Zeitungsberichten der heutigen Zeit lese, daß zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilte Straftäter den „FREIGANG“ (Hafturlaub für einen oder mehrere Tage) benutzten um sich der Reststrafe zu entziehen, erinnere ich mich noch deutlich an meinen Haftkameraden Walter Reppin. Er hatte nur eine politische „Bagatelldstrafe“ von einem Jahr erhalten und davon bereits die Hälfte verbüßt, als die Nachricht vom Tod seiner Frau eintraf. Seine Bitte um Teilnahme an der Beisetzung (unter Aufsicht) wurde rundweg mit der Bemerkung „wir wollen keine Demo auf dem Friedhof zulassen“ abgelehnt.

Entlassung

Am 29. November 1960 wurden mir, per Gnadenerweis des Staatsrates der DDR, die restlichen 7 Monate der achtjährigen Haftstrafe erlassen. Bei der Entlassung mußte ich ein Papier unterschreiben, in welchem ich mich verpflichtete, die Stadt Waldheim auf dem kürzesten Wege zu verlassen und nie wieder zu betreten, auch nicht als privater Besucher oder Urlauber. Ich wurde mit weiteren entlassenen Häftlingen mit dem Gefangenentransportfahrzeug zum Bahnhof gefahren. Die Bewacher warteten, bis unser Zug den Bahnhof verlassen hatte.

Sozialistische Haftnachsorge

Die Einstellung in einem in der DDR-Wirtschaft dominierenden „Volkseigenen Betrieb“ war mit dem Ausfüllen eines sogenannten Kaderfragebogens, in welchem ausdrücklich eine eventuell absolvierte Haftstrafe mit Angabe des Deliktes und der Haftzeit einzutragen war, verbunden.

Der „Kaderleiter“ war zwar nach offizieller Maßgabe zur Verschwiegenheit über die Einträge im Fragebogen verpflichtet, aber dies war durchaus nicht immer gängige Praxis.

Die Arbeitskollegen in meiner ersten Arbeitsstelle nach der Haftentlassung wußten jedenfalls bestens Bescheid über meine „Vergangenheit“ und ließen mich dies auch wissen.

Ein besonders strammer Genosse entblödete sich nicht, mir an den Kopf zu werfen: „8 Jahre hast Du nur bekommen? Du hättest 15 verdient“.

Flucht in den „Westen“

Ich wollte mich, nach der über siebenjährigen Haftzeit und persönlich menschlichen Unterdrückung nicht weiteren Angriffen auf meine Person aussetzen und nahm deshalb nach einigen Wochen, im Frühjahr 1961, den Weg durch das gerade noch durchlässige Schlupfloch Westberlin in die Freiheit. Meine Ehefrau folgte mir kurzfristig.

Nach dem Aufenthalt im Aufnahmelager bekam ich in Velbert Arbeit und Wohnung.

Meine Haftzeit wurde als politische Verfolgung offiziell anerkannt. Auch eine finanzielle Eingliederungshilfe, welche wir zur Anschaffung der Möbel für unsere Wohnung verwendeten, erhielt ich.

Ernüchternder Alltag „im Westen“

Wir hatten Wohnung und Arbeit in dem Industrieort Velbert im „Bergischen Land“ bekommen. Ich selbst war als Schriftsetzer tätig. Das Umfeld am Arbeitsplatz oder in Gaststätten am Biertisch war den „politischen Flüchtlingen aus dem Osten“ durchaus nicht immer wohlgesonnen. Viele Zeitgenossen waren dem Gedankengut der Kommunistischen Partei verhaftet und hatten kaum Verständnis für unsere Auflehnung gegen das SED-Unterdrückungsregime am 17. Juni 1953.

Nach 3 Jahren erkrankte meine Ehefrau an einem nicht mehr heilbaren Krebsleiden. Trotz eines relativ gesicherten Lebens in der Bundesrepublik Deutschland fehlten uns die Beziehungen zur gesamten zurückgelassenen Verwandtschaft und zur angestammten Heimat in Magdeburg. Der letzte Wunsch meiner todkranken Ehefrau war der nach einer Beisetzung in der Heimat.

Nach Einholung der Zusage zur straffreien Rückkehr in die DDR erfüllte ich schweren Herzens diesen letzten Wunsch meiner Frau.

Rückkehr in die DDR

Wir zogen mit unserem gesamten Hausrat nach Klein-Germersleben (nördlich von Magdeburg), denn direkt für Magdeburg erhielten wir keine Zuzugsgeheimung. Als Arbeitsmöglichkeit wurde mir eine Tätigkeit in der Landwirtschaft „zugewiesen“. So sah also die „Nichtbestrafung“ in der DDR-Praxis aus. Als Personaldokument wurde mir 1 Jahr lang ein sogenannter „vorläufiger Personalausweis“ ausgestellt.

Längere Zeit nach der Beisetzung meiner verstorbenen Ehefrau konnte ich durch die Ehe mit meiner jetzigen Ehefrau wieder nach Magdeburg ziehen. Eine Rückkehr in die BRD war mittlerweile ohnehin, durch die Errichtung des

„Antifaschistischen Schutzwalls“, wie die Mauer um den Riesenknast DDR im sozialistischen Sprachgebrauch genannt wurde, nicht mehr möglich.

Hier war ich dann in einem „Volkseigenen Dienstleistungsbetrieb“, in dem ich relativ unbehelligt meiner, meist eigenständigen, Tätigkeit nachgehen konnte. Unter anderem war ich 15 Jahre im Dienstleistungsbereich Offenreinigung tätig (Reinigung von Kachelöfen in Mietwohnungen). Danach war ich, bis zur Rente, als Hausmeister und Heizer innerhalb des Dienstleistungsbetriebes tätig. In dieser Zeit machten mir meine haftbedingten Gesundheitsschäden immer mehr zu schaffen, aber dies war schließlich in der DDR ein Tabu-Thema und durfte nicht zur Sprache gebracht werden.

Die „Wende“

Die von uns bereits 1953 im jugendlichen Alter angestrebte und damals ausschließlich mit der Macht der sowjetischen Panzer verhinderte Wende, erlebte ich zum Zeitpunkt des Eintritts in den Rentenstand.

Aus den Sonntagsreden der Politiker und der Journalisten aus den vergangenen 40 Jahren waren wir eigentlich auf ein klein wenig Gerechtigkeit eingestimmt.

Die heutige Praxis zeigt uns jedoch, daß zwei Maße, nämlich: für die Opfer des Stalinismus die Grenzen des Rechtsstaates und für die „Täter“ die Möglichkeiten des Rechtsstaates gelten.

Immerhin, der Rehabilitierungssenat hat, entsprechend meinem Rehabilitierungsantrag das komplette Unrechtsurteil aufgehoben, so daß mir die Kapitalentschädigung in Höhe von 300 DM je Haftmonat, abzüglich der gezahlten Eingliederungshilfe, auszuzahlen war. Dieser Betrag liegt allerdings noch unter dem, was ich ohne politische Haft seinerzeit monatlich verdient hätte.

Weit schwieriger ist der Nachweis und die rentenrechtliche Regulierung der aus der lange währenden Haft resultierenden gesundheitlichen Haftschäden.

Im Gegensatz zur gesetzlich geregelten Verfahrensweise bei Gesundheitsschäden von Opfern der NS-Diktatur liegt bei den Opfern der viel länger andauernden stalinistischen Diktatur und damit auch länger zurückliegenden Haftenwirkungen, die Beweisführung noch immer bei den Opfern.

Abschrift aus der Magdeburger „Volksstimme“ (Bezirksorgan der SED) vom 26. Juni 1953 - mit eingefügten erläuternden Fußnoten

Rädelsführer Küstermann, gekauftes Subjekt westlicher Agentenzentralen

Magdeburg (EB). Einer der von den westlichen Agentenzentralen gekauften faschistischen Elemente, der zu den Rädelsführern der faschistischen Provokation in Magdeburg gehört, ist der Agent Erich Küstermann, Magdeburg, Sternstraße. Durch seinen Onkel, der im Jahre 1947 illegal unsere Republik verließ, um dann als Ausbilder in einer von den Amerikanern geleiteten Soldnerformation in Westdeutschland² tätig zu sein, bekam Küstermann erstmalig direkte Verbindung mit seinen westlichen Auftraggebern. Bereits im Jahre 1950 besuchte dieser Onkel auf illegalem Wege den Küstermann in Magdeburg, um ihn als Agenten anzuwerben und wichtige Aufträge zu erteilen.

Zusammen mit zwei anderen Kumpanen bekam Küstermann vor ungefähr 5 Wochen in der Magdeburger HO-Gaststätte am Hasselbachplatz von seinem Onkel den Auftrag, „Kontakt mit Menschen aufzunehmen, die eine Unzufriedenheit gegenüber der Politik der DDR zeigen, um diese für Streiks und Unruhen zu gewinnen“¹. Küstermann, der selbst einige Male in Westberlin war, sollte sich bei der Durchführung dieser Aufgaben vor allem auf die Magdeburger Großbetriebe konzentrieren. Wie aus dem Vernehmungsprotokoll unserer Sicherheitsorgane hervorgeht, erhielt Küstermann den Auftrag, auf Grund seiner Berufserfahrung als Schriftsetzer Losungen, die sich ihrem Inhalt nach gegen die Regierung der DDR richteten, zu vervielfältigen und unter der Bevölkerung zu verteilen. „Mit der Durchführung der feindlichen Tätigkeit gegen die demokratische Ordnung der DDR erklärte ich mich einverstanden“³, schreibt Küstermann darüber in dem Vernehmungsprotokoll. Er sagt darin weiter u. a. „...in den nächsten Tagen bis zum 16. Juni befaßte ich mich damit, die Losungen zu schreiben, weil ich keinen Vervielfältigungsapparat besaß“. Auf die Frage, wann er mit der feindlichen Tätigkeit begonnen habe und eine Terrorgruppe organisierte, die ebenfalls eine feindliche

Tätigkeit gegen die DDR durchführen sollte erklärte er wörtlich:

„Am 16 Juni gegen 19 Uhr bin ich zum Hasselbachplatz gegangen. Dort stand eine Gruppe Jugendlicher, die ich ansprach, ob sie schon von dem Streik in Berlin gehört haben, worauf sie sagten, das hätten sie gehört. Ich fragte die Jugendlichen, ob sie bereit wären, ebenfalls hier (in Magdeburg, die Red.) einen Streik bzw. Unruhen gegen die DDR zu organisieren. Sie erklärten sich alle einverstanden. Ich nahm sie daraufhin mit in meine Wohnung und habe die von mir geschriebenen Hetzplakate an die Jugendlichen ausgegeben, mit dem Auftrag, diese unter den Arbeitern am Buckauer Bahnhof zu verteilen. Von meiner Wohnung gingen wir zum Hasselbachplatz. Dort kamen noch andere Jugendliche hinzu. Anschließend gingen wir zum Buckauer Bahnhof. Dort wurden die Hetzschriften noch nicht verteilt, denn es wurde mir klar, daß die Sache noch mehr und besser organisiert werden mußte.“

Wir sprachen gemeinsam über die Organisation, und einer von den Jugendlichen sagte, daß eine kleine Druckerei in der Hegelstraße sei, die wir zum Druck von Hetzschriften gut benutzen könnten. Ich sagte den Jugendlichen, daß dies nicht schlecht sei. Schriftsetzen könnte ich schon, weil dies mein Beruf sei aber ich weiß nicht, wie man in den Besitz dieser Druckerei kommen sollte. Manche Jugendlichen waren dafür, daß man den Besitzer oder Inhaber mit Gewalt beseitigen sollte, die anderen waren der Meinung, daß man sich mit ihm in Verbindung setzen soll, daß dieser uns die Druckerei überläßt. Wir machten eine neue Zusammenkunft aus, und zwar am 17. Juni am Fürstenwall-Denkmal. Dort wollten wir weiter über die Organisation unserer feindlichen Tätigkeit sprechen.“

Auf die Frage, wie er sich am 17 Juni an den faschistischen Provokationen beteiligte erklärte er: „Am 17 Juni habe ich mitgewirkt, bei der Bezirksleitung der FDJ, indem ich dort Fahnen und Transparente vernichtete.“

Danach bin ich zur VP-Haftanstalt gestürzt. Dort bestieg ich das Dach, wo sich der Posten befand, und forderte den Posten zur Übergabe der Waffe auf. Weiter habe ich bei der Stiftung von Unruhen und beim ausrufen von feindlichen Losungen im Gebiet der Stadt Magdeburg mitgewirkt.“

Bezeichnend für Küstermann, der mit einem ehrlichen Arbeiter nichts gemein hat, ist die Tatsache, daß er sich an die allen Magdeburgern sattem bekannten Wildwest-Jünglinge des Hasselbachplatzes wandte, um zusammen mit ihnen seine volksfeindlichen Verbrecherabsichten zu verwirklichen. Küstermann und seine Auftraggeber wußten genau, daß ein ehrlicher Arbeiter sich nicht für solche schmutzigen Ziele mißbrauchen läßt. Diese Elemente muß die volle Härte unserer demokratischen Gesetzlichkeit treffen. Mit dieser Forderung weiß sich jeder Arbeiter, jeder ehrliche Mensch einig.

Der Rat des Bezirkes arbeitet auf der neuen Linie

Die Verordnungen unserer Regierung werden verwirklicht *

Magdeburg (EB). In dem Kommunique über die Sitzung des Ministerrates der Deutschen demokratischen Republik vom 11 Juni 1953 heißt es an einer Stelle:

„Handwerker, Einzel- und Großhändler, private Industrie, Bau und Verkehrsbetriebe erhalten auf Antrag ihre Betriebe zurück. Kurzfristige Kredite sind zu gewähren.“

Das veranlaßte uns, zu untersuchen, wie weit im Bezirk Magdeburg dieser Punkt der Verordnung verwirklicht ist. So haben in unserem Bezirk (Stichtag 23. Juni 1953) 160 private Großhändler Antrag auf Wiederezulassung gestellt, wovon 54 bereits die Genehmigung erteilt wurde

Erläuternde Fußnoten:

¹ 1947 konnte niemand die DDR illegal verlassen, weil es diese noch gar nicht gab.

² Der Onkel war bei der Bundeswehr (Vorläufer) tätig und ohne jegliche Verbindung zu „Agentenzentralen“ zu einem ganz privaten Besuch bei seinen Geschwistern in Magdeburg

³ Auch dies ist eine freie Erfindung der Stasi-Vernehmer

⁴ Zu dieser Zeit der offenen Verbindung nach Westberlin wurde die Stadt von einer Vielzahl von SBZ/DDR-Bewohnern mehrfach zu Besorgungen besucht

⁵ Allein aus diesem Satz und einer Vielzahl der nachfolgenden ist abzulesen, daß die Texte ausschließlich aus der Feder der Stasi-Vernehmer stammten, denn kein wirklicher Gegner des kommunistischen Unterdrückungsapparates gebrauchte eine solche Diktion (Schreib und Sprachstil) für die Beschreibung seiner Tätigkeit

⁶ Dieser Ausschnitt aus der gleichen „Volksstimme“-Seite wirft ein bezeichnendes Licht auf einen der wirklichen Gründe eines tatsächlich spontanen Volksaufstandes der mit der Macht der sowjetischen Panzer zerschlagen wurde.

Die Veröffentlichung des Artikels über Küstermann selbst stellt eine eklatante öffentliche Vorverurteilung K's vor seinem Gerichtstermin dar und verwendet internes Material der „ERMITTLUNGSORGANE“ welches in einem Rechtsstaat nie vor dem Gerichtstermin an die Presse ausgehändigt werden dürfte.

Mein Antrag beim Amt für Versorgung und Soziales, wegen einer Vielzahl heute kraß in Erscheinung tretender gesundheitlicher Haftfolgen, läuft bereits geraume Zeit. Einigen jungen Ärzten, die von den Bedingungen der sozialistischen Haft nicht die geringste Anschauung haben können, durfte ich mich schon zur Begutachtung vorstellen.

Aus der Erfahrung vieler Haftkameraden weiß ich, daß ich mit solchen Ablehnungssätzen wie: „Eine Verbindung mit den Einwirkungen der Haft ist nicht nachweisbar, vielmehr ist von einer schicksalhaften Erkrankung auszugehen“, oder ähnlich, zu rechnen habe.

Nicht weniger schwierig und langwierig ist die im 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vorgesehene Möglichkeit der beruflichen Rehabilitation zur Aufhebung der heute sonst noch schwer und unzumutbar nachwirkenden rentenrechtlichen Nachteile für meine 7 ½ Jahre währende Rentenversicherungsbeitrags-Ausfallzeit.

Den genannten Problemkomplexen steht das Unvermögen einer justitiellen Belangung unserer Peiniger gegenüber. Bestenfalls gelingt der Justiz einmal die Aussprache einer Verurteilung auf Bewährung.

Fazit aus der Wende

Trotz der vorstehenden kritischen Bemerkungen zu den Erlebnissen nach der Wende möchte der Verfasser feststellen, daß, bei aller Kritik an den aus unserer Sicht teilweise durchaus abstellbaren Schwächen des Rechtsstaates, die überwundenen nationalsozialistischen- und stalinistischen Diktaturen keine Alternative zum Rechtsstaat und zur Demokratie darstellen. Im Gegensatz zu den totalitären Regierungsformen sind Demokratien schließlich beeinflussbar und wandlungsfähig.

Der Staatsanwalt
des Bezirkes Magdeburg
Abteilung I

Magdeburg, den 5.8.1953
Ankl. Verf.: St. A. Bösch

An den
I. Strafsenat
des Bezirksgerichts
M a g d e b u r g

H a f t b e f e h l

Anklageschrift

Ich klage an

- 1.) den Schriftsetzer Erich K ü s t e r m a n n,
geb. am 13.06.25 in Magdeburg,
wohnhaft Magdeburg, Sternstr. 11,
deutsch, verh., 2 Kinder,
vorbestraft,
in dieser Sache in Haft
seit dem 22.6.1953
z.Zt. U.-Haftanstalt II (EB)
Magdeburg-Sudenburg
- 2.) den Betonbauerlehrling Willi B e r t n e r,
geb. am xx.xx.36 in Magdeburg,
wohnhaft Magdeburg, H.str. Nr. 3,
deutsch, ledig,
angeblich nicht vorbestraft
in dieser Sache in Haft
seit dem 21.6.1953
z.Zt. U.-Haftanstalt II (EB)
Magdeburg-Sudenburg

in Magdeburg am 16. und 17.6.1953

Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen
sowie Propaganda für den Militarismus und Nationalsozialismus be-
trieben,
darüber hinaus Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen
zu haben,

in dem sie

aktiv an den Provokationen in Magdeburg am 17.06.1953 und an den
Zerstörungen des FDJ-Heimes der Bezirksleitung, sowie der Kreislei-
tung Nord, teilgenommen haben.

Der Beschuldigte zu 1.)

in der Strafanstalt Magdeburg-Sudenburg einen VP-Angehörigen unter
Gewaltanwendung entwaffnete und die Forderung stellte, die so ge-
nannten politischen Gefangenen freizugeben, darüber hinaus Hetz-
flugblätter selbst verfaßte und ihre Verbreitung mit Jugendlichen
selbst organisierte.

Der Beschuldigte zu 2.)

mit dem Beschuldigten zu 1.) die Verteilung der Flugblätter organi-
sierte und sich dazu bereit erklärte.

Weiterhin in der Kreisleitung Nord der FDJ in Magdeburg Akten ver-
nichtete und ein Bild des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck zer-
schlug.

Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demo-
kratischen Republik

in Verbindung mit KD 38 Abschnitt II, Artikel III A
III, §§ 125, 74 StGB.

Beweismittel:

- 1.) Eigene Einlassung der Beschuldigten
2.) Zeugen: a) Gerhard G a m b k e ,
Magdeburg, Käferweg 11
b) Jutta K o c ,
Magdeburg, Friedensstraße 18

Beweisstücke Blatt 47 und 48 der Akten.

Wesentliches Ermittlungsergebnis!

1.) Zur Person:

Der Beschuldigte zu 1.)

besuchte 8 Jahre die Volksschule in Magdeburg und wurde aus dersel-
ben mit Erfolg entlassen. Er erlernte den Beruf eines Schriftset-
zers bei der Firma Vereinigte Druckereien in Magdeburg. Nach Been-
digung seiner Lehrzeit wurde er zum Reichsarbeitsdienst eingezogen.
Im Jahre 1943 wurde er zur faschistischen Wehrmacht eingezogen, kam
zuerst zur Flak nach Magdeburg und ging dann später zu den Fall-
schirm-Jägern nach Gardelegen, Salzwedel und Halberstadt. Dort er-
hielt er seine Ausbildung als Fallschirmjäger.

Der Beschuldigte wurde aber nicht zu Kriegshandlungen eingesetzt,
weil gegen ihn ein Verfahren wegen Befehlsverweigerung und Zerset-
zung der Wehrkraft lief. Er wurde in das Kriegsgerichts-Gefängnis
Tegel eingeliefert. Hier gelang es ihm, am 18.10.44 während eines
Luftangriffes, zu fliehen. Er begab sich dann nach Magdeburg und
später zum Harz, wo er bei einem Bauern arbeitete. Hier hielt er
sich bis zum Kriegsende auf. Nach dem Zusammenbruch des Faschismus,
kehrte er nach Magdeburg zurück. Hier wurde er als Demontage-
Arbeiter eingesetzt. Am 4.8.45 heiratete er zum 1. Mal. Diese Ehe
wurde 1952 geschieden. Bis zum Jahre 1948 arbeitete er in verschie-
denen Berufen, wurde dann aber wegen Herstellung eines gefälschten
Stempels verhaftet und zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Seit 1949
arbeitete er als Nieter und Putzer. 1952 heiratete er zum zweiten

Mal. Aus dieser Ehe ist ebenfalls ein Kind hervorgegangen. Seit Mai 1953 arbeitete er beim VEB Baustoffbergung Berlin, Produktionsabteilung Magdeburg, bis zu seiner Verhaftung.

Vor 1945 war er nicht organisiert.
Nach 1945 gehörte er dem FDGB an.

Der Beschuldigte zu 2.)

besuchte 8 Jahre die Volksschule in Heyrothsberge und wurde aus der 6. Klasse entlassen. Nach seiner Schulentlassung arbeitete er als Transportarbeiter in der Ziegelei Heyrothsberge 4 Monate. Danach fing er bei der Bau-Union Magdeburg als Betonbauer-Lehrling an, wo er bis zu seiner Verhaftung tätig war. Seine Eltern sind verstorben und lebt er bei seinen Großeltern.
Parteipolitisch ist er nicht organisiert.
Er ist Mitglied der FDJ und Mitglied des FDGB.

2. Zur Sache:

Der Beschuldigte zu 1.) begab sich am 16.6.53 in Magdeburg zum Haselbach-Platz und beobachtete dort mehrere Jugendliche, die in einer Gruppe zusammenstanden. Er hörte, wie die Jugendlichen über die Ereignisse in Berlin diskutierten.

Die negative Einstellung der Jugendlichen über die Ereignisse in Berlin gaben dem Beschuldigten Veranlassung, sie anzusprechen, und ihnen den Vorschlag zu machen, mit in seine Wohnung zu kommen, um besser darüber sprechen zu können, wie man die Provokation in Berlin unterstützen kann. Unter den Jugendlichen befand sich auch der Beschuldigte zu 2.)

In der Wohnung des Beschuldigten Küstermann zeigte dieser den Jugendlichen Hetzflugblätter, die er selbst verfaßt hatte. Die Hetzflugblätter trugen folgende Losungen:

- 1.) Volk errette Dich, steh auf mit den Trümmern der Not
- 2.) Deutsches Volk wehre Dich, gegen die Kommunisten den Tod.
- 3.) Sprengt die Fesseln der Tyrannei, macht Euch mit unserer Kraft frei.

Der Beschuldigte zu 1.) hatte einen großen Teil dieser Hetzflugblätter selbst geschrieben. Er machte den Vorschlag, sie am selben Abend noch vor dem Thälmann-Werk zu verteilen. Die Beschuldigten begaben sich beide mit den anderen Jugendlichen nach Buckau. Hier erkannten sie, daß die Verteilung der Flugblätter nicht gut organisiert sei und daß es zu wenig Flugblätter sind.

Es wurde der Vorschlag gemacht, die in der Nähe liegende Druckerei zu erstürmen und noch mehr Flugblätter herzustellen. Der Beschuldigte zu 1.), der Schriftsetzer ist, wollte die Flugblätter in der Druckerei dann selbst herstellen. Von diesem Vorschlag ging man aber ab, weil ein anderer den Vorschlag brachte, er kenn einen Maler, der Klischees herstellt, und man wolle doch lieber an Mauern usw. Hetzparolen anbringen.

Man kam später zu der Ansicht, sich doch am anderen Tag zu treffen, um weiter zu beraten, wie man am besten die Sache organisieren könne. Der Treff sollte an der alten Kirche, Karl-Marx-Straße, stattfinden.

Durch die Ereignisse des 17.6.53 kam es aber nicht mehr zu diesem Treff. Der Beschuldigte zu 1.) nahm am 17.6.53 an der Zerstörung der Bezirksleitung der FDJ teil. Er riß dort Transparente und Bilder von den Wänden und zerstörte sie. Später begab er sich zur Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg, erkletterte dort ein Dach und entwaffnete einen Volkspolizisten. Den Karabiner warf er auf den Hof, wobei er zerstört wurde. Dann verlangte der Beschuldigte zu 1.) die sogenannten politischen Gefangenen frei.

Später begab er sich in das Justiz-Gebäude und nahm auch hier an den Zerstörungen teil. Nach dem Eintreffen der Angehörigen der sowjetischen Armee, kehrte er zu seiner Wohnung zurück und wurde dort verhaftet.

Der Beschuldigte zu 2.)

begab sich am Morgen des 17.6.53 zur Berufsschule in Magdeburg-Neustadt. Da der Unterricht nicht stattfand, begab er sich mit mehreren Jugendlichen zur Kreisleitung der FDJ-Nord in Magdeburg, verlangte dort die Herausgabe der Kleinkaliber-Gewehre. Als er dies nicht erreichte, ging er als Rädelsführer dazu über, wichtige Akten zu vernichten.

Er riß das Bild des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck von der Wand und zertrümmerte es.

Später begab er sich in die Stadt und putschte an verschiedenen Orten auf. Er wurde dann später bei seinen Großeltern, bei denen er wohnt, verhaftet.

Die Beschuldigten sind auf Grund ihrer Geständnisse und vorliegenden Beweise überführt. Ihre Handlungsweise beweist, daß sie aktive Gegner unserer Gesellschaftsordnung sind, da sie aus eigener Kraft die Initiative ergriffen, um dem anglo-amerikanischen Imperialismus zu unterstützen.

Beide Beschuldigten haben mit ihrer verbrecherischen Handlungsweise den imperialistischen Bestrebungen aktive Unterstützung angedeihen lassen.

Die Kriegstreiber fürchten den neuen Kurs der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Aus diesem Grunde bedienen sie sich der Agenten und anderer Elemente.

Weil die Kriegstreiber und deren Handlanger wissen, daß die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und die konsequente Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Einheit Deutschlands im Ergebnis zur Zerschlagung ihrer schändlichen Kriegspläne führen wird, inszenierten sie den faschistischen Putsch des 17.6.1953.

Die Beschuldigten Küstermann und Bertner wurden den Kriegstreibern durch ihre verbrecherische Teilnahme an dem faschistischen Putschversuch zu Helfershelfern, und haben somit Verrat an der deutschen Nation begangen.

Es wird beantragt:

- 1.) das Hauptverfahren vor dem I. Strafsenat des Bezirksgerichts Magdeburg zu eröffnen und Termin zur Hauptverhandlung anzuberaumen.
- 2.) Haftfortdauer zu beschließen.

Im Auftrage:

(Bösch) Staatsanwalt

I 742/53

I Ks 494/53

U R T E I L
IM NAMEN DES VOLKES

In der Strafsache

- g e g e n 1. den Schriftsetzer Erich K ü s t e r m a n n ,
geb. 13.6.1925 in Magdeburg,
wohnh. Magdeburg, Sternstraße 11,
deutsch, verh., 2 Kinder,
vorbestraft wegen Anfertigung eines
HO-Stempels mit 1 Jahr Gefängnis,
U-Haft seit 21.6.1953
2. den Betonbauerlehrling Willi B e r t n e r ,
geb. xx.xx.1936 in Magdeburg
wohnh. Magdeburg, H.straße 3,
deutsch, ledig, nicht vorbestraft,
U-Haft seit 20.6.1953

w e g e n Verbr. u. Verg. nach Art. 6 der Verf. der DDR
und KD 38 Abschn. II Art. III A III

hat der I. Strafsenat des Bezirksgerichts Magdeburg in der
Sitzung am 26. August 1953, an der teilgenommen haben:

Oberrichter am Bezirksgericht Heimsath als
Vorsitzender,
Erike Haase, Stenotypistin, Magdeburg,
Walter Grasshoff, Betr.-Schutzleiter, Mgb.,
StA. K u b e als Vertreter d. BStA.,
Just.-Ang. Köhler als Schriftführerin,

für Recht erkannt:

Der Angekl. Küstermann wird wegen Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und wegen Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte, durch welche der Frieden des deutschen Volkes gefährdet wurde zu

8 - acht - Jahren Zuchthaus

verurteilt.

Der Angekl. Bertner wird wegen Propaganda für den Nationalsozialismus, durch welche der Frieden des deutschen Volkes gefährdet wurde, zu

1 - ein - Jahr Gefängnis

verurteilt.

Die Angeklagten sind Belastete, und es werden ihnen die Sühnemaßnahmen der KD 38 Abschn. II Art. IX, Ziff. 3-9, davon die der Ziffer 7 auf die Dauer von fünf Jahren, auferlegt.

Dem Angekl. Küstermann wird die seit dem 21.6., dem Angekl. Bertner die seit dem 20.6.1953 erlittene U-Haft auf die Strafe angerechnet. Die Kosten des Verfahrens haben die Angeklagten zu tragen.

G r ü n d e

Der Angekl. Küstermann ist im Jahre 1925 als Sohn eines Schmieds geboren. Er hat nach dem Besuch der Volksschule Schriftsetzer gelernt und wurde nach Beendigung der Lehrzeit zum damaligen RAD und anschließend zur Wehrmacht eingezogen. Er meldete sich freiwillig zu einer Fallschirmjägereinheit, gelangte jedoch nicht zum Einsatz, da er wegen Befehlsverweigerung und Zersetzung der Wehrkraft inhaftiert wurde. Nach einem Bombenangriff am 18.10.44 gelang es ihm zu fliehen. Bis Kriegsende hat er sich verborgen gehalten und ist dann nach Magdeburg zurückgekehrt. Er hat in verschiedenen Berufen gearbeitet. Zuletzt war er bei dem VEB Baustoffbergung Magdeburg beschäftigt.

Im Jahre 1948 wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er einen HO-Stempel angefertigt hatte, durch welchen er sich HO-Waren kostenlos verschafft hat.

Einer Partei hat der Angeklagte noch nicht angehört. Er ist Mitglied des FDGB.

Der Angekl. Bertner ist im Jahre 1936 als Sohn eines Schlossers geboren. Er hat die Volksschule besucht und wurde aus der 6. Klasse entlassen. Dann wurde er Betonbauerlehrling bei der Bau-Union Magdeburg.

Er ist Mitglied des FDGB und der FDJ.

Der Angekl. Küstermann hat aus seiner feindlichen Einstellung gegen die DDR einige Tage vor dem 17.6.1953 ca. 14 Flugblätter hergestellt mit antidemokratischen Losungen. Am Abend des 16.6. sprach er am Hasselbachplatz einige Jugendliche an, um sie für die Verteilung der von ihm hergestellten Flugblätter zu gewinnen. Er ging mit den Jugendlichen in seine Wohnung und sie beschlossen, die Flugblätter am gleichen Abend vor dem Karl-Marx-Werk an die Arbeiter zu verteilen. Nachdem er diese Flugblätter an die Jugendlichen aufgeteilt hatte, gin-

gen sie gemeinsam zum Buckauer Bahnhof. Bei ihrer Unterhaltung über die Durchführung der Verteilung der Flugblätter gelangten sie zu dem Ergebnis, daß zu einer wirksamen Aktion viel mehr Flugblätter erforderlich wären. Es wurde erwogen, eine Druckerei zu stürmen, was jedoch wieder verworfen wurde, und sie einigten sich dahin, von einem Maler Schablonen anfertigen zu lassen, mit denen sie Losungen an Hauswände malen wollten. Sie gingen zum Hasselbachplatz zurück, wo sie den Maler trafen, der sich durch Beeinflussung des Angekl. be-reiterklärte, solche Schablonen anzufertigen. Sie trennten sich, nachdem sie sich verabredet hatten, am folgenden Tag wieder zusammenzutreffen.

Am 17.6.1953 nahm der Angekl. Küstermann seine Arbeit auf. Nach der Frühstückspause erhielt er mit mehreren Kollegen den Auftrag, in der Mittagstraße eine Arbeit durchzuführen. Unterwegs trafen sie Demonstranten, denen sich der Angekl. anschloss. Er drang als einer der Ersten in das Gebäude der FDJ-Bezirksleitung ein, wo er Transparente, Fahnen und Bilder zerstörte.

Sie zogen dann zur U-Haftanstalt Sudenburg. Dort stieg er unter dem Schutz des Steinhagels der Demonstranten auf das Dach eines Wachtturmes, wo er einem VP-Angeh. das Gewehr gewaltsam wegnahm und auf den Hof war. Die im Hof anwesenden Volkspolizisten forderte er auf, die „politischen“ Gefangenen freizugeben. Diese sagten ihm, er solle zurückgehen, sonst würden sie schießen, und sollte seine Forderungen bei der Verwaltung vortragen. Der Angekl. hat sich darauf zum Tor der Haftanstalt begeben, Als nach kurzer Zeit sowjetische Panzer erschienen, ging er nach Hause, da ihm weitere Versuche zur Befreiung der Häftlinge jetzt zwecklos erschienen.

Der Angekl. Bertner war einer der Jugendlichen, die von dem Angekl. Küstermann zur Verteilung der Flugblätter verleitet wurden. Er hatte sich dazu bereiterklärt und vom Angeklagten Küstermann ein Flugblatt erhalten. Als sie die Wohnung des Angekl. Küstermann verliessen, hat er dieses einem seiner Kollegen gegeben und ist zu einer Bekannten gegangen. Dann ging er zum Hasselbachplatz zurück, wo er zwei Bekannte traf, mit welchen er nach dem Buckauer Bahnhof ging. Dort traf er die anderen mit dem Angekl. Küstermann und hat an den Beratungen über die Flugblattverteilung teilgenommen.

Am 17.6.53 ist der Angekl. Bertner zur Berufsschule gegangen. Nach einigen Stunden Unterricht wurde die Schule wegen der Demonstrationen geschlossen. Der Angekl. ging nach Magdeburg-Neustadt. Als er sah, dass in dem Gebäude der FDJ-

Stadtbezirksleitung von Provokateuren Verwüstungen angerichtet waren, ging er ebenfalls hinein und warf Akten und Dokumente, aus einem Schrank und warf sie auf die Erde. Weiter hat er ein Bild des Staatspräsidenten zerrissen. Er ging dann zur U-Haftanstalt Neustadt, deren Tore erbrochen waren. Er ist nicht hineingegangen und hat sich dann nach Hause begeben.

Der Angekl. Küstermann erklärt, seine Handlungen getan zu haben, weil er mit unserer demokratischen Ordnung nicht einverstanden sei. Er brachte das auch unverhohlen in seinem Benehmen während der Hauptverhandlung zum Ausdruck. Er vertrat die Ansicht, daß die Regierung mit ihren Beschlüssen vom 11.6.53 die Bevölkerung täuschen wollte und ihre bisherige Politik trotzdem fortsetzen würde.

Die Handlung des Angekl. Küstermann ist gegen die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung, gegen die Staatsmacht, gerichtet. Er hat ein Verbrechen im Sinne des Art. 6 der Verf. der DDR begangen. Die Tätigkeit des Angekl. am 17.6.53 ist ein Bestandteil der Boykotthetze und kann daher nicht als eine weitere selbständige Handlung gem. § 125 StGB gewertet werden. Gleichzeitig ist die Handlung des Angekl. eine neofaschistische Betätigung im Sinne der KD 38 Abschn. II Art. III A III.

Bei der Schwere der vom Angekl. begangenen Handlung und seiner offenen feindlichen Einstellung gegen unsere demokratische Ordnung war eine harte Bestrafung erforderlich, und der Senat hat, dem Antrag des Staatsanwalts folgend, eine Zuchthausstrafe von acht Jahren als unbedingt erforderlich erachtet.

Auch der Angekl. Bertner hat mit seiner Handlung nicht lediglich einen Landfriedensbruch gem. § 125 StGB begangen. Sein Verhalten am 16.6.53 beweist, daß auch er sich in neofaschistischem Sinne gem. KD 38 Abschn. II Art. III A III betätigen wollte und dies auch mit seiner Handlung getan hat.

Der Angeklagte war zur Zeit der Tat Jugendlichen. Er besitzt die Reife, die gesellschaftliche Gefährlichkeit seiner Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln im Sinne des § 4 JGG. Gem. § 24 JGG war das allgemeine Strafrecht für die Handlung des Angeklagten anzuwenden.

Unter strafmildernder Berücksichtigung der Jugendlichkeit des Angekl. und der nicht zu hohen Gefährlichkeit seiner Handlung hat der Senat in Übereinstimmung mit dem Antrag des Staatsanwaltes eine Gefängnisstrafe als ausreichend erachtet.

Beide Angeklagte waren als Belastete gem. KD 38 Abschn. II Art. III A III einzustufen, und es waren ihnen die Sühnemassnahmen des Art. IX Ziff. 3-9 aufzuerlegen, wobei die der Ziff. 7 auf die Dauer von fünf Jahren beschränkt wurden.

Die Anrechnung der U-Haft und die Kostenentscheidung ergeben sich aus §§ 219 Abs. 2 und 353 StPO.

Das Urteil ist seit dem 3. September 1953 rechtskräftig und vollstreckbar.
Mgd. 3. Sep. 1953

Anmerkung der Redaktion:

Der Name des Mitangeklagten zu 2.) wurde aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geändert. Rechtschreibfehler wurden übernommen.

A u s f e r t i g u n g
BEZIRKSGERICHT MAGDEBURG
2. Senat für Rehabilitierungsverfahren

- Reh. 473/90
- StA 103 Reha. 560/91

B e s c h l u ß

In dem Rehabilitierungsverfahren
des Herrn Erich Küstermann, geb. 13.06.25, wh. seinerzeit: Magde-
burg, Sternstraße 11, jetzt wh.: Salzwedeler Str. 8,
O-3024 Magdeburg,

- Betroffenen und Antragstellers -

hat das Bezirksgericht Magdeburg, 2. Senat für Rehabilitie-
rungsverfahren, am 24.10.1991 durch die Richter am Landgericht Sei-
del und Heine und die Richterin Mühle beschlossen:

Das Urteil des I. Strafsenats des Bezirksgerichts Magde-
burg vom 26.08.1953 - I 742/53, I Ks 494/53 - wird auf-
gehoben.

Der Betroffene wird rehabilitiert.

Der Antragsteller hat Anspruch auf soziale Aus-
gleichsleistungen für die Nachteile, die ihm durch die
Freiheitsentziehung vom 21.06.53 bis 29.11.60 entstanden
sind (§ 7 Rehabilitierungsgesetz).

Die Entscheidung ergeht gerichtsgebührenfrei; die
notwendigen Auslagen des Antragstellers trägt die
Landeskasse.

G r ü n d e :

I.

Der Betroffene wurde am 26.08.1953 vom I. Strafsenat des Bezirksge-
richts Magdeburg - wegen Boykotthetze gegen demokratische Einrich-
tungen und wegen Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte,
durch welche der Frieden des deutschen Volkes gefährdet würde, zu 8
Jahren Zuchthaus verurteilt.
Zugleich wurden dem Betroffenen als „Belasteten“ Sühnemaßnahmen der
KD 38 Abschnitt II, Art. IX, Ziff. 3-9, davon die Ziffer 7 auf die
Dauer von 5 Jahren, auferlegt (Verbrechen und Vergehen nach Artikel
6 der Verfassung der DDR und KD 38 Abschn. III). Er befand sich
seit dem 21.06.53 in Untersuchungshaft und anschließend in Straf-

haft, zuletzt in der StVA Waldheim, aus der er am 29.11.1960 auf-
grund eines Gnadenerweises des Staatsrates der DDR entlassen wurde.

Mit seinem Antrag begehrt der Betroffene Rehabilitierung und Haft-
entschädigung.

Die Staatsanwaltschaft Magdeburg ist dem Antrag des Betroffenen auf
Rehabilitierung beigetreten.

II.

Nach dem Inhalt der beigezogenen vorhandenen Teile der Strafakte
beruht die Verurteilung des Betroffenen auf folgenden Feststellun-
gen:

Der Betroffene hatte, seiner persönlichen Einstellung folgend, ei-
nige Tage vor dem 17. Juni 1953 14 Flugblätter hergestellt mit Lo-
sungen wie z.B.: „Volk errette Dich, stehe auf aus den Trümmern der
Not; deutsches Volk, stehe auf, wehre Dich gegen die Kommunisten
und den Tod.“ Am 16. Juni 1953 sprach er mit Magdeburger Jugendli-
chen über die Möglichkeiten der Verbreitung und Verteilung der
Flugblätter, wobei geplant war, von einem Maler Schablonen fertigen
zu lassen, um die Losungen an Hauswände zu malen. Aufgrund der Er-
eignisse am 17. Juni 1953 kam es dazu nicht mehr, sondern der Be-
troffene schloß sich - unterwegs zur Arbeit - Demonstanten an, die
in das Gebäude der Magdeburger FDJ - Bezirksleitung eindringen und
zerstörte dort Transparente, Fahnen und Bilder. Danach ging er mit
zur Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg. Er beteiligte sich an den Pro-
testen gegen die Haftanstalt, in dem er auf das Dach eines Wach-
turmes stieg und anwesenden Polizisten zurief, daß man die politi-
schen Gefangenen freigeben solle, und einem Polizisten das Gewehr
abnahm. Er warf es auf den Hof der Haftanstalt. Anschließend begab
er sich zum Tor der Haftanstalt, um seine Forderung bei der Verwal-
tung vorzutragen. Dazu kam es jedoch nicht mehr, da zwischenzeit-
lich Panzer vor der Haftanstalt vorfuhren, so daß sich der Betrof-
fene nach Hause begab, wo er später verhaftet wurde.

III.

Der Antrag auf Rehabilitierung ist nach § 3 Abs. 1, Abs. 2, Ziff. 1
Rehabilitierungsgesetz vom 06.09.1990 (GBL. I - DDR, Seite 1459) in
der Fassung der Vereinbarung zur Durchführung und Auslegung des Ei-
nigungsvertrages vom 18.09.1990 (BGBL. II, Seite 1240 - Rehabili-
tierungsgesetz) begründet. Mit seinem Handeln hat der Betroffene
sein Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 9 der Verfassung der
DDR von 1949) wahrgenommen, dies hätte zu keiner Verurteilung wegen
Boykotthetze führen dürfen. Soweit der Betroffene anlässlich seiner
demokratischen Meinungsäußerungen Transparente, Bilder und Fahnen
im FDJ-Gebäude zerstörte und dem Volkspolizisten das Gewehr weg-
nahm, handelte es sich insoweit um mehrfache Gesetzesverletzungen,
die bei der Bestrafung von untergeordneter Bedeutung waren, wie
sich auch daraus ergibt, daß diese Handlungen im Urteilsausspruch
nicht erwähnt und bei der Strafzumessung nicht besonders berück-

sichtigt worden sind; sie stehen somit einer Rehabilitierung gemäß § 3 Abs. 1 Rehabilitierungsgesetz nicht entgegen. Gemäß § 4 Rehabilitierungsgesetz ist das Urteil aufzuheben. Sämtliche sich auf die Verurteilung beziehenden Strafregistereintragungen sind zu tilgen (§ 5 Abs. 2 Rehabilitierungsgesetz).

Gemäß § 7 Abs. 2 Reha-G ergeben sich aus der Rehabilitierung Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen für die durch den Freiheitsentzug entstandenen gesundheitlichen, materiellen oder anderen Nachteile. Für Art und Umfang der sozialen Ausgleichsleistungen gelten sinngemäß die Bestimmungen des Häftlingshilfegesetzes. Bis zur Einrichtung von Entschädigungsämtern ist die Feststellung der Anspruchshöhe und deren Festsetzung bei der

Stiftung für ehemalige politische Gefangene
Marienfelder Allee 66-80
W-1000 Berlin 48

zu beantragen

IV.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 16 Rehabilitierungsgesetz.

Seidel Heine Mühle

Rechtsmittelbelehrung

1. Gegen diesen Beschluß ist die sofortige Beschwerde zulässig.
2. Die sofortige Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Bekanntmachung (Verkündung, Zustellung) des Beschlusses (Rechtsmittelfrist) schriftlich in deutscher Sprache oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Gericht, das den Beschluß erlassen hat, einzulegen.
3. Bei schriftlichen Erklärungen genügt es zur Fristwahrung nicht, daß die Erklärung innerhalb der Frist zur Post gegeben wird. Die Frist ist vielmehr nur dann gewahrt, wenn die Erklärung vor dem Ablauf der Frist bei dem Gericht eingeht.
4. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen all gemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages.
5. Befindet sich der Beschwerdeführer nicht auf freiem Fuß, kann er die sofortige Beschwerde innerhalb der Rechtsmittelfrist auch zu Protokoll der Geschäftsstelle des Amtsgerichts erklären, in dessen Bezirk die Anstalt liegt, in der er auf behördliche Anordnung verwahrt wird.

Ausgefertigt,
Magdeburg, den 07.11.91

Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle

Kapitel 2

Edeltraut
Reinicke, geb. Friese
geb. 3.4.1922

**Im Namen
des Volkes?**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Verhaftungsgrund:

Primär wegen der Bekanntschaft mit einem vorher verhafteten Bürger. Offiziell: Wegen angeblicher Spionage für den engl. Geheimdienst zum Schaden der UdSSR gemäß den §§ 58⁶ Teil 1 StGB der RFSSR.

Verurteilung: Durch das Militärtribunal der sowjetischen Militäradministration des Landes Sachsen in Dresden (Münchner Platz) am 5. Juli 1948 zu 25 Jahren Freiheitsentzug im Zwangsarbeitslager und Konfiszierung der bei der Durchsuchung beschlagnahmten Wertsachen.

Strafverbüßung: Nach der Festnahme am 24.12.1947 in Zeitz, Hospitalstraße 1, erfolgte die Inhaftierung im Gefängnis in Zeitz, danach Transport nach Halle „Roter Ochse“ und von dort nach Dresden in das GPU Gefängnis am Münchner Platz und dortige Verurteilung vom SMT-Gericht. Dann folgten Transport nach Bautzen, Sachsenhausen und schließlich Hoheneck.

Entlassung: am 24. Januar 1954 nach Zeitz

Kurzbiographie und Bericht zur Zeit vor der Haft

- Von 1928 - 1932. 4-Klassen-Volksschule in Zeitz
- anschließend Lyzeum bis zum „1-Jährigen“ in Zeitz.
- Besuch der Landfrauenschule im sog. Reifensteiner Verband im Arved-Hof bei Bad Lausick

Weil eine geplante Ausbildung an der Chemo-Techniker-Schule in Leipzig nicht fristgerecht angetreten werden konnte (Kriegsausbruch 1939), ging Edeltraut Friese freiwillig für ½ Jahr zum Reichsarbeitsdienst (um das Haushaltspflichtjahr für Frauen zu umgehen). Danach war die Ausbildung an der Chemo-Techniker-Schule in Leipzig bei Dr. Ende, Leipzig, Gottschedstraße möglich. Nach dieser Grundausbildung war E. R. als Volontär in der Getreidemühle in Zeitz, später in der MIAG-Braunschweig tätig.

Hieran schloß sich ein Volontariat als Mehllaborantin in den Mühlen in Olbernhau und Bad Kleinen an, dem 4 Semester Ausbildung am Reichsinstitut für Getreideverarbeitung in Berlin, Seestraße als Landwirtschaftlich-Technische-Assistentin mit Staatsexamen folgten. Die für eine Frau eher ungewöhnliche Berufswahl erfolgte, weil E. R.s verstorbener Vater Getreidefachmann und Getreidehändler war. Kurz vor Kriegsende ging E. R. nach Zeitz zu ihrer verwitweten Mutter und erlebte hier den Einmarsch der amerikanischen Besatzung. Um sich den Lebensunterhalt zu verdienen, nahm sie eine artfremde Tä-

tigkeit in Tröglitz bei Zeitz in dem Labor des Hydrierwerkes auf und arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Werksbücherei.

Unheilvolle Bekanntschaft

E. R. berichtet:

Bei einem Treffen von ehemaligen Klassenkameraden in meiner Wohnung im Jahre 1945 (Sylvester) lernte ich den mir bis dahin unbekannten Lorenz Bormann kennen, mit dem ich später verurteilt wurde.

Lorenz Bormann war eine etwas zwielichtige Gestalt. Er hatte u.a. bei seiner Verhaftung die Adressen von Heinz Bender und mir in seinem Notizblock, welches die GPU, entsprechend ihrer Gruppenbildungs-Ideologie, zum Anlaß nahm, später auch mich und Heinz Bender zu verhaften.

Bormann gab sich als Fahnenjunker aus und soll, nach dem Anklagevorwurf, Informationen über Demontagen sowie über Erzeugnispaletten der Produktionsbetriebe weitergegeben haben.

In den Westzonen tätig

Inzwischen war ich bei einer Firma für Mehlerzeugnisse bzw. Laborausrüstungen in Pfungstadt bei Darmstadt tätig. Die Berichte meiner Mutter, über ständige interessierte Befragungen der Russen nach meinem Verbleib im Westen, machten mich überhaupt nicht stutzig oder argwöhnisch, weil ich mich in die „Alles und jeden grundsätzlich verdächtigende Denkweise“ der staatlichen „Ermittlungsorgane“ stalinistischer Prägung überhaupt nicht hineinversetzen konnte.

Weihnachtsbesuch in der Ostzone (SBZ) - mit Sachverhaltsklärung

Ende 1947 entschloß ich mich, das Weihnachtsfest in Zeitz bei der Mutter zu erleben. Was ich nicht wußte, war, daß L. Bormann schon am 22. September 1947 in Zeitz verhaftet wurde.

So traf ich denn am 24. Dezember 1947 bei meiner Mutter in Zeitz ein und war gerade im Begriff mich umzuziehen, als ein deutscher Helfer der Volkspolizei (VP), Wittenka, an der Tür klingelte und mich „zur Klärung eines Sachverhaltes“ aufforderte, auf's Einwohnermeldeamt mitzukommen. Arglos folgte ich ihm und mußte nun feststellen, daß man mich nicht, wie vorgegeben, zum Einwohnermeldeamt, sondern zur GPU (Geheimdienst-Organisation der Sowjets) gebracht hatte.

Ohne Haftbefehl eingekerkert

Bei der GPU wurde ich nur kurz vernommen und dann erstmal, ohne jegliche Verhaftungsformalität, ins Zeitzer Gefängnis gebracht.

So hatte ich mir die Weihnachtstage in der SBZ bei der Mutter nun absolut nicht vorgestellt. Als am heiligen Abend die Glocken in Zeitz läuteten, wollte ich mit der Mutter in die Kirche gehen und nun saß ich, anstatt dessen, in einer verdreckten Zelle im Zeitzer Gefängnis.

Bei den weiteren Vernehmungen der GPU war man nun darauf aus, recht viele Namen weiterer Bekannter von mir zu erfahren. Speziell wurde immer wieder nach Verbindungen zu Namen, die den Ermittlern bereits bekannt waren, oder zu Vertretern der Opelniederlassung in Zeitz gefragt.

Ziel der Vernehmungen

Es ging es den Sowjets nur darum, den geringsten Anlaß zu finden, um eine Verhaftung weiterer Leute mit der Begründung der Spionage zu finden und damit die gefundene „feindliche Gruppe“ schneeballartig zu vergrößern (jeder Verhaftete hat Bekannte und Freunde, die wiederum selbst Bekannte und Freunde haben, auf diese Art kommen große Gruppen zusammen, die, gegenüber den Vorgesetzten, vom Fleiß der Ermittlungsorgane künden, deren Auszeichnung und Belobigung förderlich sind und letztendlich die Notwendigkeit des weiteren Einsatzes in Deutschland begründen helfen - schließlich geht es den Ermittlern im besiegten Deutschland wesentlich besser als zu Hause).

Im „Roten Ochsen“

Von Zeitz wurde ich mit den bekannten, speziell für den Gefangenentransport hergerichteten Russen-Limousinen, ins Gefängnis nach Halle zum „Roten Ochsen“ gebracht.

Hier, in Halle, wurden die Verhöre mit der gleichen stereotypen Fragestellung nach Bekannten und Freunden und nach Kenntnissen und Aufzeichnungen aus den Produktionspaletten meiner ehemaligen Arbeitsstellen weitergeführt. Sowohl die Haftbedingungen als auch die Verhöre waren von den entwürdigendsten Umständen begleitet. Eine vollständige Darstellung der Haft- und Verhörpraktiken der sowjetischen Vernehmer würde den Rahmen dieser kurzen Dokumentation total sprengen und soll deshalb mit Hinweis auf bereits veröffentlichte Darstellungen in einer Vielzahl von Publikationen unterbleiben.

Ausgequetscht - Abschiebung zur Verurteilung

Die russische weibliche Bewachung betitelte mich als „Spionanka“ und als den Russen die Ergebnisse meiner nächtlichen Verhöre in Halle keine neuen Spione und Agenten zu bringen versprochen, verfrachtete man mich über Leipzig nach Dresden in die berühmte „Hinrichtungsstätte am Münchener Platz“.

Wasserzelle

Hier versuchte ich, wie stets in den Gefängnissen, mit anderen Gefangenen durch Klopfzeichen in Kontakt zu kommen. Dabei wurde ich von der russischen Bewachung „erwischt“ und mußte zur Strafe in die Wasserzelle. In einem solchen Folterinstrument steht der Gefangene mit den Füßen in mehr oder weniger tiefem eiskaltem Wasser.

Das Verbrechen ist ermittelt

Wochen vor dem Prozeßbeginn wurde ich mit den Anklagepunkten bzw. Verdächtigungen bekannt gemacht. Hier wurde mir die relativ kurze und flüchtige Bekanntschaft des Lorenz Bormann zum Verhängnis. Ich wurde verdächtigt, Produktionsverrat und Spionage für den englischen Geheimdienst begangen zu haben. Wörtlich: Ich wurde für schuldig befunden, daß ich mich als Agentin des englischen Spionagedienstes 1947 in der SBZ in Deutschland mit dem Einsammeln von Spionageangaben befaßt habe und diese Angaben, über Lorenz Bormann, dem englischen Geheimdienst bzw. Aufklärungsdienst überreicht habe. Obwohl alle Fach-Welt die Produktpalette von Profen und Tröglitz kannte, nämlich Benzin, Schuhcreme und Haushaltsseife sowie Stearin - wurde dies als Werksspionage deklariert, die Formel von „schwerem Wasser“, die in jedem wissenschaftlichen Nachschlagewerk zu finden war, als Wirtschaftsspionage ausgelegt.

Nachweis des Verbrechens ?

Es fehlten natürlich Expertengutachten und andere dokumentarische Angaben und Beweise, daß die angeblich gesammelten Mitteilungen, ihrem Inhalt nach, ein vom Staat - Sowjet-Union - speziell bewachtes Geheimnis sind. Diese Fragen wurden natürlich von den laienhaft ausgebildeten Militärrichtern des SMT (Sowjetisches Militär-Tribunal) gar nicht erst untersucht. Hier zählte nur die Menge und große Anzahl der Verhaftungen und Verurteilungen, um auf der Karriereleiter erfolgreich nach oben zu rücken.

Das Urteil

Am 5. Juli 1948 wurde ich, ebenso wie L. Bormann und Heinz Bendler, zu 25 Jahren Freiheitsentzug im Zwangsarbeitslager, gemäß Artikel 58⁸ des Strafgesetzbuches der RFSSR (Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjet Republik) in Dresden verurteilt. Die Gedanken, die man als junger Mensch nach einem solchen, praktisch mit „Lebenslanger Haft“ gleichzusetzenden Urteil hat, lassen sich in Worten überhaupt nicht wiedergeben.

Der lange Leidensweg durch die Zuchthäuser

Von nun an begann für die „Spionanka“ Friese eine Odyssee des Leidens durch Straflager und Gefängnisse.

Bautzen, Sachsenhausen und schließlich Hoheneck waren meine Stationen. Auch hier gilt das weiter oben bereits Gesagte. Eine Schilderung der unsäglichen Haftumstände, der Erniedrigungen, der Schmerzen, der enttäuschten Hoffnungen möchte ich mir deshalb ersparen. Dies haben andere Haftkameradinnen, wie u. a. Frau Graul (10 Jahre Häftling in Hoheneck - „Die Farce“), besser zu Papier gebracht, als ich es je könnte.

Nach 6 Jahren und 2 Monaten wurde ich schließlich, völlig unerwartet, anlässlich der Berliner Konferenz der 4 Besatzungsmächte, im Januar 1954 entlassen.

Der Empfang daheim

Daheim in Zeitz wurde ich recht herzlich mit Girlanden und Willkommensgrüßen von Freunden, Bekannten und der Mutter begrüßt, da ja alle wußten, daß ich unschuldig war. Diese herzliche Begrüßung ist mir später in der Bundesrepublik nicht widerfahren. Es schwang dort stets, wenn auch in der Regel unausgesprochen, oder bestenfalls „in Frage stellend gefragt“, die Floskel mit, „Na, wenn man zu 25 Jahren verurteilt wird, muß man doch schließlich etwas auf dem Kerbholz gehabt haben“.

Wieder in der Bundesrepublik

Im Frühjahr 1954, nach 2 Monaten „Freiheit in der Ostzone“ flüchtete ich nach Westberlin, wurde vom DRK als ehemaliger Hoheneck-Häftling am Askani-schen Platz untergebracht und, nach Ablauf der Aufnahmeformalitäten, mit der Luftbrücke nach Hamburg ausgeflogen. Es folgten dann Lageraufenthalte in Hagen und Wentdorf. Über das Leben in den Aufnahmelagern und den gar nicht leichten Neubeginn hat bereits der Haftkamerad Gregor in seinen Erinnerungen in dieser Dokumentation das sich wiederholende Wesentliche gesagt. Als Arbeitsstelle folgten für mich Tätigkeiten im Labor „Dr. Oetker“ in Bielefeld und „Maggi“ in Hohentwiel.

Gesundheitliche Haftschäden

Bei den gesundheitlichen Untersuchungen in der BRD stellte man fest, daß auch ich mir nicht unwesentliche gesundheitliche Schäden in der Haft zugezogen hatte. So z.B. Eiweiß im Urin und eine Nieren-TBC (siehe Wasserzelle, weiter oben). Von den Versorgungsämtern jedoch kann der Zusammenhang mit den Einwirkungen der Haft nicht als „NACHWEISBAR“ nachvollzogen werden, demzufolge wurde der entsprechende Antrag abgelehnt.

In der BRD zuhause ?

Seit Sommer 1954 bin ich in der Organisation der ehemaligen politischen Häftlinge, der VOS, organisiert und nahm auch an deren Vereinsleben ständig aktiv und interessiert teil.

Im Jahre 1957 lernte ich meinen späteren Ehemann, Heinz Reinecke kennen. Er war ebenfalls politischer Häftling gewesen und stammte aus meiner Heimat. Er war in Bautzen interniert gewesen. Wir ließen uns in Wolfsburg nieder und begannen auf einem Grundstück, das uns die Stadt stellte, zu bauen.

Nachdem mein Mann, nach kurzer Krankheit, 1980 verstarb und unser Sohn seine eigene Familie gegründet hat, lebe ich allein und zurückgezogen im Stadtteil Dettmerode in Wolfsburg.

Ich muß anmerken, daß ich, wie bereits oben angedeutet, bei vielen Nachbarn und Bekannten auf Unverständnis stieß, als sie hörten, daß ich vom Russen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Da mußte doch ein schweres Verbrechen begangen worden sein, solche Strafen bekamen doch nur Kindesmörder etc.

„WOSSI“ ? - Heimatlos

Irgendwie fällt es mir schwer, mich richtig zu Hause zu fühlen. Sowohl die vorstehend genannte Reserviertheit aus Unkenntnis seitens der „Wessis“, und sicher auch vieler „Ossis“ - obwohl ich mit denen weniger ins Gespräch komme, man weiß ja in den wenigsten Fällen, welche tatsächliche Vergangenheit bezüglich der Unterstützung des Unterdrückungssystems die Leute hinter sich haben (und das ist nun schon wieder eine eigene Voreingenommenheit) - als auch die Vorwürfe der „Ossis“, vom „absahnenden Wessi“ wenn ich mich, als vermeintlicher oder zumindest durch Wohnort gestempelter „Wessi“, um mein in der Ex-DDR requiriertes Eigentum bemühe, lösen in mir das Gefühl totaler Heimatlosigkeit aus.

Die Rehabilitierung

In einem Schreiben REHABILITIERUNGS- NACHWEIS der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, Hauptmilitärstaatsanwaltschaft, vom 04. Januar 1995 „N 5 -1287-94“, „101360 Moskau - K 160“, wird mir ebenso lakonisch wie unumwunden mitgeteilt, daß meine Verurteilung auf „keinerlei objektiven und einer normalen gerichtlichen Untersuchung basierenden Gründen“ erfolgte und damit zu UNRECHT geschah.

Ich habe dem nur ein Fragezeichen hinzuzufügen und die Frage: „Warum dieses unermeßliche, vieltausendfache Leid ?“

Generalstaatsanwaltschaft
der Russischen Föderation
Hauptmilitärstaatsanwaltschaft
04. Januar 1995
N 5 -1287-94
101360 Moskau - K 160

REHABILITIERUNGS- NACHWEIS

Bürgerin : Friese, Edeltraut
Geburtsjahr u. Geburtsort : 1922, Stadt Zeitz
Staatsangehörigkeit : Deutschland
Volkszugehörigkeit : deutsch. Wohnhaft vor der
Verhaftung im Dorf Pfungstadt
Arbeitsstätte : Mitarbeiterin des Laboratoriums
Dienststellung : Laborantin
Beschäftigungsamt : in der Mehlfabrik-Produktion
vor der Verhaftung : " "
Verurteilungsdatum : 05. Juli 1948
und Strafverfolgungsorgan : Militärtribunal der Sowjetischen
Militäradministration des Landes
Sachsen
Verurteilt nach : §§ 58⁶ Teil 1, StGB der RSFSR
Strafmaß : 25 Jahre Freiheitsentzug im
Zwangsarbeitslager und Konfizie-
rung der bei der Durchsuchung
beschlagnahmten Wertsachen.

Auf der Grundlage der §§ 3 und 5 des Gesetzes der RSFSR „Über die
Rehabilitation der Opfer politischer Repression“ vom 18. Oktober
1991 ist die Bürgerin Frau Edeltraut F r i e s e rehabilitiert.

Chef der Rehabilitierungsabteilung
Der Gehilfe der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft

Siegel gez. Unterschrift
der L.P. K O P A L I N
HptMilStaatsAnw.

„Ich sanktioniere“

Leiter der 2. Abteilung in der Verwaltung 5 -
Stellvertreter des Hauptmilitärstaatsanwalts

Justizoberst L.P. Kopalin/Unterschrift/

den 04. Januar 1995

Gutachten

zum Archivkriminalfall
Nr. K 513228
von Bormann L. und anderer

Den 30. Dezember 1994

Moskau

Laut dem Urteil des Militärtribunals der Sowjetischen Mili-
täradministration im Land Sachsen vom 5. Juli 1948 gemäß dem Arti-
kel 58 - 6 Teil des Strafgesetzbuches der RF wurden zu 25 Jahren
Freiheitsentzug im Zwangsarbeitslager folgende Staatsangehörige
Deutschlands, jeder einzelne, verurteilt:

Bormann Lorenz, geb. 1919, gebürtig aus der Stadt Kiel,
Deutscher,
wohnhaft vor der Festnahme am 22. September 1947 in der Stadt
Zeitz, ohne bestimmten Beruf,

und

Friese Edeltraut, geb. 1922, gebürtig aus der Stadt Zeutz,
Deutsche, wohnhaft vor der Festnahme am 24. Dezember 1947
in der Stadt Zeutz, tätig als Laborantin der Fabrik für
Mehlwaren in Pfungstadt.

Laut demselben Urteil gemäß dem obenerwähnten Artikel 58-6, Teil 1
des Strafgesetzbuches der RF wurde zu 20 Jahren Freiheitsentzug im
Zwangsarbeitslager Staatsangehöriger Deutschlands verurteilt.

Bender Heinz-Artur-Fritz, geb. 1923, gebürtig aus Berlin,
Deutscher, wohnhaft vor der Festnahme am 26. September 1947
im Dorf Grumbach, Kreis Anaberg, ohne bestimmten Beruf.

Vor dem Gericht wurden Bormann, Bender und Friese dessen schuldig
anerkannt, daß sie sich als Agenten des englischen Spionagedienstes
1947 in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland mit dem Ein-
sammeln der Spionageangaben befaßt hatten und diese Angaben den
Mitarbeitern der englischen Aufklärungsdienstes überreichten (Ak-
tenseiten 340-341).

Die Untersuchung der Archivstrafakten (nach dem Antrag auf die Re-
habilitation) zeigte, daß Bormann, Bender und Friese unbegründet
verurteilt worden waren, weil aus den Unterlagen der Sache nicht
entdeckt wurde, daß in den Handlungen der Verurteilten der Tatbe-
stand gemäß dem Artikel 58-6 des Strafgesetzbuches der RF enthalten
ist.

Laut dem Urteil des Gerichts „überreichte“ Bormann die von ihm ge-
sammelten Spionageangaben dem englischen „Aufklärungsdienst“. Dabei
wurden jedoch im Gerichtsurteil diese Angaben nicht aufgezählt und
nicht detailliert und das Wesen ihrer Verborgenheit nicht erwähnt.
Aus den Gerichtsakten kann man sehen, daß sich Bormann mit dem Sam-
meln der für alle erschwinglichen Angaben von der Dislozierung der
sowjetischen Truppenteile in der sowjetischen Besatzungszone
Deutschlands und der Errichtung der Verteidigungsanlagen, dem Erz-

bergbau und dem „Arbeitslohn der Arbeiter und ihren Stimmungen“ beschäftigt hat.

Wie Friese in der Gerichtsverhandlung erläutert hat, schriebe sie als Bibliothekarin der technischen Bibliothek im Werk „Probak“ nach Bormanns Bitte aus einem Bibliotheksbuch Angaben vom „schweren Wasser“ heraus und kopierte seine Formel „beim Photographen des Betriebs“. Sie teilte Bormann auch mit, daß der Betrieb „Benzin, Kre-
me und Haushaltsseife“ herstelle (Gerichtsakte, seiten 338-339). Irgendwelches Expertengutachten und andere dokumentarische Angaben, die davon zeugen sollen, daß die von Bormann gesammelten Mitteilungen ihrem Inhalt nach ein vom Staat speziell bewachtes Geheimnis sind, in den Gerichtsakten fehlen, und diese Frage in der Gerichtsverhandlung nicht untersucht worden ist.

Benders Aussagen vor Gericht, daß er Bormann „keine Angaben vom Erzbergbau im Erzgebirge übergeben hat, weil er bis zum Tag seiner Verhaftung einer Begegnung mit ihm (d.h. mit Bormann) vermieden ist“, sind auch nicht widerlegt worden (Gerichtsakte, seiten 337-338).

Aus den Gerichtsunterlagen wird auch nicht zu erkennen glauben, daß durch die Handlungen der Verurteilten der Kriegsmacht der UdSSR und ihrer Staatsunabhängigkeit irgendein Schaden zugefügt worden ist. Alle Verurteilten waren dazu ausländische Staatsbürger, sie wohnten und wirkten außerhalb des UdSSR-Territoriums.

Die Gerichtsakten geben uns also den Grund, der Ansicht zu sein, daß Bormann, Bender und Friese nur aus politischen Beweggründen repressiert worden sind und deshalb gemäß dem Punkt „a“ des Artikels 3 und Teil 2 des Artikels 8 des Gesetzes der RF „Über die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressalien“ vom 18. Oktober 1991 alle drei rehabilitiert werden sollen.

Obermilitärstaatsanwalt
der 2. Abteilung der Verwaltung 5
in der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft
Justizoberst /Unterschrift/

E.W. Panasjugin

Kapitel 3

Heinz
Veckenstedt
geb. 15.7.1926

**Im Namen
des Volkes?**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Verhaftungsgründe:

Denunziation bei den russischen Militärbehörden wegen Tragens der HJ-Uniform in den Jahren 1943 bis 1945 und Vorwurf der Zugehörigkeit zum „Werwolf“

Kurzbiographie zur Zeit vor der Haft

- Heinz Veckenstedt wurde am 15.7.1926 in Hordorf bei Oschersleben geboren.
- Bis 1939 besuchte er in Hordorf die Volksschule
- Nach Verlassen der Grundschule absolvierte H. V. eine Ausbildung als Handelskaufmann in Oschersleben.
- Wie alle Jugendlichen im III. Reich mußte H.V. der „Hitlerjugend“ (HJ) (eine Jugendorganisation der im III. Reich alle Jugendlichen ab 14 Jahren beitreten mußten) beitreten und war später, weil einer der wenigen im wehrfähigen Alter, die nicht „an der Front“ (im Kriegsdienst) waren, HJ-Führer in Oschersleben.
- Durch eine Verletzung war Heinz Veckenstedt nicht „kriegsverwendungsfähig“ (KV).
- Weil er nun zum Wehrdienst nicht eingezogen wurde, war er als kaufmännischer Angestellter in den Junkers-Flugzeugwerken in Oschersleben tätig. Wie im III. Reich üblich, trug auch er die obligatorische HJ-Uniform zum Dienst. Dies sollte ihm nach dem Kriege zum Verhängnis werden.

Die Nachkriegsjahre

Nach dem Zusammenbruch des III. Reiches lebte Heinz Veckenstedt für einige Jahre in den Westzonen Deutschlands und kam nur sporadisch, illegal über die sogenannte „grüne Grenze“ zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Bei diesen Besuchen führte er, wie es damals üblich war, auch Tauschwaren mit.

Durch die große Hungersnot im Nachkriegsdeutschland waren natürlich lebende Ferkel zur damaligen Zeit sehr begehrte und gefragte Dinge, die zur Aufzucht in der aufzubauenden Landwirtschaft benötigt wurden. H. V. hatte in seiner Tätigkeit in Westdeutschland zufällig Zugang zu Zuchttieren und „schmugelte“ deshalb davon einige in seine Heimat nach Hordorf, was ihm später auch mit zur Last gelegt wurde.

Zonenwechsel

Als es den Anschein hatte, „in der SBZ beruhigt sich alles nach dem Kriege, und der Sowjetterror und die Willkür der Besatzungsmächte habe sich gelegt“,

entschloß sich H. V., nach Hordorf zu seinen Eltern zurückzukehren. Er wollte hier auch heiraten.

Die Schlinge war bereits gelegt

Er konnte schließlich nicht wissen, daß er inzwischen schon denunziert war und die Russen, bei denen er von „guten Freunden“ denunziert war, nur darauf warteten, bis er und einige seiner Freunde, zwangsläufig auch Mitglieder der HJ, in Oschersleben und Umgebung, eintrafen. So schnappte denn im April 1948 die Falle zu. H. V. wurde am frühen Morgen des 19. April 1948 von den Sowjets in Hordorf verhaftet und in das NKWD-Gefängnis in Magdeburg (Porsestr., späteres Gebäude der Stadtverwaltung Südost, heute Cottonclub) gebracht. Hier war er, wie auch seine Freunde, den ebenso unerträglichen wie pausenlosen nächtlichen Verhören der Sowjets ausgeliefert und mußte in den heute noch zu besichtigenden unterirdischen fensterlosen Zellen bis Juli 1948 vegetieren.

Das Urteil

Am 17.7.48 wurde H. Veckenstedt vom Sowjetischen Militärtribunal in der Provinz Sachsen-Anhalt in Magdeburg, entsprechend den Kontrollratsbeschlüssen vom 20. 12. 1945 der SMAD (Sowjetischen Militäradministration in Deutschland), nach den Artikeln 58² und 58¹⁰ des Strafgesetzes der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik vom 6. Juni 1927 zu 25 Jahren Arbeitslager ohne Vermögenskonfiskation (weil nichts vorhanden war) verurteilt. Die Verhandlung erfolgte wie immer vor diesen Tribunalen innerhalb des Bruchteils einer Stunde. Der Vorwurf bestand in der Zugehörigkeit zur HJ.

Haftverbüßung

H. V. berichtet:

Von Magdeburg transportierte man uns zunächst in die Haftanstalt „Roter Ochse“ nach Halle in eine 4-Mann-Zelle. Die Zelle war völlig überbelegt und hatte die typische Ausstattung: Pritschen mit Strohsäcken, Kübel für die Notdurft, Blechschüsseln zum Waschen, und Hungerrationen als Verpflegung. Lediglich den ständigen nächtlichen Verhören waren wir als „Abgeurteilte“, nicht mehr ausgesetzt. Unsere Verweilzeit in Halle betrug, nach meiner Erinnerung, etwa 2 Wochen.

Verlegung ins „Gelbe Elend“

Von Halle erfolgte der Transport im sogenannten „Grotewohl-Express“ (ein Eisenbahnwaggon, der äußerlich einem Postwaggon ähnlich sah und an die normalen Züge der Deutschen Reichsbahn angekoppelt war) ins „Gelbe Elend“ nach Bautzen. Hier verbrachte ich erst einmal 4 Jahre Haft ohne Arbeit in einem Massensaal. Die Haftanstalt wurde damals noch bis in die Anfänge der

fünfziger Jahre vom sowjetischen Militär bewacht und verwaltet. Die Hungerrationen, die für viele Häftlinge das langsam wirkende Todesurteil bedeuteten, betrugen pro Tag 5 gr. Fett, 5 gr. Marmelade, 5 gr. Zucker, 350 gr. Brot und die üblichen, mehr Wasser- als Graupensuppen. Den ganzen Umfang des Elends der Haft im „Gelben Elend“ zu schildern, würde den Rahmen dieser Dokumentation sprengen, allein die Beschreibung des Hungeraufstandes mit anschließender VOPO-Prügelszene würde mehrere Seiten füllen, ich verweise deshalb auf die umfangreiche, bereits erschienene weiterführende Literatur dazu.

Ideologische Erziehung in der Freizeitbeschäftigung?

Um die Eintönigkeit und Langeweile zu überbrücken, erfand man mit relativ primitiven Mitteln den Tischfußball. Inzwischen war die Verwaltung der Haftanstalten an die Volkspolizei (VP) der DDR übergegangen und die „Vopos“, die die Säle überwachten, störte es, daß die Häftlinge bei ihrer Namenswahl der Fußballclubs westdeutsche Clubnamen führten. Sie ordneten an, daß die Namen aus den sogenannten Ostblockländern zu entnehmen wären. Wir befolgten diese Anweisung so: Wenn eine Wachperson aufkreuzte, legte man die Schildchen mit den Clubnamen des Ostblockes nach oben, und, war er verschwunden, dann drehte man die Schildchen wieder um und führte das Spiel mit den alten Namen der westlichen Sportvereine weiter.

Arbeit am Krankenhausanbau

In den letzten zwei Jahren (1952 bis 1954) wurde ich, wegen meines nach 1945 zusätzlich erlernten/ausgeführten Maurer-Berufs und weil mich die „Mot-ten“ (die in Bautzen äußerst stark grassierende Lungentuberkulose) noch nicht niedergestreckt hatten, zum Baukommando zugeteilt und war an der Errichtung des Krankenhausanbaues am „Gelben Elend“ beteiligt.

Das Ende der „25-jährigen“ Haft

Am 17.10.54 wurde Heinz Veckenstedt aus Bautzen entlassen. Es waren zu diesem Zeitpunkt die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Sowjets im Gange, die die Entlassung der ehemaligen Kriegsgefangenen und SMT-Verurteilten aus russischen Gefängnissen zum Ziele hatte.

Heinz Veckenstedt kehrte in sein Heimatdorf zu seiner Familie zurück. Hier in Hordorf arbeitete er auf Grund seiner Maurerausbildung als Fliesenleger in einem Oscherslebener Betrieb. Wenig später bot sich ihm die Möglichkeit, zunächst in der MTS-Spezialwerkstatt (**M**aschinen-**T**raktoren-**S**tation, die im Leihverfahren Maschinen für die Landwirtschaft bereitstellte) des Ortes tätig zu werden.

Auf Grund seiner Ausbildung als Handelskaufmann konnte er dann in der EDV-Abteilung der MTS bis zum Erreichen des Rentenalters tätig werden, um schließlich, unmittelbar nach der Wende, in den Ruhestand zu gehen.

Anerkennung und Kapitalentschädigung

Da der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland juristisch nicht berechtigt ist, die von einem anderen Staat ausgesprochenen Gerichtsurteile aufzuheben, konnte Heinz Veckenstedt, wie alle SMT-Verurteilten, nur die Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) beantragen, welche letztendlich auch zur Zahlung einer „Kapitalentschädigung“ von 300,- DM je Haftmonat, nach dem Erlaß des ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes, führt.

Späte, aber vollständige Rehabilitierung

Entsprechend seiner Antragstellung wurde Heinz Veckenstedt, von der Staatsanwaltschaft der UdSSR in Moskau auf der Grundlage des Gesetzes der UdSSR über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressalien vom 18.10.91 voll rehabilitiert. Mit ihm wurden auch seine drei Jugendfreunde, die mit verurteilt waren, rehabilitiert.

Es wurde also im Klartext kurz und bündig bestätigt, daß sie alle ohne jeden triftigen Grund verurteilt (und damit jahrelang gequält und ihrer Freiheit beraubt) wurden.

Kapitel 4

Erhardt
Zimmermann
geb. 10.11.1929

**Im Namen
des Volkes?**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Verhaftungsgründe:

Unterlassung des Gebrauchs der Schußwaffe beim Dienst an der DDR-Grenze zu Westdeutschland im Jahre 1950

Kurzbiographie und Bericht zur Zeit vor der Haft

1936 bis 1944: Besuch einer 8-klassigen Grundschule in Sandersleben.

1944 bis 1947: Ausbildung zum Kaufmann in einem privaten Großhandelsbetrieb.

1948: Bewerbung bei der Volkspolizei Unfallbereitschaft Halle /Saale.

Eintritt in die KPD rettet Elternhaus

E. Z. erlebte das Kriegsende als Lehrling in einem kaufmännischen Beruf. Sein Vater, Besitzer einer kleinen Gärtnerei und Baumschule, war am Kriegsende von der englischen Armee interniert. Nach der Ablösung der englischen Besatzung durch die sowjetische Besatzung bekamen überall die Anhänger der Kommunistischen Partei Auftrieb und Unterstützung durch die sowjetischen Besatzer.

Ein Trupp Kommunisten - oder, wie sich später herausstellte, kriminelle Gestalten, die sich als solche ausgaben - wollte E. Z. und seine Mutter aus ihrem Betrieb und Einfamilienhaus vertreiben und sämtlichen Besitz im Hause „im Namen der neuen Macht“ beschlagnahmen.

E. Z. lief in dieser bedrohlichen Situation, als 16-jähriger, spontan zum Rathaus und ließ sich als Mitglied in die kommunistische Partei aufnehmen. Mit seinem neuen Mitgliedsbuch und einem an die Brust gehefteten Sowjetstern stürmte er nach Hause zurück und vertrieb mit diesem Status tatsächlich das Beschlagnahmekommando.

Später wurden die Mitglieder der Enteignungskommission aus kriminellen Gründen inhaftiert, selbstverständlich ohne daß deshalb das von diesen kriminellen Nutzern der kommunistischen Allmacht requirierte Eigentum an ihre ehemaligen Besitzer zurückgegeben wurde.

Flucht des Lehrherren in die Westzonen

E. Z. lernte in einem Großhandelsbetrieb, der sich auf den Handel mit „Fermentol“ spezialisiert hatte (ein Mittel zur Fermentierung von Tabak, das wegen des mangelnden Angebots von Tabakwaren von weiten Kreisen der Garten- oder Landbesitzer zur Eigengewinnung von rauchbarem Tabak aus eigenem Anbau vielfach verwendet wurde).

Wie allen florierenden privaten Betrieben in der Ostzone, wie die sowjetisch besetzte Zone im allgemeinen Sprachgebrauch genannt wurde, drohte auch diesem Betrieb die Enteignung. Der Lehrherr konnte gerade noch für den ordentlichen Abschluß der kaufmännischen Lehre Zimmermanns sorgen, dann setzte er sich, zum Schutz seiner persönlichen Freiheit, in die Westsektoren ab.

Auflagen zur Bewerbung bei der Unfallbereitschaft

Nachdem E. Z. noch kurze Zeit als Gehilfe in einem anderen privaten Unternehmen tätig war, bewarb er sich 1948, weil er sich seit jeher für die Unfallhilfe interessierte, bei der Volkspolizei Halle zum Eintritt in die Unfallbereitschaft. Dieser Bewerbung wurde mit der Auflage, „vorher ½ Jahr Polizei-Streifendienst und dann noch ½ Jahr Dienst an der damals noch Demarkationslinie genannten Grenze“ (Grenze zwischen den Besatzungszonen) zu leisten, entsprochen. 1949 schloß E. Z. eine Ehe, aus der ein Kind hervorging.

Der Haftgrund - kein Schußwaffengebrauch

Nach Absolvierung der Streifendienstauflage wurde E. Z. zum Grenzdienst im Bereich Stendal eingesetzt. In dieser Tätigkeit „erwischte“ er einen ehemaligen „Grenzer“, der aus dem Polizeidienst nach Absolvierung seiner Dienstzeit ausgeschieden war und nach seiner Heirat in eine im Grenzzort ansässige Familie weiter im Grenzzort wohnte.

Pflichtgemäß stellte er den Grenzgänger, nahm ihm die Personalpapiere ab und, da er ihn persönlich als ehemaligen Kollegen kannte, befragte er ihn, wie er denn mit seinem Zuckerbeutel (ca. 5 - 10 Kg) über die brückenlose Jeetze (Grenzfluß) kommen wolle. Der Grenzgänger nahm den Beutel auf den Kopf und demonstrierte die Flußüberwindung mittels Sprung ins Wasser. Damit war er auch schon mit wenigen Schritten bei den das Schauspiel interessiert beobachtenden englischen „Grenzbewachern“. Er rief E. Z. noch zu: „Morgen komme ich wieder und hole mir meine Ausweise wieder ab“.

Der Grenzverletzer kam auch prompt am nächsten Tag zurück, um seine Papiere bei der Grenzwatche abzuholen. Der Grenzgänger war 1950 im grenznahen Raum allgemein noch ein alltägliches „Kavaliersdelikt“, um das sich keiner der Ausübenden allzu ernsthafte Gedanken machte.

Im speziellen Fall rutschte der „Grenzgänger“ jedoch in eine der stichprobenartig durch die sowjetischen Besatzer durchgeführten „Vernehmungen“ der Grenzverletzer hinein.

Das Verhör durch die deutsche Dienststelle

E. Z. berichtet:

Ich hatte den „Vorfall“ des Jeetze-Sprungs meines ehemaligen Kollegen längst vergessen, als ich zu meiner deutschen Grenzpolizei-Dienststelle nach Salzwedel beordert wurde. Hier wurde mir vorgehalten, daß ich nicht befehlsgemäß den Grenzübergang durch Anwendung der Dienstwaffe verhindert hätte. Ich erhielt eine Disziplinarstrafe von 5 Tagen „Karzer“. Daneben teilte man mir mit, daß über meine weitere Verwendung bei der Grenzpolizei durch die Polizeidienststelle in Halle entschieden werde.

Haft ohne Haftbefehl

Bis zu meiner angekündigten Verbringung zur Dienststelle in Halle wurde ich 11 Tage im Gefängnis in Salzwedel ohne jeglichen Haftbefehl unter primitivsten Bedingungen und miesester Verpflegung „zwischenlagert“.

Der Transport zur Dienststelle Halle

Dann wurde mir mitgeteilt, daß ich auf der Ladefläche eines LKW, der Uniformen nach Halle zu transportieren habe, nach Halle zur Dienststelle verbracht werde.

Der Transport wurde vom „Politnik“, wie der Offizier für politische Erziehung der Truppe salopp genannt wurde, begleitet. Dieser nahm auf dem Beifahrersitz des LKW Platz und ab ging die Fuhre.

Folgenschwere Transportunterbrechung

Die Fahrt wurde in Gardelegen vor der sowjetischen Kommandantur „zwecks einer kurzen Erledigung“ vom Politnik unterbrochen.

*Während dieser „Erledigung“ unterhielt ich mich mit dem Fahrer, der bezüglich des Zweckes der „kurzen Fahrtunterbrechung“ ebenso ahnungslos war wie ich. Nach einiger Zeit erschien anstatt des Politniks ein **sowjetischer** Offizier mit 2 Soldaten am Fahrzeug.*

Der Offizier nahm als Beifahrer und die beiden Soldaten bei mir auf der Ladefläche Platz.

Hinter Gardelegen gab's einen erneuten kurzen Halt in einem Waldstück. Der Offizier kam nach hinten zur Ladefläche und richtete an mich die Frage: „KAK FAMILI?“ (Wie ist Ihr Name?) Nach der Nennung des Namens wurde mir lakonisch mitgeteilt: „SIE SIND VERGAFTET!“ Die bis dahin friedlich neben mir sitzenden Soldaten wurden angewiesen, mich scharf zu bewachen. Sie nahmen die Maschinengewehre in Anschlag und richteten sie auf mich.

Danach ging's ohne weitere Unterbrechung durch, bis auf das mir unbekannte Gelände der berüchtigten Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle/Saale.

Die Haft im „Roten Ochsen“

Es begann mit einer gründlichen Körperinspektion und dem kompletten Haare abscheren, dann ab in die Einzelhaft mit der bereits aus anderen Berichten bekannten primitiven Zellenausstattung und Verpflegung.

Erst nachdem ich das System des Idioten-Morse-Kloppfunks kapiert hatte (ein Zeichen für „A“, drei Zeichen für „C“, bis 26 Zeichen für „Z“), erfuhr ich, wo ich mich befand. Im „russischen Knast“ in Halle.

Haft und Menschenwürde

Eine kleine unkommentierte, für sich selbst sprechende Episode aus den Haftbegleitumständen:

Die mangelhafte Ernährung mit wenig hartem Brot und Wassersuppen, in die sich hin und wieder ein Graupenkörnchen oder der Zipfel eines Kohlblattes verirrt hatte, hielten uns bei ständigem Hungergefühl. Eines Tages holte mich ein Bewacher in den Raum des Wachpersonals, zeigte auf den Papierkorb, in dem neben verschiedensten Abfällen einige frische Gurkenscalen obenauf lagen, und sagte: „Essen!?“ Als ich hineingreifen wollte, spuckte er kräftig in den Papierkorb und wollte sich über mein Entsetzen vor Lachen ausschütten.

Die Verhöre

Die grundsätzlich nachts geführten Verhöre begannen immer wieder stereotyp mit der gleichen Frage: „Warum sind Sie hier?“

*Ich wußte solange absolut keine Antwort, bis man mir nach mindestens einem halben Dutzend der, von Schlägen mit dem Lineal auf den Hinterkopf und Stößen in den Nacken mit dem großen „Knastschlüssel-Bund“ begleiteten, Verhöre endlich eröffnete, daß ich die „Grenzverletzung“ meines ehemaligen Kollegen **nicht** mit Waffengewalt verhindert habe.*

Ich hätte doch in seine Beine schießen können.

Feueropfer-Zeremonie

Beim letzten Verhör hatte der Offizier einen Stapel verschiedener Gegenstände auf dem Schreibtisch liegen. Beim näheren Hinsehen entpuppten diese sich als meine Papiere, Bilder, Geldbörse u.s.w. .

Er griff jeweils einen der Gegenstände, hielt ihn mir vor und fragte: „Was ist das?“ Wenn ich dann geantwortet hatte - zum Beispiel: „Das ist ein Bild meiner Mutter.“ - zerriß er dasselbe, tat die Schnipsel in den großen Aschenbecher auf seinem Schreibtisch und zündete sie an. So wurden, genüßlich langsam, alle meine Dokumente, Bilder, u.s.w. dem Feuer zugefügt, bis von allem nur noch ein Häuflein Asche übrig geblieben war.

Welcher tiefere „SINN“ hinter dieser perfiden Zeremonie lag, ist mir unbekannt geblieben.

Die Gerichtsverhandlung

Die „Gerichtsverhandlung“ fand unmittelbar im Anstaltsgelände vor einem „Sowjetischen Militärtribunal“ statt.

Zu Beginn wurde von der Dolmetscherin das Gericht vorgestellt und an mich die Frage gerichtet, ob ich mit der Gerichtsbesetzung einverstanden sei.

Ich verneinte ganz energisch und brachte zum Ausdruck, daß ich deutscher Staatsbürger bin, die mir vorgeworfene Unterlassung an einer deutschen Grenze innerhalb einer deutschen Dienststelle „begangen“ habe und damit nicht nach russischem Recht straffällig sein kann. Des weiteren forderte ich einen deutschen Rechtsvertreter zur Verhandlung.

Die Reaktion des Militär-Tribunals auf meine Einlassungen, mit einem im Deutschen nicht gut wiedergebbaren Schimpfsatz bedacht, zeigten überdeutlich, daß die Frage zum „Einverständnis mit dem vorgestellten Gericht“ reine zeremonielle Formsache, ohne Auswirkung auf den Verhandlungsgang, war.

Nach 15 bis 20 Minuten war dann die, ohne weitere deutsche Übersetzung in russischer Sprache geführte, „Verhandlung“ auch bereits mit der wieder übersetzten Urteilsverkündung „**5 JAHRE HAFT**“ beendet.

Haftverbüßung im „Gelben Elend“

Zur Haftverbüßung wurden wir mit den üblichen Spezial-Waggons per Bahn nach Bautzen transportiert.

Über die katastrophalen Haft-, Ernährungs- und Gesundheitsbedingungen in dem berüchtigten Bautzener Zuchthaus, unter denen tausende Haftkameraden den Tod fanden und das in Häftlingskreisen das gelbe Elend genannt wurde, ist bereits ausreichend publiziert worden, so daß ich mir eine Wiederholung mit dem Verweis auf die Broschüre „DAS GELBE ELENDE - BAUTZENHÄFTLINGE BERICHTEN“ ersparen möchte.

Eine auch nur einigermaßen vollständige Darstellung der dort herrschenden, mehr Todes- als Lebens-Umstände zu bezeichnenden Haftbedingungen würde den Platzrahmen der vorliegenden Häftlingsschicksal-Dokumentation total sprengen.

Ein Hör-Bild, das mich bis heute in meinen Träumen verfolgt, ist das Geräusch des allmorgendlich herausfahrenden einspännigen Leichenkarrens, mit dem die über Nacht verstorbenen Mithäftlinge aus der Haftanstalt herausgekartt wurden. Vor jedem von uns stand die Frage, **wie** kommst **Du** hier wieder heraus.

Viel zu viele gingen den waagerechten Weg im Leichenkarren.

Wieder in den „Roten Ochsen“

Im Mai 1953 wurde ich eines Tages mit anderen Mithäftlingen zum Transport zusammengestellt. Wie wir am Ziel merkten, ging die Reise in den „Roten Ochsen“, nach Halle.

Wir wurden dort etwas besser als bisher gepflegt, die Haare wurden nicht mehr nachgeschoren und eines Tages wurde uns das, was von unserer Zivilkleidung noch übrig war, oder neue Kleidung ausgehändigt und unsere Entlassung in die Freiheit, wie sie den großen Knast DDR, mit dem der überwiegende Teil der Bevölkerung nicht einverstanden war, verkündet.

Vorher hatten wir ein Schreiben zu unterzeichnen, in welchem wir den Schergeren zu bestätigen hatten, daß wir in der Haft „ordentlich behandelt“ worden waren und über die Interna des Haftlebens im künftigen Zivilleben keine Berichte zu geben haben.

Unerwarteter Familienzuwachs

Als ich „vergiftet“ wurde, hinterließ ich Ehefrau und **ein** Kind. Bei meiner Rückkehr aus dreijähriger Hölle fand ich Ehefrau und **zwei** Kinder vor.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den Grad unserer psychischen Verkrüppelung in der Hölle der Haft, daß ich das, ohne mein Zutun hinzugekommene, zweite Kind nicht nur im Augenblick der Heimkunft resignierend als „**mein** Kind“ akzeptierte, sondern auch nach der Scheidung der Ehe, zwei Jahre nach meiner Heimkunft aus der Haft, weiterhin meinen Unterhaltsanteil beitrug.

Die sozialistische Haftnachsorge

Über die „Abteilung Inneres“ des Rates des Kreises (zuständiges Verwaltungsorgan) wurde mir eine einjährige Arbeitsplatzbindung im Walzwerk Hettstedt „verordnet“. Die Verurteilung zu 5 Jahren Haft mußte ich, wie jeder entlassene Häftling in der DDR, im sogenannten „Kaderfragebogen“ (ein Papier zur Offenlegung aller bisherigen Ausbildungen, eigenen Arbeitsverhältnisse, Namen und Anschrift von Eltern und Ehepartnern sowie deren jeweiligen Arbeitsverhältnissen und Angabe von Verwandten 1. und 2. Grades im Ausland) eintragen.

Nach Absolvierung dieser zwangszugewiesenen Tätigkeit bewarb ich mich beim „Deutschen Roten Kreuz“ (DRK).

Neuausstellung aller Papiere

Zu den Formalitäten im sozialistischen Alltag gehörte auch, daß mir schrittweise, nach und nach, alle meine Papiere wieder ausgestellt wurden. Darunter, perfiderweise (Ordnung muß sein im sozialistischen Deutschland), auch das SED-Parteibuch. Auch hier hatte ich, ebensowenig wie im Fall des wundersam

zugewachsenen Kindes, nicht den Mut, auf dieses Dokument großzügig zu verzichten. Nur die verbrannten Familienbilder ließen sich nicht wieder von den Behörden nachfertigen.

Unauffällige Existenz im real existierenden Sozialismus

Nach positivem Bescheid auf meine Bewerbung zum Bereich Krankentransport beim DRK hatte ich das „Glück“, eine zwar zutiefst von der „Richtigkeit des sozialistischen Entwicklungsweges“ überzeugte ältere Genossin zur Leiterin zu haben, die aber nicht zu den in der Mehrzahl der Leiterfunktionen in der DDR anzutreffenden seelenlosen Apparatschiks und/oder Karrieristen zählte. Meine überstandene Haftzeit wurde mir nicht entwicklungshindernd, wenn man denn von Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Land sprechen kann, nachgetragen.

Mitgeschluckte Zugabe

Nach meiner erneuten Eheschließung hatten wir ein kleines Grundstück mit Einfamilienhaus in einem kleinen Ort im Kreis Halberstadt in Aussicht. Meine Frau hatte die Möglichkeit, in diesem Ort als Ärztin in einer Außenstelle der Poliklinik tätig zu werden. Als wir uns um diese Position bewarben und äußerten, daß auch für mich eine Arbeitsstelle im gleichen Ort, möglichst weiter im Gesundheitswesen, in dem ich ja nun schon etliche Jahre tätig war, erforderlich ist, wurde mir, vom dortigen Kaderleiter Plischke, meine „Vergangenheit“ als doch „recht zu bedenkender Hinderungsgrund“ vorgehalten. Aber letztendlich siegte die Notwendigkeit der Beschaffung einer Ärztin über die geäußerten Bedenken und ich wurde als lästige, aber schwerlich vermeidbare Zugabe „mitgeschluckt“.

Der „Gelbe Punkt“

Die sozialistische Möglichkeit eines Auslandsurlaubs bestand im Besuch eines der „sozialistischen Bruderländer“, also eines Landes des „Ostblocks“ (sofern es nicht wegen zu großer Freizügigkeit, wie zum Beispiel Jugoslawien, ausgeklammert wurde).

Genehmigungen zu Reisen in das westliche Ausland oder Westdeutschland bei gegebenen und in der Regel allgemein akzeptierten familiären Anlässen erhielt ich, im Gegensatz zu meiner Frau, niemals.

Bei der Rückreise aus diesen Urlaubsländern in die DDR wurden wir mit konstant boshafter Regelmäßigkeit zu einer intensiven Fahrzeugkontrolle beim Zoll herausgewinkt.

Diese vielen penetranten Wiederholungen der Einbeziehung in die „Stichproben-Tiefenkontrolle“ sofort nach Sichtung unserer Reisepapiere veranlaßte mich, 1988 bei einem mir zufällig persönlich bekannt gewordenen Mitarbeiter

des Ministeriums für Staatssicherheit in dessen Dienststelle in Halberstadt vorzusprechen.

Er eröffnete mir, daß diese Verfahrensweise für ihn ganz verständlich und normal sei, weil meine Eintragung in den von den Grenzbehörden verwendeten Computern einen sogenannten gelben Punkt trage. Er wolle aber darum bemüht sein, diesen, wegen des lange zurückliegenden Anlasses der Vergabe desselben, entfernen zu lassen.

Mir ist nicht bekannt, ob diese Bemühungen auf der Basis einer persönlichen Zufallsbekanntschaft von Erfolg waren. Auf jeden Fall waren sie, wegen der Ereignisse im Herbst 1989 „gegenstandslos“ geworden.

Im Zusammenhang mit dem eben geschilderten Besuch in der Stasi-Dienststelle hatte ich Ende 1988 auch endlich den „Mut“, mein SED-Parteidokument zurückzugeben.

Nach der Wende

Nach der Wende wurde ich von meiner Frau, die eine Vielzahl Anfragen bei den anfangs schwer zu durchschauenden Verwaltungsstellen schrieb, bestärkt, meine Rehabilitation zu betreiben.

Anerkennung nach dem Häftlingshilfegesetz und „Kapitalentschädigung“

Als Verurteilter der sowjetischen Militärtribunale kann für uns keine Rehabilitation von einem deutschen Gericht ausgesprochen werden. Es blieb aber der Weg der Beantragung der Anerkennung als „ehemaliger politischer Häftling“ bei der „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge - Außenstelle Berlin“, die von der Bundesregierung im Ergebnis des Einigungsvertrages als zuständige Behörde eingesetzt wurde.

Am 8. März 1991 erhielt ich die Anerkennung als „ehemaliger politischer Häftling“ nach § 10 Absatz 4 des Häftlingshilfegesetzes, verbunden mit einer im Gesetz vorgesehenen Eingliederungshilfe, welche später durch die Zahlung des Differenzbetrages zu der im 1. SED-Unrechts-Bereinigungsgesetz vorgesehenen „Kapitalentschädigung“ in Höhe von 300,- DM je verbüßten Haftmonat und einem Zuschlag für ständigen Wohnsitz im „Beitrittsgebiet“ von 250 DM je verbüßten Haftmonat aufgestockt wurde.

„Entschädigung?“

Wenn man betrachtet, daß allein der totale Verdienstaufschlag in den Haftjahren, der nicht nachzahlbar ist, höher ist als diese Kapitalentschädigung, dann kann man den „Stellenwert“ der Opfer in unserer Gesellschaft ein wenig ermessen. Demgegenüber stehen die „Ehrenrenten“ der Opfer der nicht minder schlimmen NS-Diktatur, unter denen allerdings nicht wenige in der stalinistischen

Diktatur selbst zu Tätern wurden, mit 1400 DM je Lebensmonat doch etwas unverhältnismäßig da.

Ende der Verdrängung ?

Meinen bereits erwachsenen Kindern aus der jetzigen Ehe konnte ich über meine Vergangenheit erst jetzt, nach der Wende, berichten.

Wie auch im westdeutschen Bekanntenkreis mußte ich hierbei sehr weit aus-holen und meine Berichte mit dem Hinweis auf viele nunmehr publizierte Pa-rallelfälle untermauern, um das doch recht ungläubige Staunen über die bis dahin unbekannte volle und grausame Wahrheit über die Mittel der 2. Diktatur in diesem Jahrhundert in unserem Teil Deutschlands zu zerstreuen. Gesprä-chen mit Bekannten und Freunden aus der Ex-DDR über diesen Teil meiner Vergangenheit weiche ich auch heute in der Regel noch aus, als wirke die un-terschriebene Erklärung zum Stillschweigen noch immer nach.

Stasi-Akteneinsicht ?

Bis heute konnte ich mich nicht entschließen, eine Einsicht in eventuell über mich geführte Stasi-Akten zu beantragen. Aus der Intensität der Beobachtung und von Befragungen nach dem Sichtbarwerden von Fahrzeugen von Besu-chern unseres Grundstückes mit Fahrzeugen mit westlichen Kennzeichen ist eine solche Aktenführung durchaus möglich.

Ich weiß aber nicht, ob ich's wirklich wissen will.

Kapitel 5

Rolf
Lehrmann
geb. 18.9.1932

**Im Namen
des Volkes?**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Verhaftungsgründe:

R. L. ist, vermutlich durch Denunziation, von den Organen der DDR-Staatsicherheit „verhaftet“ worden. Der spätere Vorwurf seitens des sowjetischen Militärtribunals lautete auf „Spionage, Gruppenbildung, Antisowjethetze und Terror“

Das vernichtende Urteil:

2 mal 25 Jahre Arbeitslager, 2 mal Todesstrafe.

Kurzbiographie und Bericht zur Zeit vor der Haft

1939 bis 1947 Besuch einer 8-klassigen Grundschule (ursprünglich Mittelschule, welche 1945 im Rahmen der Vereinheitlichung der Schulen umgewandelt wurde) in Burg.

1947 bis 1950 Lehre bei der Post zur Ausbildung als Postbeamter.

1950 „Delegierung“ zur im Aufbau befindlichen „Volksarmee“ Bereich See.
Nach einem reichlichen Jahr 1951 Einsatz als „Pionierleiter“ in einer Schule in Gommern.

Start in die Nachkriegszeit

R. L. wuchs in einem sozialdemokratisch orientierten Elternhaus auf, war evangelisch getauft, bei mäßig praktiziertem Glauben.

Die Eltern besaßen in Burg ein bescheidenes Grundstück mit einem 2-Familienhaus. Der Vater war in der, später wie üblich enteigneten, Schuhfabrik Tack tätig, während die Mutter Verkäuferin war.

Schleichender Aufbau einer neuen Armee in der sowjetisch besetzten Zone

Nach Beendigung der Lehrzeit bei der Post im Jahre 1950 wurde R. L. zur Ausbildung zur noch relativ geheim gehaltenen späteren Volksarmee, welche sich anfangs KVP (= kasernierte Volkspolizei) nannte, „delegiert“.

Diese Delegierung mittels mehr oder weniger sanfter „Überredung“ oder „freiwilligem Zwang“ erfolgte seinerzeit noch in der Form, daß der Delegierte Angehöriger seines delegierenden Betriebes blieb und von diesem auch in der Gehaltsliste weiter geführt wurde. Die neuen Soldaten erhielten auch noch keinen Wehrpaß sondern blieben im Besitz des Personalausweises.

Die Ausbildungsorte R. L.s waren Heringsdorf und Kühlungsborn an der Ostseeküste. Die Ausbildung erfolgte, obwohl aus der bisherigen Ausbildung bei der Post dazu keine Vorkenntnisse bestanden, zum „Nachrichtentechniker“. R. L. absolvierte einen Lehrgang als Funker und wurde als Kompanieschreiber eingesetzt. Da er kein Verlangen nach einem Dasein als „Berufssoldat“ hatte, beendete R. L. zum frühestmöglichen Zeitpunkt 1951 die Militärkarriere.

Pionierleiter

Nach seiner Rückkehr aus der „künftigen Armee“ wurde R. L. in einer Schule in Gommern als „Pionierleiter“ eingesetzt.

Dies war eine Funktion zur „Erziehung“ der Grundschüler zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ außerhalb des eigentlichen Schulunterrichts in Form der verschiedensten Interessengemeinschaften (z. B. Funken, Basteln u.s.w.) und vor allem in der politischen Ausrichtung auf die kommunistischen Ziele der „gesellschaftlichen Umgestaltung“.

Zweifel am richtigen sozialistischen Weg

Sowohl die eigenen Erlebnisse, als auch die allgemeine Stimmung der Bevölkerung in der „Ostzone“, wie die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands, auch nach offizieller Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 noch immer im allgemeinen Sprachgebrauch genannt wurde, und nicht zuletzt die Inhaftierung seines Vaters, wegen angeblichen „Wirtschaftsvergehens“, sorgten dafür, daß R. L. eine nicht gerade „prokommunistische Einstellung“ besaß und diese Einstellung auch durchaus nicht immer geheim hielt.

Die Entdeckung des „Verbrechens“

Die vorstehend genannte politische Einstellung und die Übergabe einiger fotografischer Schnappschüsse aus dem Armeeleben an der Ostseeküste an einen in Westberlin beheimateten, in Burg zu Besuch weilenden Onkel waren der äußere Anlaß zur „Verhaftung“ Rolf Lehrmanns am 31.10.1951 in seinem möblierten Zimmer in Gommern.

Die Verhaftung

R. L. berichtet:

Mitten im ersten Nachtschlaf wurde ich durch Lärmen an der Zimmertür und den Ruf „stehn Sie auf, Sie Schwein“ am 31. Oktober 1951 recht unsanft geweckt.

Fünf Mann stark war, mit 2 Autos, ein Kommando des DDR-Staatssicherheitsdienstes erschienen, um mich, ohne jeglichen formalen Haftbefehl, zu kidnappen und mein Zimmer, ebenfalls ohne jeglichen formellen Durchsuchungsbefehl, „gründlichst auf den Kopf zu stellen“.

Ich wurde nach Burg befördert und dort kurzzeitig „zwischenengelagert“.

Überstellung zur sowjetischen Militärmacht

Nach etwa 1½ Stunden ging die weitere Fahrt nach Magdeburg in die Kellerräume der russischen „NKWD-Zentrale“. Dort wurde ich erstmalig verhört. Wie ich an der Stimme erkennen konnte, wurde zeitgleich auch eine Tante von mir verhört. Später erfuhr ich, daß auch noch ein Freund von mir mit verhaftet wurde.

In den primitiven fensterlosen feuchtmuffigen Kellerräumen durften wir die „Betten“ bei Tage, der uns stets unsanft angekündigt wurde, da wir ihn ja nicht wahrnehmen konnten, nicht als Sitz oder Liegemöglichkeit benutzen. Das helle elektrische Licht brannte durchgängig, bei Tag und Nacht.

Nach wenigen Tagen erfolgte der Weitertransport auf offenem LKW zum berüchtigten „Roten Ochsen“ in Halle.

Im „Roten Ochsen“

Die „Verhöre fanden auch hier grundsätzlich nachts statt. Oft ließ uns der Verhörer auch stundenlang ohne Frage vor ihm auf dem angeketteten Schemel sitzen. Dabei lasen sie ihre Zeitung, rauchten Machorka. Die Ankettung der Schemel soll erfolgt sein, nachdem ein Häftling seinen Schemel als „Waffe“ gegen seinen „Vernehmer“ benutzt haben soll.

Nach Beendigung der zahlreichen nächtlichen Verhöre wurden wir oft in eine Dunkelzelle zwischengespart, um erst kurz vor dem „Wecken“ wieder auf unsere Zelle im Zellentrakt gebracht zu werden. Natürlich mit dem Ergebnis, daß für diesen Tag der Schlaf ausfiel. Durch mehrfache Wiederholung solcher Prozeduren sollten wir physisch und psychisch völlig „fertig gemacht“ werden, um letztendlich jedes Geständnis zu unterschreiben. Wobei festzustellen ist, daß wir ohnehin die Protokolle in der kyrillischen Schrift nicht entziffern konnten und demzufolge glauben mußten, was uns die Dolmetscher, oft in fürchterlichem „Deutsch“, vorlasen. Die primitive Zelleneinrichtung und der ständig quälende Hunger unterstützten die Wirkung des Psychoterrors vortrefflich.

Nebenbei wurden mir auch während des Verhörs schnell mal die Schneidezähne ausgeschlagen, die ich im russischen Arbeitslager durch Chrom-Legierungs-Anfertigungen ersetzen konnte.

Höhepunkt des Psychoterrors

Während wir vom nahegelegenen Kirchturm das Weihnachtsblasen hörten, versprach ein Vernehmer: Wenn Du jetzt Wahrheit sagen, Du sofort nach Gause.

Ich sollte zugeben, daß ich für die Imperialisten spioniert habe, eine Terrorgruppe mit meinem Freund bilden wollte und gegen die Sowjetunion gehetzt habe. Die vorgeworfene Spionage bestand in der Übergabe einiger Photos aus der „Armeezeit“ an meinen Onkel.

Ich widerstand noch einmal, wurde schrecklich verprügelt und unterschrieb letztendlich 2 Tage später, völlig am Ende, die für mich unlesbaren Protokolle, kam aber, wie erwartet, mitnichten nach Hause.

Das Urteil

Am 22. Februar 1952 war's dann soweit. Das Militärtribunal wurde uns vom Dolmetscher mit Anklageverlesung in aller Form vorgestellt. Dann erfolgte die allgemeine „Verhandlung“ wieder in russischer Sprache - ohne Übersetzung - und schließlich nach etwa 10 bis 15 Minuten dann das vernichtende Urteil:

Wegen **Gruppenbildung**: 25 Jahre Arbeitslager

Für **Antisowjetische Hetze**: 25 Jahre Arbeitslager

Für **Spionage gegen die Sowjetunion**: die Todesstrafe

Wegen **Terror**: die Todesstrafe

Die Dolmetscherin übersetzte lediglich den unglaublichen Anklage- und Urteils-Text.

Gleichzeitig wurde uns der Auftrag erteilt, sofort in einem schriftlichen Gnadengesuch an den Präsidenten der UdSSR, um die Erhaltung unseres Lebens durch einen Gnadenakt zu bitten.

Nach dieser total niederschmetternden Urteilsverkündung wurde uns von den Bewachern eine Machorka angeboten, deren erste eingeatmete Rauchzüge in unserem ausgemergeltem Körper fast einen Kollaps verursachten.

Mein im gleichen Verfahren zu 2 mal 25 Jahren und einmal Todesstrafe verurteilter Freund, den ich bei dieser Gelegenheit das erste Mal wieder zu Gesicht bekam und ich, wurden sodann in den Zellentrakt abgeführt, um nun erst richtig zum Verbrecher gestaltet zu werden.

Bei dieser Abführung sollten wir bereits unseren Status der Todeskandidaten zu spüren bekommen, indem jeder von uns, von zwei flankierenden Wachposten an den Armen gegriffen, mit Handschellen geschmückt, aus dem Gerichtssaal geführt wurde.

Vorbereitung zum Transport

Als erstes wurden uns nunmehr die Köpfe kahl geschoren, dann wurden unsere mittlerweile total verschlissenen Zivil-Kleidungsstücke gegen derbe Kleidung aus den Beständen der nationalsozialistischen „Organisation Todt“ („OT“ = eine Wehrmachts-Organisations-Abteilung für Logistik) ausgetauscht.

Wir kamen nun zum ersten Mal in eine Zelle in der sich schon mehrere „Abgeurteilte“ befanden. Unter Ihnen 3 weitere „Todeskandidaten“. Von dem ange-

botenen Essen bekamen wir trotz bohrendem Hungers, zur Freude der bereits vor längerer Zeit verurteilten Kameraden, (zurück geht nichts) erst einmal kaum einen Bissen hinunter.

Richtung Osten

Nach kurzer Zeit wurde ein Transport nach Berlin-Lichtenberg zusammengestellt mit dem unsere Ost-Reise begann.

In Berlin bekamen wir erstmalig seit Haftbeginn eine „vernünftige Graupensuppe“ zu essen. Nach wenigen Tagen ging's dann weiter im angehängten Waggon an den Warschau-Expreß über Berlin Ostbahnhof, Warschau bis Brest-Litowsk

Wir wurden mit einer Kopfbedeckung „Schapka“ ausgestattet, welche wir aufhalten mußten um Verpflegung zu fassen. Sie bestand aus Dörrfisch und Trockenbrot mit zwiebackähnlicher Beschaffenheit (nur wesentlich dunkler und härter).

Dann ging's per Bahn nach Moskau. Nach 3 Reisetagen war unser einmaliger Reiseproviant längst verzehrt und auch kein Wasser mehr zum Trinken vorhanden - aber Moskau noch längst nicht erreicht.

In Orjol konnten wir einen NKWD-Offizier zum Befehl für eine nochmalige Verpflegungsgabe an uns bewegen.

In der „Butyrka“

Die Butyrka war ein Moskauer Zuchthaus in der Nähe des „Roten Platzes“ belegt mit bis zu 3500 Häftlingen, in der Mehrzahl Todeskandidaten.

In den feuchten Zellen standen Eisenbetten, deren Füße in den Beton eingegossen waren.

Ein zerschlissener Strohsack und eine ebensolche Decke war, neben dem üblichen Kübel für die Notdurft, die ganze Zellenausstattung. Auch hier brannte die „Beleuchtung“ Tag und Nacht.

Einmal in 4 Wochen war „Banja“ (=Bad) wobei die Häftlinge ihre obligatorische Kahlscherung erhielten (Kopf, Bart) und von Frauen, die sie mit dem Schimpfwort „Faschist“ belegten, unter der Dusche mit regelrechten Schrubbern, abgeschrubbt wurden.

Die Verpflegung war ebenso mies wie knapp. Ein Mithäftling hatte sich angewöhnt, das wenige Essen nach einiger Zeit nochmals hochzuwürgen und, wie ein Rindvieh, wiederzukäuen.

„Nix Bumm Bumm“

Eines Tages wurde ich aus der Zelle herausgeholt, zwischenzeitlich in einen regelrechten Holzkäfig gesperrt und später zu einem Offizier in ein Zimmer geführt der mich mit folgender Nachricht beglückte:

Du nix Bumm Bumm

Du Schipp Schipp, Twazet Let

Das war im Klartext die Mitteilung, daß ich an Stelle der Todesstrafe zu 20 Jahren Lagerarbeit begnadigt worden bin. Bei dieser Gelegenheit konnte ich das erste Gespräch mit meinem mitverurteilten Freund, der zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt war, führen. Kurze Zeit danach wurde er als Erster wegtransportiert.

Ins Arbeitslager

Anfang Juli 1952 kam ich dann ebenfalls auf Transport ins Arbeitslager. Diesmal ging's mit der Bahn in Waggons die 3-stöckig mit Pritschen ausgestattet waren, weiter gen Osten.

Im Abteil waren etwa 30 Häftlinge, bunt durchmischt, wenige politische und viele kriminelle eingepfercht. Die Nemetzki's (Deutschen) wurden mit starkem Haß empfangen.

Auf den oberen Pritschen lagerten die „privilegierten“ Häftlinge. Ich hatte etwas Glück und wurde von einem rumänischen Offizier, der aus dem Kaukasus kam und entlassen werden sollte, nach oben geholt und gewissermaßen vor den Anfeindungen geschützt. Später tauschte ich mit dem rumänischen Offizier meinen OT-Anzug gegen dessen wärmere Watte-Kombi.

Nach 3 bis 4 Tagen Fahrt waren wir im Lagergebiet in der Mordwinischen ASSR Gebiet Saransk mit eigenem Gleisanschluß im Lager Potma.

Unter Mitteleuropäischen Bedingungen kann man sich die Ausmaße solcher Straflager absolut nicht vorstellen. Sie nahmen das Territorium mehrerer Kreise ein (mehr als 80 Km Länge). Als Sicherheit gegen Fluchtversuche wirkte die unendliche Weite zu zivilisierten Gebieten völlig zuverlässig.

Wiederherstellung der Arbeitskraft

Im Arbeitslager angekommen, war für mich mit Arbeit erstmal Pause. Ich spuckte Blut und wurde in die Sanitätsbaracke gesteckt. Hier wurde ich von Mithäftlingen aus den verschiedensten Ländern (Balten, Letten, Esten, Litauer) regelrecht wieder hochgefüttert. Irgendwann war's dann soweit, die Ärzte stellten bei dem üblichen derben Kniff ins Gesäß (Methode zur Feststellung des Grades der Dystrophie = Unterernährung) fest „Charascho“ (Gut) „Rabota“ (Arbeiten).

Ende September fiel, wie dort gewöhnlich üblich, der erste Schnee.

„Leben“ im Arbeitslager, „Nummern“

Wir hatten auf allen Kleidungsstücken groß und deutlich sichtbar unsere Nummer zu tragen. Diese etwa autokennzeichen-großen Nummern wurden mit einer äußerst einfachen Methode auf die Kleidung gebracht. Die Zahlenstempel waren aus weichem Holz geschnitten und wurden in das allgegen-

wärtige Desinfektionsmittel Chlor getaucht und dann auf das Kleidungsstück gedrückt. Der Bleicheffekt war ebenso verblüffend wie unvergänglich.

Meine Nummer lautete „SCHTSCH 721“ (die Buchstabenfolge wird im russischen Alphabet durch ein Zeichen dargestellt)

Unter den Gefangenen aus dem russischen Gebiet befanden sich auffallend viele Popen und Juden.

Das Leben im Lager in seiner ganzen Vielfalt der Unmenschlichkeit zu beschreiben würde den Rahmen dieser Dokumentation sprengen, dem interessierten Leser empfehle ich bereits erschienene Literatur wie zum Beispiel „Zwischen Waldheim und Workuta - Erlebnisse politischer Häftlinge 1945-1965“, von Sigurd Binski, herausgegeben von der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“, Bonn.

Wir wurden im Lager zu Arbeiten im Sägewerk, daß Rundfunkgeräte-Gehäuse herstellte, aber auch in Forst und Landwirtschaft eingesetzt, letzteres insbesondere dann, wenn im Sägewerk Holz oder Kohle oder anderes Material, wie in allen kommunistischen Wirtschaften, mal wieder grade fehlten oder eine wichtige Maschine ihren Geist aufgegeben hatte.

Je nach dem Grad der Erfüllung unserer Arbeitsnorm - oder der willkürlichen Bemessung derselben - bekamen wir als Arbeitslohn auch einige Rubel ausbezahlt, die wir aber kaum sinnvoll zur Erleichterung unseres Loses umsetzen konnten (Ausnahme der oben erwähnte Zahnersatz). Die russische Bevölkerung lebte ja ebenfalls in permanenter Mangelwirtschaft.

Leberschaden oder Tod

Bei einem der Arbeitseinsätze in der Landwirtschaft, unter sengender Sonne, waren die mitgeführten Trinkwasservorräte bald aufgebraucht. Wir stürzten uns deshalb durstig auf das Wasser eines kleinen Fließchens, das wir bei unserer Arbeit erreichten und stillten dort unseren großen Durst, mit dem Ergebnis, daß die, durch das verseuchte Wasser, eingehandelte Leberschädigung einige von uns sofort ins „Jenseits“ beförderte, und vielen, so auch mir, bis heute zu schaffen macht.

Die tägliche Verpflegung bestand in der Regel aus 600 g klitschigem Brot, Kohlsuppe und Hirse-Brei (Kascha).

Die Arbeitszeit betrug **täglich** 12 Stunden, jeweils von 6⁰⁰ bis 18⁰⁰ Uhr oder von 18⁰⁰ bis 6⁰⁰ Uhr.

Zähltechnik

Je nach „Können“ unserer Bewacher, dauerte der Zählappell beim Einrücken vom Arbeitseinsatz mitunter über 1½ Stunden. Während dieser Zeit hatten wir, bei welchem Wetter auch immer, in Reih' und Glied ausgerichtet zu stehen.

Die Zählung wurde auf einem aus Lindenholz gefertigten Brett „notiert“. Vor der nächsten Eintragung wurde das Brettchen mittels einer Glasscherbe die als schabender „Radierer“ gehandhabt wurde, von der vorherigen Notiz „gelöscht“.

Lockerungen nach Stalins Tod ?

Stalins Tod rief bei unseren Bewachern eine fast körperlich spürbare Ratlosigkeit hervor. Der kommunistische Gott war verschwunden - was nun? Österreicher und Ungarn waren die Ersten, die die Heimreise antreten konnten.

Verschollen und ohne Verbindung bis 1954

Für unsere Angehörigen in Deutschland (oder den vielen anderen Heimatländern der Häftlinge) waren wir bis 1954 unauffindbar verschollen. Erst ab dann konnten im Abstand von 2 Monaten Karten-Mitteilungen in die Heimat geschickt werden. Aus unserer Postanschrift Moskau Postfach 5110/33 konnte niemand unseren Aufenthaltsort erkennen.

Ab Ende 1954 war auch der Empfang von Paketen des „Deutschen Roten Kreuzes“ für die deutschen Häftlinge möglich.

Geplatzte Heimreise

Mitte 1953 wurden auch Deutsche zur Heimreise ausgewählt und auf Transport geschickt. Um so schlimmer war ihre und auch unsere Enttäuschung, sie kamen wieder zurück. Auf halbem Wege wurde der Transport gestoppt, weil sich, den Gerüchten zufolge, der Deutsche Oberkommunist Ulbricht, angesichts der Ereignisse des 17. Juni 1953 in „seiner DDR“ (Volksaufstand), „nicht mit ihnen belasten“ wollte. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an den Kameraden Walter Schmidt, bis 1941 deutscher Botschaftssekretär in Moskau, über die Türkei gegen russische Diplomaten nach Deutschland ausgetauscht, zur Flak an die Ostfront eingezogen und in russische Gefangenschaft geraten. Er hatte als Ex-Botschaftsangehöriger sofort eine Verurteilung zu Arbeitslager erhalten und genoß das Lagerleben bereits über 12 Jahre.

Vorbereitung zur Entlassung

Vor unserer Entlassung wurden wir im Lager 11 zusammengezogen. Die Haare wurden nicht mehr abgeschernt bis es dann, am 10.10.1955, westwärts ging. Unsere Stimmung schwankte zwischen Hoffnung, Freude und Angst (vor einem Abbruch der Heimkehr-Aktion, wie wir sie ja schon beobachtet hatten).

Endgültig Westwärts

Per Bahn, ohne die sonst übliche überschwere Bewachung wurden wir nun, für unser Empfinden viel zu langsam, in Richtung Deutschland befördert.

In Moskau kamen wir auf einem der Bahnhöfe erstmals wieder mit etwas „Zivilisation“ in Berührung. Die, aus heutiger Sicht, spärlichen Leuchtreklamen der Stadt kamen uns bereits wie eine andere Welt vor.

Helfer des Vergessens

Ich setzte in Moskau etwa die Hälfte meiner Ersparnisse aus 4 Jahren Lagerarbeit, etwa 180 Rubel, die wir ohnehin vor dem Grenzübergang auszugeben (oder abzugeben) hatten, in Zigaretten und alkoholische Getränke um. Die Wirkung auf unsere immer noch ausgemergelten und entwöhnten Organismen waren entsprechend. Gleichzeitig konnten wir dabei die „wohltuend Vergessen helfende“ Seite des Alkohols spüren. Die Alpträume, von den durchlittenen Qualen in den Todeszellen während unserer umgekehrten Reise-richtung, die viele von uns mit konstanter Regelmäßigkeit heimsuchten, waren wie weggeblasen.

Wie sich viel später herausstellte, ein ebenso übler wie tückischer Helfer.

Zurück, in die „Ostzone“ des noch immer zweigeteilten Deutschlands

Nach endlos erscheinenden Bahnreisestunden haben wir dann am 16./17.10. 1955 Fürstenwalde erreicht.

Man kleidete uns neu, wenn auch billigst in der Qualität, mit Zivilkleidung ein, da unsere ursprüngliche Kleidung ja längst den Weg alles Vergänglichen gegangen war. Zuhause in Burg, bei meinen Eltern, wohin ich entlassen wurde, blieb ich nur wenige Tage. Bereits am 24.10.55 hatte mich mein Vater nach Westberlin gebracht.

Endlich wirklich frei ?

Aus dem Westberliner Aufnahmelager, das in der Mehrzahl von „Ostzonen-Flüchtlingen“ belegt war (noch gab es ja den „Antifaschistisch demokratischen Schutzwall“ wie die Zonenmachthaber die Mauer um ihr Riesengefängnis DDR zu nennen liebten, nicht), wurden wir nach Hannover ausgeflogen. Von dort ging's in's Aufnahmelager Friedland.

Anerkennungen und Hilfen

Nach einigen Lagerwochen, in denen auch die Anträge für die Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling gemäß § 10-Absatz 4 des 1955 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Häftlingshilfegesetzes und für die gesundheitlichen Haftfolgeschäden von mir gestellt wurden, bekam ich eine Wohnmöglichkeit in Bad-Waldliesborn bei Lippstadt.

Ich bekam in dieser Zeit dann auch meine Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling einschließlich einer Eingliederungshilfe von 3950,- DM und eine kleine, auf 5 Jahre begrenzte monatliche Unterstützung vom Versorgungsamt Bielefeld für die erlittenen und noch immer nachwirkenden gesundheitlichen Schädigungen während der unmenschlichen Haftzeit. Bis März 1956 mußte ich von diesen Mitteln und dem Krankengeld, daß auf Grund fehlender vorheriger Einkommen relativ klein war, leben.

Eingliederung in das Erwerbsleben

Ab März 1956 erhielt ich dann, nachdem ich gesundheitlich einigermaßen wieder hergestellt war, eine Anstellung bei der Bundespost. Nach erfolgreichem zähem Kampf um die Anerkennung der in der DDR erworbenen Facharbeiter-Ausbildung wurde ich als Post-Beamter in Gütersloh übernommen.

Psychisch weiter unfrei

Die Nachwirkungen der unmenschlichen Haftbedingungen führten allerdings zu einer - wie ich heute, nach 40 Jahren, feststellen kann - lebenslänglich notwendigen medikamentösen Behandlung zur Stabilisierung des vegetativen Nervensystems (ständige Tabletteneinnahme).

Neben der Beeinflussung durch die Tablettenverschreibung, versuchte ich auch, die dämpfende Wirkung des Alkohols zu einer Flucht vor den mich ständig heimsuchenden Erinnerungen an die durchlebte Zeit, zu nutzen.

In den Totalitarismus zurück

1965 erhielt ich von meiner Mutter Nachricht, daß es meinem Vater gesundheitlich schlecht geht. Mein ursprüngliches Vorhaben, direkt nach Burg, in die DDR zu reisen, verwarf ich noch während der schon angetretenen Reise und löste mir in Braunschweig eine bis Westberlin durchgehende Fahrkarte. Während der Wartezeit auf den nächsten Transit-Zug sprach ich im Braunschweiger Bahnhof dem Alkohol zu, um meine Erregung wegen der bevorstehenden Reise durch den kommunistischen Machtbereich zu dämpfen.

Die Hüter des Sozialismus

Beim Einrollen in den Grenzbahnhofs-bereich äußerte ich im Abteil des Zuges „jetzt kommen die Hüter des Sozialismus“.

Ich kann nur vermuten, daß einer der Mitreisenden bereits zur „sozialistischen Wachmannschaft in Zivil“ gehörte und meine Äußerung weiterleitete. Ich wurde jedenfalls zur „Klärung der Identität“ von den DDR-Kontrolleuren „herausgebeten“ und sah den Zug ohne mich weiterfahren.

Die Realisierung der Alpträume

Es begann mit den sattem bekannten Vernehmungsmethoden von einst. Kahles Zimmer, der Vernehmer hinter einer blendend hell, auf mich gerichteten Lampe, im Schatten sitzend. Alles nach dem Motto, einmal Spion, immer Spion. Man hatte sehr schnell meine Daten auf dem Tisch liegen und bezichtigte mich, die Einreise zum Zwecke der Spionage unternommen zu haben.

Eine Erleichterung während der Vernehmung wurde großzügig gewährt. Gegen Übergabe von 10,- DM aus meiner Geldbörse wurde mir großzügig eine Schachtel Juwel-Zigaretten (2,50 Mark Ost) aus der Kantine geholt, selbstverständlich ohne Wechselgeld-Rückgabe.

Man erklärte mir unumwunden, man würde mich für mindestens 3 Jahre in Haft bringen, es sei denn, ich würde freiwillig beantragen, in das „Vaterland der Werktätigen“ als welches sie gerne „ihre DDR“ ausgaben, zurückzukehren. Ich ließ mich, in meinem leicht durch den Alkoholgenuß beeinträchtigten Denk- und Reaktionsvermögen, total einschüchtern unterschrieb den vorgelegten „Rückkehrantrag“ und wurde in das Aufnahmeheim Barby überstellt.

Aufnahmeheim Barby, mit langen Ohren in die Bundesrepublik

Auch in Barby wurde ich, als ich, nunmehr wieder klarer denkend, meinen „Rückkehr-Antrag“ nicht anerkennen wollte, weiter damit erpreßt: **Haft** oder „Freier DDR-Bürger“. „Sie haben schließlich noch Ihre Verbrechen von 1951 gegen die DDR zu sühnen“, hieß es.

Nicht wenig erstaunt war ich, als mir in Barby, fast wörtlich, alles das, was ich bei der Aufnahme in die Bundesrepublik 1955, im Aufnahmелager berichtet hatte, vorgelesen wurde.

Einbürgerung in die DDR

Bis Juli 1965 durfte ich noch im Aufnahmeheim Barby, unter immer wiederkehrenden Befragungen, zubringen. Dann erhielt ich einen „vorläufigen DDR-Ausweis“ (mit Aufenthalts und Reisebeschränkungen) und wurde unter der Auflage, mich regelmäßig bei der Polizei zu melden, nach Burg entlassen.

Berufsverbot

Eine Einstellung bei der Post war natürlich von vornherein ausgeschlossen. Auch andere Bewerbungen, unter anderem als PKW-Fahrer bei der Bauernbank, wurden ohne Angabe von Gründen abgelehnt, obwohl, wie überall, permanente (künstlich geplante) Arbeitskräfteknappheit herrschte. Schließlich wurde ich als Auslieferungsfahrer beim staatlichen Handel (HO) eingestellt. Nach einigen Jahren hatte ich Gelegenheit mich als Hochdruckheizer ausbilden zu lassen und einen entsprechenden Arbeitsplatz einzunehmen.

Alkoholprobleme ?

Der doch häufiger als normale Alkoholgenuß bereitete mir in den Achtziger Jahren einige Probleme, die sich erst mit der Scheidung meiner Ehe, und unter dem Einfluß einer neuen Bindung, mit der seit 1986/87 völligen Abstinenz, der Invalidisierung und einem Wohnungs-Umzug in eine kleine Landgemeinde, lösten. Meine übrigen gesundheitlichen Beschwerden, die nach wie vor, heute aus eigener Tasche zu finanzierende Tablettenbehandlung, blieben mir jedoch unbesehen erhalten.

Die Wende

Nach dem glorreichen Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989 wandte ich mich an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn, um meine durchgängige Anerkennung als politisch Verfolgter, auch nach 1965, zu klären.

Beweisnot

Ich erhielt von der Stiftung ein Schreiben, in welchem mir die Haftzeit von 1951 bis 1955 weiterhin anerkannt wurde. Für die erzwungene Wiederaufnahme in die DDR ab 1965 müsse ich aber den Beweis antreten.

Dazu müßte ich neben der psychischen Tortur des Lesens eventuell über mich bestehender Stasiakten auch noch Glück haben, daß die entsprechenden Aufzeichnungen tatsächlich gefunden werden. Mir fehlt die Kraft, dies anzuschieben und bei Erfolg, durchzustehen.

Kapitalentschädigung

Die im 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz festgeschriebene Kapitalentschädigung von 300,- DM je erlittenen Haftmonat erhielt ich, wie jeder anerkannte oder rehabilitierte politische Häftling, abzüglich der 1956 gezahlten Eingliederungshilfe.

Anerkennung der Gesundheitsschäden

Die Beurteilung und Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden stellt ein besonders verbesserungswürdiges Kapitel in unserer sozialen Marktwirtschaft dar. Während es in einer ersten Ablehnung heißt:

„Zwischen den von Ihnen geltend gemachten Gesundheitsstörungen und dem Gewahrsam bestehen keine Zusammenhänge. Die Gesundheitsstörungen sind vielmehr schicksalsmäßig entstanden“.

nimmt die zweite Beurteilung, eingeholt durch die Aktivitäten der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“, die aus 1985/86 stammenden Akten aus DDR-

Krankeneinrichtungen zum Beweis dessen, daß meine nachweislich seit dem Ende der Haft schon manifesten Gesundheitsstörungen ausschließlich Probleme der Alkohol-Entzugsserscheinungen seien. Dazu war der untersuchenden Behörde keinerlei Rückfrage beim mich seit Jahren behandelnden Arzt oder eine Untersuchung des zu Beurteilenden (8 Jahre nach den Aufzeichnungen der DDR-Krankeneinrichtungen) notwendig. Einmal Alkoholiker, immer Alkoholiker, auch wenn Jahrzehnte abstinent ? Oder sollte man richtigerweise fragen, welchen gravierenden und bestimmenden Einfluß hatten die traumatischen Hafterlebnisse auf meine vor vielen Jahren einmal vorhandenen Alkoholprobleme.

Berufliche Rehabilitierung

Auch in der nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz möglichen „Beruflichen Rehabilitierung“ steht mir wieder der Nachweis der Verfolgungszeit bevor, wie er bereits unter der Überschrift „Beweisnot“ weiter oben beschrieben worden ist.

Kapitel 6

Wolfgang
Stiehl
geb. 3.1.1934

**Im Namen
des Volkes?**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Verhaftungsgrund:

Besitz einiger antikomunistisch-satirischer Zeitschriften, Kleben von 2 Handzetteln „IWAN RAUS“, allgemeine antikomunistische Grundeinstellung und Besuch des Rundfunksenders RIAS zur Bestellung von Fachbuch-Spenden - und das alles als Student der „Arbeiter und Bauernfakultät (ABF) der Universität Halle-Wittenberg“ also der „Kaderschmiede“ der heranwachsenden künftigen „Intelligenz“ der DDR.

Datum und Ort der Verhaftung:	Am 1. Februar 1953 20 ⁴⁵ Uhr auf dem Marktplatz in Schönebeck/Elbe.
Verurteilung:	Vom 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes Halle am 22. April 1953 in Halle, Hanse-Ring, wegen Verbrechen nach Art. 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit der KD 38 Abschn. II Art. III A III zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren verurteilt
Strafverbüßung:	Nach der Untersuchungshaft im A-Block Stasi-U-Haft) des berüchtigten „Roten Ochsen“ (Strafvollzugsanstalt Halle/Saale) erfolgte die weitere Strafverbüßung in der Strafvollzugsanstalt Halle, Am Kirchtor von Mai 1953 bis November 1956, mit ca. 6 Wochen Unterbrechung durch Aufenthalt im Haftkrankenhaus Leipzig-Klein-Meusdorf.
Entlassung:	Am 16 November 1956

Kurzbiographie - vor der Haft

1940 bis 1948	Besuch der 8-klassigen Grundschule, aus 8. Klasse entlassen.
1949 bis 1952	Ausbildung im privaten Handwerksbetrieb zum Facharbeiter Bäcker.
Feb. 1952 bis Sep. 1952	(Studienbeginn) arbeitete W. S. als Bäcker-geselle bei seinem späteren Mitangeklagten Bäckermeister, in Schönebeck/Elbe.
Ab September 1952	Student an der ABF (siehe oben)

Einflüsse aus dem Elternhaus und dem Umfeld

Ich war der älteste von drei Geschwistern und erlebte mit 11 Jahren das Ende des 2. Weltkrieges. Meine Eltern - Vater war zur Wehrmacht eingezogen, um

den letztendlich doch glücklich verpaßten „Endsieg“ mit herbeiführen zu helfen - hatten in einer Stadtrandsiedlung in Schönebeck ein kleines Einfamilienhaus. Wir Geschwister waren zwar traditionell - wie unsere Eltern - evangelisch getauft, praktizierten den Glauben aber nicht gerade streng. In Vaters Bücherschrank befand sich - für mich zugänglich - eine Vielfalt von Schriften über die unterschiedlichsten Religionsrichtungen ebenso, wie auch okkulte und parapsychologische Literatur.

Unsere Eltern waren in der NS-Zeit parteipolitisch nicht engagiert. Eine kurze SPD-Mitgliedschaft unseres Vaters, nach seiner Rückkehr aus einem Kriegs-lazarett in der englischen Besatzungszone, fand ihr Ende mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD in dem mittlerweile sowjetisch besetzten, ursprünglich amerikanisch und englisch eroberten Teil Deutschlands, mit der er nicht mitging - also Ausschuß.

Der deutsche Gruß - Nichts ist von Dauer

In der Schule waren wir zwar seit der Einschulung darauf gedrillt worden, den Gruß „HEIL HITLER“ anzuwenden. Demgegenüber war es jedoch in unserer Nachbarschaft in der Stadtrandsiedlung weiterhin üblich, „normal“ mit „Guten Morgen“ usw. zu grüßen.

Wenige Monate vor dem „verpaßten Endsieg“ machte es sich einer der „unabkömmlich nicht in den Krieg gezogenen“ Nachbarn zur Aufgabe, uns Kindern den Deutschen Gruß „HEIL HITLER“ „beizubringen“, weil wir ihm einen „Guten Tag“ gewünscht hatten.

Die „Erziehung“ wirkte noch nach dem Einmarsch der Alliierten Soldaten dahingehend nach, daß ich - zum entsetzten Weghören der Erwachsenen - im vollbesetzten Kaufladen ebenso ahnungslos wie forsch mit „HEIL HITLER“ grüßte. Das entsetzte Weghören war allerdings so körperhaft spürbar, daß ich die „verpaßte erste Wende“ im Leben bemerkte.

Überleben in den Hunger- und Mangeljahren nach 1945

Unsere Eltern hatten keinerlei „Beziehungen“ zu landwirtschaftlichen Erzeugern, so daß in den Nachkriegsjahren für mich als Ältesten der Geschwister beizeiten ein Beitrag zum Überleben gefordert war.

Abends mit Einbruch der Dunkelheit zogen wir seinerzeit in recht langen Kolonnen zu einem ca. 7 Km entfernten Bahnhof, auf welchem die Güterzüge, auf den durch Reparationsleistungen für die Siegermacht Sowjetunion eingleisig gemachten Bahnstrecken, zum Ausweichen angehalten wurden. Kaum war so ein Zug angehalten, enterten die Menschenmassen die enthaltenen Kohlewaggons, um sich einen Rucksack oder gar, wenn es besonders gut lief und die eingesetzte Polizei nicht so schnell heran war, einen ganzen Sack voll Braunkohlenbrikett zu füllen.

Auf den von der Landwirtschaft abgeernteten Feldern ließen die nachgrasenden Stoppler und Ährenleser kaum eine Ähre, Kartoffel oder Zuckerrübe liegen oder stecken. Danach war eine mühsame Aufbereitung der beschafften Rohstoffe in verwertbare Lebensmittel angesagt. So mancher Waschkessel wurde damals beim stundenlangen Kochen von Rübensaft - als Brotaufstrich - aus den gestoppelten Zuckerrüben, total ruiniert. Die handbetätigten Kaffeemühlen, wurden zum Zerkleinern der aus den gesammelten Ähren herausgeklopften Getreidekörner mißbraucht. Freizeit für Spiel und Sport stand somit den älteren Heranwachsenden kaum zur Verfügung.

Zeitiger Berufseinstieg

Als ich, als 12-Jähriger, bei einsetzenden Schneegestöber einem Bäckerlehrling, der sich mit einem Handwagen voll Brötchen - für die „Schulspeisung“ genannte Ausgabe eines grauen Brötchens an jeden Grundschüler - plagte, helfend in die Handwagendeichsel griff, ahnte ich nicht, daß dies quasi mein Eintritt ins Berufsleben sein sollte. Meine Berufsvorstellungen lagen vielmehr auf dem Gebiet der Elektrotechnik.

Die spontane Hilfsaktion veranlaßte den Bäckerlehrling, mich zu fragen, wenn ich denn täglich auf meinem Schulweg bei der Bäckerei vorbeikomme, doch eventuell die täglichen Schul-Brötchen allein zur Schule zu befördern. Er würde, bei meiner Zustimmung entsprechend bei seinem Bäckermeister nachfragen.

So geschah es dann. Beim Hausmeister der Schule wurde eine Abstellmöglichkeit für den Handwagen - während meiner Unterrichtszeit - ausgemacht. Ab nächsten Morgen nahm ich für die restlichen 2 Schuljahre täglich die etwa 1500 dampfenden, in 3 Säcken auf dem Handwagen verstauten Brötchen mit zur Schule. Dort war mir dann auch noch die Auszählung der Brötchen in Pappkartons entsprechend der Klassenstärke aufgetragen worden.

Mein HONORAR: Ein Griff des Bäckergesellen auf das Brötchenblech, der ca. 6 Brötchen in meine beiden aufgehaltene Hände beförderte. Hin und wieder waren das denn auch „weiße“ Brötchen, die aus den von Kunden abgegebenen hellen Weizenmehl extra in kleiner Stückzahl angefertigt wurden.

Von diesem HONORAR, damals gar nicht hoch genug zu bewerten, profitierte meine Familie, die mir nun kein Frühstück mehr bereitstellen mußte, und ein im Kinderheim lebender Schulfreund, der mir als Gegenleistung die schriftlichen Hausarbeiten mit anfertigte, weil ich dazu wegen meiner noch zu beschreibenden Nachmittags-tätigkeit keine Gelegenheit mehr hatte.

Ganztagsjob mit Vollverpflegung

Wenn ich mittags den Handwagen zum Bäckermeister zurückbrachte fiel meist noch eine Portion Mittagessen für mich ab. Bald darauf stellte der Bäk-

kermeister fest, daß ich doch ganz gut bis in die späten Abendstunden seine im Keller „illegal“ betriebenen Ölmühlen bedienen könne. Diese leichte Arbeit bestand darin, die Ölsaaten (Mohn, Raps, Leinsamen, Senf), die die Kunden - aus Stoppelergebnissen oder eigenem Anbau im Hausgarten - zur Speiseölerstellung anlieferten, in einem elektrischen Walzen-Quetschwerk leicht anzuquetschen und dann in die Trichter der beiden ebenfalls elektrisch angetriebenen, wie 2 robuste Fleischwölfe einer Küchenmaschine aussehenden, Ölmühlen zu füllen. Daneben war dann noch hin und wider die Auffangwanne für den Preßkuchen, der, außer bei Mohn, noch zur Tierfütterung verwendet wurde, oder den Steintopf, in den das Speiseöl tröpfelte, zu entleeren. Aus dem Preßkuchen des Mohns buken die Kunden letztendlich noch Mohnkuchen. Die leichte Arbeit ließ mir zwar Zeit zum Lesen und Lernen für den Schulstoff, aber mit den ständig schmierigen Händen konnte man keine ordentlichen schriftlichen Hausarbeiten erledigen - deshalb die oben erläuterte Erledigung durch den Schulfreund.

Selbstversorger

In meiner Familie war ich nunmehr, da ich auch noch am Abend in der Bäckerei verköstigt wurde, ganz aus dem Speiseplan streichbar, zusätzlich konnte ich, wenn die Luft rein war, auch noch illegal 2 Taschenfläschchen a' 100 g mit Speiseöl abfüllen und damit die Versorgung Zuhause verbessern helfen. Ein Liter Öl wurde seinerzeit auf dem Schwarzmarkt mit ca. 400,- Reichsmark gehandelt. Wenn der Meister seinen guten Tag hatte, gab er auch mal ein in der Form etwas verunglücktes Brot mit.

Bäckerlehre

Wie bereits erwähnt hatte ich andere Berufsvorstellungen, aber als die Schule beendet war, und ein als Lehrling eingestellter Sohn eines guten Bekannten des Meisters seine Lehre wegen einer Unverträglichkeit (Allergie) des Mehles seine Lehre abbrechen mußte, nahm ich das Angebot, den Bäckerberuf zu erlernen, an weil ich im ursprünglich angestrebten Beruf keine Lehrstelle erhalten hatte.

Die Schüler der Berufsschulklassen aus den noch vorrangig privaten Handwerksberufen waren gegenüber der „neuen Macht“ kommunistischer Prägung stockreaktionär eingestellt.

Von dem bisher als Berufsschullehrer eingesetzten, nebenamtlich tätigen Bäckermeister versprachen sich die Machthaber keine „sozialistische Erziehung der Jugend“ und setzten deshalb speziell für die Fächer Deutsch und „Gegenwartskunde“ einen der frisch ausgebildeten Junglehrer ein. Dieser wollte nun dem Widerspruchsgeist der Schüler mit entsprechenden, den Abschluß gefährdenden Noten in seinen Unterrichtsfächern begegnen.

Der Oppositionswille veranlaßte mich, entsprechend aktiver, trotz des oft 11-bis 12-stündigen Berufsalltages, in den berufsspezifischen Fächern zu lernen. Das Ergebnis: Neben einem sehr guten fachlichen Abschluß, auch noch ein guten allgemeinen Abschluß **und** eine Delegation an die „Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“

„Soziale Herkunft“

In dieser Überschrift ist ein Teil der praktizierten perfiden Ideologie der sich Kommunismus nennenden „wissenschaftlich fundiert sein wollenden, Weltanschauung“ versteckt.

Unter dem Begriff „sozialer Herkunft“ wurden die Bürger der Ex-DDR nicht unerheblich in förderungswürdige und in Ihrer Entwicklung zu unterdrückende Bürger schubladenartig eingeteilt. Über die soziale Herkunft wurde in den „Volkseigenen und gleichgestellten (genossenschaftlichen) Betrieben“ in einem zum „arbeits-lebenslänglichen Begleitpapier“ bestimmten „KADER-FRA-GEBOGEN“ ausgiebig befragt.

Nun, meine „soziale Herkunft“ war - nach dieser Einteilung - in den Bereich „kleinbürgerlich, aber abhängiger Arbeitnehmer im Angestellten-Status“. Aus der Position meines Vaters, der als Abteilungsleiter in einem in Schönebeck ansässigen Auslieferungslager eines Darmstädter Chemiebetriebes tätig war, einzuordnen.

Da ich, mit BÄCKER, einen „Arbeiterberuf“ (solange ich nicht selbständiger Bäckermeister wäre) ergriffen hatte, kam ich in der Schubladeneinteilung wohl doch etwas mehr in die Nähe des Begriffs Arbeiterklasse.

Student

Nach dem Lehrabschluß war ich, bis zum Studienbeginn bei meinem späteren Mitangeklagten, einem Bäckermeister, etwa ½ Jahr als Geselle tätig. Im September 1953 erfolgte dann die Immatrikulation an der oben genannten ABF der Uni.

An der ABF und den Studenten-Wohnheimen war meine nicht gerade pro-kommunistische „Einstellung“ bald jemandem aufgefallen, so daß ab Oktober 1953, ein als GM geworbener Kommilitone - Manfred Rühle, Stasi-Deckname „Günter“, geb. am 19.4.35, aus Eilenburg kommend - wie aus meinen Stasi-Akten zu entnehmen war, auf mich angesetzt wurde. Rühle machte mit mir auch eine Umsetzung in eine ABF-Sonderklasse, die den Lehrstoff konzentrierter, in 2 anstatt in 3 Jahren, vermittelt bekam, mit.

Um mich und meine Mitstudenten mit Informationen aus der „freien Welt“ zu versorgen, ließ ich mir von den Mitstudenten Geld, das ich von den 180,- M / Monat Stipendium zurückzahlte, um ein leistungsfähiges Rundfunkgerät zu beschaffen. „GM Günter“ berichtete seinen Auftraggebern fleißig über meine Ak-

tivitäten und schmückte die Berichte mit selbst erfundenen Äußerungen, mir zugeschrieben, aus, wenn die Aktivitäten ihm nicht interessant genug erschienen.

Als ich im Dezember, vor den Weihnachtsferien, äußerte, daß ich beim RIAS von den in dessen Sendungen angebotenen Fachbuchspenden westdeutscher Studenten Gebrauch machen wolle und für Januar eine Reise zum RIAS nach Berlin geplant habe, wurde nach „Günters“ Bericht beim MfS beschlossen, den finanziell immer klammen Rühle mit Fahrgeld zu versorgen und als „interessierten Studienkollegen“ mit nach Berlin zu schicken. Es lief wie geplant. Am 2. Januar kreuzte Rühle bei meinen Eltern auf, erkundigte sich, ob ich schon in Berlin war, und verkündete, daß er gern mitreisen würde.

Rühles Bericht an die Stasi vom gemeinsamen RIAS-Besuch, war in der „ICH-Form“ abgefaßt und identifiziert damit eindeutig den Verfasser. Die Stasi hatte wohl nun genug „Beweismaterial“ und nahm mich in der nachfolgend geschilderten „Aktion“ in Gewahrsam.

Die „Verhaftung“

Ich fuhr, wie fast alle Studenten am Samstag mittag, gewöhnlich für das Wochenende, heim zu meinen Eltern. Am Wochenende, Samstag den 31.1.53 zu Sonntag, den 1.2.53 fuhr ich abweichend davon, zu meinem letzten Arbeitgeber, dem späteren mitangeklagten Bäckermeister, um einer Einladung zum Schlachtfest nachzukommen. Nachdem das Schwein getötet und verarbeitet war, und auch ausgiebig verkostet und „begossen“, machte ich mich am Sonntag gegen 20⁴⁰ Uhr auf den Weg zum Schönebecker Bahnhof, um wieder pünktlich in der Studentenunterkunft in Halle zu erscheinen. Ich kam nie an.

Auf dem Schönebecker Marktplatz fuhr ein schwarzer „EMW“ (Pendant des BMW, im ehemaligen, in der Ostzone verstaatlichten BMW-Betrieb in Eisenach gefertigt) langsam an mir vorbei und hielt etwa 30 Meter voraus. Einer der Insassen stieg aus, ging auf einen Hauseingang zu, schien zu klingeln und ging, nach oben schauend, rückwärts zum Auto zurück. Ein zweiter Insasse stieg ebenfalls aus und beobachtete den ersten. In diesem Moment war ich in Höhe des „EMW“.

Zwei schraubstockfeste Handgriffe umklammerten meine Oberarme, zerzten mich in den „EMW“ auf den Rücksitz. Die Kidnapper plazierten sich rechts und links daneben und legten mir Handschellen an. Dann fragte einer der „Herren“ **höflich**: „Sie sind doch Stiehl?“. Das „Ja“ quittierten Sie mit der Bemerkung: „Dann kommen Sie schnell und bequem nach Halle“.

Ich war rechtschaffen müde von des Tages Aktivitäten und bat meine Entführer, mir doch den Hut abzunehmen, da ich dies mit Handschellen schlecht selbst könne. Dann, nach einem vorerst letzten Blick auf den Weg zu meinem Elternhaus, schlief ich tief und fest, bis zum unsanften Wecken vor dem Hallischen „Glaspalast“. Der rauhe abgehackte Befehlston mit dem ich zum „Aus-

ziehen, aber schnell und alles“ aufgefordert wurde, sollte nunmehr für die nächsten Jahre der „normale, jeden Widerspruch im Keime erstickende, Anweisungston“ werden.

Einzug und „Leben“ im „Roten Ochsen“

Am frühen Morgen, nach einigen Stunden bleiernem Schlafes auf einer Pritsche im „Glaspalast“, ging's auf die kurze Reise zum „Roten Ochsen“. Obwohl ich in meiner kurzen Studentenzeit auch einige Zeit in einem Wohnheim im Hallischen Mühlweg wohnte, war mir der Standort des „Roten Ochsen“ völlig unbekannt. Beim Aussteigen in den noch dunklen Februar-Morgenstunden war von der Umgebung ebensowenig wahrzunehmen, wie bei der Fahrt im fensterlosen Käfig des Transportwagens.

Eine Einmannzelle im Erdgeschoß des A-Blockes mit einem brettharten Bett, auf dem man am Tage nichts zu suchen hatte, einem Schemel und einem Tischchen, einem Tonkübel mit Holzdeckel für die Notdurft, war für die nächsten 6 Wochen meine unwirtliche, kaum als Wirklichkeit akzeptierte Umgebung.

Die Schließgeräusche, unverständlich gebrüllte Befehle und das hin und wider knackende Geräusch der 3 senkrecht durch die Zelle laufenden Heizungsrohre erinnerten mich, in meinen oft durch Verhöre unterbrochenen wenigen nächtlichen Halbschlafstunden, an einen nächtlichen Wartesaalaufenthalt anlässlich eines privaten Besuchs (als „Nicht-FDJ-ler“) der 1951 veranstalteten „Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ in Berlin. Nur, hier konnte ich am anderen Morgen nicht, ebenso verschlafen wie gerädert, aufstehen und meiner Wege gehen. Die Türen hatten keine Klinken.

Die kärgliche Verpflegung wurde durch eine in der Tür, in ca. 80 cm Höhe eingelassene kleine Klappe, dreimal täglich von einem „Kalfaktor“, einem Häftling, unter Aufsicht des Wachpersonals, hereingereicht.

Der Wechsel des Kübels erfolgte einmal am Tage. Dazu wurde die Tür aufgeschlossen, man mußte den Kübel und die Wasserkanne nach rechts herausstellen. Ebenso wurde der rechts neben der Tür, zusammen mit der gefüllten Wasserkanne, bereitgestellte leere Kübel wieder in die Zelle hereingenommen.

Die Untersuchung der Verbrechen

Die Verhöre durch die MfS-„Vernehmer“ fanden grundsätzlich nachts statt, um die geringere Widerstandsbereitschaft der Häftlinge zu nutzen. Ich hatte sehr schnell erkannt, daß die Stasi umfassend über meine „Verbrechen“, durch Rühle, informiert war. Dementsprechend gab ich, was mich selbst betraf, alle mir „zur Last gelegten Schandtaten“ zu.

Die Geständnisbereitschaft endete jedoch stets immer dort, wo ich andere Personen hätte belasten müssen. Hier halfen auch die psychologischen Tricks

der Vernehmer nicht weiter. Man hatte es von der Regie her darauf angelegt, mich als den armen, von seinem Bäckermeister verführten Studenten agieren zu lassen, um das Exempel vordergründig gegen den mitangeklagten Bäckermeister, ehemaliges nominelles NSDAP-Mitglied, zu statuieren und gleichzeitig seines gut laufenden Betriebes habhaft zu werden.

Vorhaltungen wie: „Sie sind genau so stur wie Ihr Vater“ oder Einspielungen von Tonbandmitschnitten der von den Vernehmern ebenso hart in der Vorbereitung auf ihre Zeugenrolle „bearbeiteten“ Kommilitonen ließen mich nicht von meiner Einstellung: „Mich haben sie, andere sollen sie durch mich nicht kriegen“, abweichen. Das spätere Prozeßergebnis gab mir recht. Der mitangeklagte Bäckermeister mußte, bezüglich der Anklage nach „Artikel 6 der DDR-Verfassung“ wegen Mangel an Beweisen - und das will, bei dem „freizügigen Umgang“ der Vernehmer und des Gerichts mit der Wahrheit, schon etwas heißen - freigesprochen werden. Nichtsdestoweniger blieb aber dieser Mitangeklagte nicht ungeschoren. Die findige Justiz meinte, ihn wegen „Nichtanzeige der gemeingefährlichen Verbrechen des Stiehl“ nach „§ 139 StGB“ zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilen zu müssen. Davor rettete ihn auch nicht „ein väterlich freundschaftliches Verhältnis zu Stiehl“, wie in der Urteilsbegründung bemerkt wurde.

Anklageschrift und Verurteilung

Nach Abschluß der Vernehmungen wurde ich bis zum Prozeßtermin, der unvermittelt, ohne Vorankündigung, ohne Anklageschrift-Übergabe, ohne Rechtsbeistand heranrückte, mit weiteren Untersuchungshäftlingen auf eine Zelle zusammengelegt.

Verschollen - Völlige Isolation von der Außenwelt

In der ersten Februarwoche erhielt mein Vater ein Schreiben von der ABF, in welchem über das „Fernbleiben des Studenten Wolfgang Stiehl vom Unterricht“ Beschwerde geführt und zur sofortigen Wiederaufnahme des Unterrichts oder der Übersendung eines Krankenscheines aufgefordert wurde.

Weder eine Vermisstenmeldung des Sohnes bei der „Deutschen Volkspolizei“ durch meinen Vater, noch eine Erklärung meines Vaters an die Schule, daß ich mich pünktlich auf den Weg zum Unterricht begeben habe, brachten jemals eine Aufklärung über meinen Aufenthaltsort. Auch anlässlich der Rückfrage meines Vaters, zu der, noch vor meiner Verurteilung, durch die ABF ausgesprochenen Exmatrikulation von der Universität, wurde nur lapidar mitgeteilt „...daß gegen Ihren Sohn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde“.

Es gab weder Möglichkeiten brieflich mit den Angehörigen in Verbindung zu treten, noch, sich mit einem Rechtsanwalt seines Vertrauens oder einem später vom Gericht vorgestellten Pflichtverteidiger in Verbindung zu setzen. Der Prozeßtag wurde mir bekannt, indem man mich in die Effektenkammer führte,

meine Zivilkleidung aushändigte und in Handschellen zum Gerichtssaal am Halleschen Hanse-Ring überstellte.

Der Prozeß

Das beigefügte Urteil des „I-A Strafsenats“ des Bezirksgerichtes Halle, das von Richterin SCHELLBACH auf der Basis der Anklage von Staatsanwalt FEHSE gefällt wurde, spricht im wesentlichen für sich selbst und bedarf keiner zusätzlichen Kommentierung. Es wurde, mit Ausnahme der auflockernden, von mir eingefügten unterstrichenen Zwischenüberschriften, und dem Namen des Mitangeklagten wörtlich abgeschrieben. Der Name des mitangeklagten Bäckermeisters ist aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes in „Ellbeck“ umbenannt worden. Die Unterschriften wurden aus der Stasi-Akte abgescannt.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Angeklagten solcher Prozesse weder die Anklageschrift noch das Urteil ausgehändigt erhielten (die heute in meinen Händen befindliche Urteilsausfertigung erhielt ich 1992). Auch Besprechungen mit dem Pflichtverteidiger waren nicht üblich. Die Angehörigen hatten keine Information über den Prozeßtermin und die Öffentlichkeit war ausgeschlossen. Drei meiner Kommilitonen, die als Zeugen herbeizitiert waren, machten ihre, in intensiven Vernehmungen durch die Stasi eingeübten, Aussagen mit sichtlich vor Angst schlotternden Knien und beeilten sich, den Gerichtssaal schleunigst wieder zu verlassen. Ihre Aufgabe bestand letztendlich darin, an der Uni die Kunde von der kommunistischen Allmacht und den negativen Folgen einer gegenteiligen Meinung zu verbreiten, damit die heranwachsende Intelligenz der „Arbeiter- und Bauernmacht“ immer schön systemkonform reagiert. Die Verurteilung des mitangeklagten Bäckermeisters wegen der Verweigerung meiner Denunziation wurde oben bereits erwähnt.

Ich nahm den Urteilsspruch völlig gelassen, mit der inneren Einstellung, „die können mich doch verurteilen zu was sie wollen, die machen ohnehin nicht mehr lange“, hin. Der 8 Wochen danach erfolgende Volks-Aufstand am 17. Juni 1953 gab mir bezüglich der Stimmung in der Bevölkerung recht, aber ich hatte in meiner jugendlichen „Schwarz-weiß-Vereinfachung“ die Einrechnung der Kraft der „Roten Armee“ versäumt.

Der Strafvollzug

Bald nach der Verurteilung ging's, nach kurzem Zwischenaufenthalt auf dem Saal des A-Blockes, durch eine kleine Pforte in der Mauer, die den von der Stasi genutzten A-Block und den als Strafvollzugsanstalt genutzten, übrigen Teil des „Roten Ochsen“ trennte, hinüber in den Strafvollzug.

In der Effektenkammer wurden nunmehr die Zivilsachen bis zur Haftentlassung deponiert. Dann ging's in die „Jugendzelle“, eine Turmzelle im 1. Obergeschoß des „B-D-Blockes“. Hier waren auf engem Raum 7 Häftlinge, politisch und kriminell, bunt durcheinander, eingepfercht.

Der Zellenälteste war ein aus kriminellen Gründen verurteilter Schneidermeister. Von den „politischen“ erinnere ich mich noch an Achim Beyer, ein Mitglied der „Werdauer Oberschulgruppe“, deren Mitglieder zu unwahrscheinlich hohen Haftstrafen für ihre oppositionelle Haltung verurteilt wurden.

Die Ausstattung der Zellen entspricht dem, was bereits über die U-Haft-Zellen weiter oben gesagt wurde. Nur, daß jetzt 7 Menschen mit einem Kübel vorlieb nehmen mußten und damit die Luft in den Zellen oft von bestialischem Gestank durchsetzt war.

Aber zum Glück konnte man ja die billige Arbeitskraft der Häftlinge gebrauchen und betrieb in den großen Sälen des B-D-Blockes eine Schneiderei - mit vorhandenen normalen Toiletten - in der, an drei fließbandartig zusammengestellten Nähmaschinen-Straßen, je Schicht und Band, etwa 100 Herrenhosen als Erzeugnis des Betriebes 3 des „VEB Hallesche Kleiderwerke“ von den etwa 25 Häftlingen je Band, gefertigt wurden. Durch die Arbeit in der Schneiderei konnte man an 6 Tagen in der Woche den unerträglichen Lebensbedingungen und den natur- und umstandsbedingt auftretenden Spannungen innerhalb der zusammengepferchten Zellenmannschaft wenigstens zeitweise entfliehen.

Ich bemühte mich, trotz der geringeren Verdienstmöglichkeiten, um eine Versetzung in die anstaltseigene Bäckerei. Im Gegensatz zur Schneiderei, in der nach Abzug der Unterbringungs- und Verpflegungskosten, monatlich noch zirka 40 bis 60 Mark zur Verfügung für den Häftling erzielt werden konnten, wurde in der Bäckerei ein Tagessatz von 0,50 Mark = ca. 15 Mark monatlich, erzielt. Ab Oktober 1953 war ich dann in der Bäckerei tätig.

Dazwischen liegen die Ereignisse des 17. Juni 1953. An diesem Tag hatte ich in der Frühschicht in der Schneiderei, in der ich zum „Einrichter“ angelernt war, zu arbeiten. Es liefen zwar bereits einige „HUNDE“ wie die Gerüchte im Knastjargon genannt wurden, herum, aber die Arbeit verlief bis zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung der Schicht, gegen 12³⁰ Uhr, normal.

Als die Schichtbesetzung, ohne die sonst übliche Ablösung durch die Spätschicht, auf die Zellen unter Verschuß gebracht war, konnten wir auch schon den Grund des vorzeitigen Schichtendes vor den Zuchthausstoren hören. Die Volksmenge draußen bemühte sich unüberhörbar um die Befreiung der Häftlinge. Leider vergeblich, die Wachmannschaften feuerten befehlsgemäß und führten zum Abbruch des Befreiungsversuchs.

In der Bäckerei

Während auf dem Zellentrakt und in der Schneiderei ein völlig unpersönliches, äußerst kühles Verhältnis zwischen den Wachmannschaften und den Häftlingen herrschte, war das Verhältnis in den relativ kleinen Arbeitskommandos etwas gelockerter. Dies mag noch dadurch gefördert gewesen sein, daß das Wachpersonal hier fast ausschließlich aus älteren VP-Angehörigen bestand.

Kurz nach meiner Arbeitsaufnahme in der Bäckerei wurde ich vom amtierenden „Brigadier“, einem Strafgefangenen Bäckermeister aus Pirna, in die Abrechnungsarbeiten der Bäckerei eingewiesen.

Die Rohstoffbestellung beim Verpflegungsoffizier, die Rohstoffverwaltung und Abrechnung und die Planung und Organisation der Backwarenproduktion - auf der Basis der Abforderungen durch die, die Küche verwaltenden, Häftlinge und auf den Standardbestellungen der Verwaltung der „HO“ (staatliche Handelsorganisation), deren Kiosk-Objekte wir mit frischen Brötchen zu versorgen hatten - wurde ausschließlich selbständig durch die Häftlinge erledigt.

Bald stellte sich der Grund für meine Einarbeitung in die Abrechnung heraus. Eine größere Menge Häftlinge kam durch eine, der hin und wieder durchgeführten Amnestien in die Freiheit, darunter auch mein Brigadier, dessen Platz ich nun einzunehmen hatte.

In der Bäckerei herrschten primitivste Arbeitsbedingungen. Außer einer Teigknetmaschine war keinerlei maschinelle Ausrüstung vorhanden. Das Mehl wurde in einem Lagerraum in dreifach übereinander gestapelten Säcken, a' 75 Kg, gelagert welche bei Gebrauch manuell aufzunehmen und in den Knetmaschinentrog zu entleeren waren. Die für die „HO“ herzustellenden Brötchen wurden mit einer Handpresse portionsgerecht geteilt, manuell aufgewirkt, auf tücherbelegten Brettern zur Gare abgelegt und anschließend mit einem Schlagschieber in den Doppelauszugofen befördert. Der untere Herd des Ofens lag mit seiner Auszugklappe etwa 30 cm über dem Fußboden, eine Fußgrube (Vertiefung vor dem Backofen zum bequemen Erreichen des unteren Herdes) war nicht vorhanden, so daß hier Verrenkungssport angesagt war. Wegen irgendwelcher Vorkommnisse in der Backwarenproduktion für die Bevölkerung in anderen Haftanstalten wurde die mit primitivsten Mittel durchzuführende Brötchenproduktion dann, bei Reduzierung der Bäckereimannschaft auf ca. 50%, im Jahre 1954 eingestellt.

Umwandlung der Strafvollzugsanstalt Halle

Ab 1954 wurde die Strafvollzugsanstalt Halle für weibliche Häftlinge genutzt. Es verblieben circa 30 bis 40 Männer aus dem Bereichen Heizung, Bäckerei, Schlosser, Elektriker, Autoschlosser zur Erledigung der entsprechenden Arbeiten im „Roten Ochsen“. Die verbliebenen Männer wurden im C-Block im Erdgeschoß verwahrt und benutzten den hinteren Eingang des Blockes. Die Station war in der Mitte sorgfältig mit einer Brettverschalung vom übrigen C-Block abgeteilt.

Das Wachpersonal für die verbliebenen Männer wechselte nun kaum noch und bestand, bis auf eine Ausnahme, aus älteren VP-Angehörigen. Die Ausnahme war „NANTE“ (Hauptwachtmeister Erhard Kern), der seinen Tagdienst in dem Bäckerei/Heizungskeller zu versehen hatte und stets versuchte, an uns seine

„sozialistischen Agitationskünste“ zu erproben und mit seinen vermeintlichen Bäckerei-Fachkenntnissen zu glänzen.

Die Motten (Lungen-Tuberkulose) ?

Im Januar 1956 wurde ich, wegen eines hoch fieberhaften Infektes, für den keine sichtbare Ursache zu „finden“ war, auf einer Krankenzelle isoliert gehalten. Die Untersuchung und Behandlung erfolgte in der bekannt primitiven Art. Nachdem das Fieber abklang, aber dabei konstant auf 38,5 °C blieb, wurde ich nach Leipzig-Klein-Meusdorf in das Haftkrankenhaus überstellt. Dort wurde nach oberflächlicher Untersuchung die Entnahme der Mandeln entschieden und durchgeführt. Danach ging's wieder zurück in den „Roten Ochsen“. **Viel später** bei einer **1985** wegen leichter Verschattung der Lunge durchgeführten Lungen-Schichtaufnahme eröffnete mir die Ärztin, daß ich „irgendwann einmal“ eine tuberkulöse Erkrankung durchgemacht haben muß, deren Verschwartung nunmehr mit entsprechenden diagnostischen Mitteln feststellbar sei.

Die Haftentlassung

Am 16. November 1956 wurde mir, wie stets ohne jede Vorankündigung, mitgeteilt, daß ich sofort meine Privatsachen erhalte und „auf Bewährung“ entlassen werde. „NANTE“, der wie immer in der Bäckerei seinen Dienst tat, wollte mich natürlich nicht ohne eine tüchtige sozialistische Agitation in die Freiheit ziehen lassen. Ich quittierte seine Bemühungen mit der Bemerkung „Dummheit muß bestraft werden“ und merkte an seinem erfreut fröhlichen Gesichtsausdruck, daß er diese Bemerkung als selbstkritische Bemerkung auf meine Person gründlich mißverstand. - Marx erhalte ihm seine Einfalt. -

Sozialistische Haftnachsorge

Nach der Entlassung aus dem „Roten Ochsen“ mit einer ohne Kopfbogen, schreibmaschinegeschriebenen „Arbeitsbescheinigung“ der „StVA Halle“ für die vergangenen 4 Jahre ausgerüstet, mußte ich mich erst einmal aus meiner Hallenser Unterkunft im Studentenwohnheim „Emil-Abderhalden-Str. 7“ polizeilich abmelden. Meine Anfrage dabei, im Sekretariat der Uni, ob ich das Studium fortsetzen könne, wurde aufgefaßt wie der Eintritt eines Außerirdischen in den Raum. Natürlich nicht.

Bei der Polizei wurde ein neuer Personalausweis ausgestellt, der, wie sich später bei einer Fahrt nach Mecklenburg über Berlin herausstellte, eine für Experten sichtbare Kennzeichnung haben mußte. Wegen eines Disputs mit den Fahrkartenkontrolleuren wurde ich, bei der eine Stunde danach stattfindenden, üblichen Ausweiskontrolle vor Berlin, vom kontrollierenden Beamten, nach Besichtigung des Ausweises, belehrt: „**Sie** müßten doch ganz still sein.“

Die Erledigungen der Formalitäten nahmen fast den ganzen Tag in Anspruch, so daß ich erst am Abend gegen 21⁰⁰ Uhr in Schönebeck auf dem Bahnhof eintraf, wo ich von meinen Angehörigen schon ungeduldig erwartet wurde. Man hatte ihnen also den Entlassungstermin mitgeteilt.

Auf dem Nachhauseweg warnte mich mein Vater vor einer Reihe möglicher Stasi-Spitzel aus dem näheren Umfeld. Auf seine bange Frage, ob ich nun schleunigst über Westberlin die DDR verlassen werde, beruhigte ich ihn, daß ich dies nicht unmittelbar vorhabe und versuchen wolle, mich in dieser unerfreulichen Republik zu behaupten, damit ich mich von meinen Angehörigen nach den 4 Haftjahren nun nicht gänzlich und kaum erreichbar verabschieden muß.

Arbeitszuweisung

Nach einer befristeten Aushilfstätigkeit bei meinem ehemaligen Lehrmeister bis zum Jahresende 1956, meldete ich mich pflichtgemäß beim Arbeitsamt und bekam eine „Einweisung“ in einen, wegen der ungesunden Arbeit mit äußerst hoher Arbeitskräftefluktuation konfrontierten Betrieb der Gummi-Industrie. Ich teilte der „Kaderabteilung“ gleich bei meinem Eintritt in den Betrieb mit, daß ich mich um einen Arbeitsplatz in meinem erlernten Beruf bemühen werde.

Die Einweisung in den Gummibetrieb muß wohl so eine Art „freie Fortsetzung“ des Satzes aus meinem Urteil: „Es muß versucht werden, ihm durch einen Freiheitsentzug die gesamten demokratischen Ziele unserer Ordnung vor Augen zu führen und ihn ideologisch umzuwandeln“ gewesen sein.

Meine Bemühungen, schnellstmöglich eine Arbeit in meinem erlernten Beruf zu finden, waren Dank der Unterstützung ehemaliger Berufskollegen bald von Erfolg gekrönt.

Ausnahme von der Regel

Im Februar 1957 konnte ich meine Arbeit als Backstubenarbeiter in einem Bäckereibetrieb des Konsumgenossenschaftsverbandes Kreis Schönebeck aufnehmen. Selbstverständlich mußte in den üblichen „Kader-Fragebogen“, neben der Angabe der Namen von Eltern und Geschwistern, Verwandten im „Nicht-sozialistischem Ausland“ sowie sämtlichen Arbeitsstellen und Wohnanschriften seit Beginn der Berufstätigkeit, auch die absolvierte Vorstrafe eingetragen werden.

In diesem Betrieb hatte ich das Glück, einen Betriebsleiter zu bekommen, der die Geschehnisse der Verhaftung meines mitangeklagten Bäckermeisters „wegen einiger satirischer Zeitschriften, die er von seinem Gesellen in Verwahrung hatte“ kannte und deshalb nicht auf die „**Alles sagende Eintragung in meinem Kaderbogen**: 6 Jahre Zuchthaus wegen Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung ...“ angewiesen war.

Nach einiger Zeit der Beobachtung meiner Arbeitsleistung und -bereitschaft eröffnete er mir, daß er meine „Vorstrafe“ als „Jugenddummheit“ betrachte und mir daraus keine Hemmnisse in seinem Betrieb erwachsen würden. Ich wurde auf Fortbildungslehrgänge geschickt, bekam nach 1½ Jahren die Leitung einer Eisproduktionsabteilung angetragen und konnte, wenn auch mit Verzögerung durch das „Wirtschaftsleitende Organ“, ab 1967 einen Meisterlehrgang besuchen.

Die sehr guten Noten, die ich im Meisterlehrgang erzielte, waren letztendlich Anlaß für meinen Chef, mich zu einer Ausbildung zur externen Ablegung der Fachschulprüfung, an der er, als langjähriger Betriebsleiter teilnahm, nachträglich hinzuzuziehen. Er versprach sich davon natürlich, für sich, auch einen versierten Studienkollegen für das Selbststudium zwischen den Lehrgangsveranstaltungen.

Grenzen der Förderung

Der Zeitpunkt des externen Fachschulstudiums fiel zusammen mit meiner Bewerbung für eine Ingenieur-Planstelle beim „Wirtschaftsleitenden Organ“ (WLO) in Magdeburg. Die Stelle wurde mir, ebenso wie die Erlaubnis zum nachträglichen Eintritt in die vorgenannte Fachschulausbildung, verbindlich (mündlich) zugesagt. Allerdings hatte das „zusagende“ Vorstandsmitglied des „WLO“ die Zusage ohne den „Segen seines Genossen Parteisekretärs“ einzuholen, gemacht.

Der, seinerseits, setzte das Vorstandsmitglied in einer der obligatorischen Parteiorganisationssitzungen der SED mit den Worten „Wer hat denn d e n zu dieser Ausbildung für verdiente Genossen delegiert“ und „D u mußt ja wissen und verantworten, ob Du d e n bei uns einstellen kannst“ unter Druck.

Der Erfolg der „Attacke des Parteiniks“: Ich wurde natürlich nicht eingestellt, aber die bereits begonnene Ausbildung zur externen Fachschulprüfung lief auch danach weiter. Ein Abbruch hätte, zumal bei meinen relativ guten schulischen Leistungen, wohl doch zuviel ungewollten Staub aufgewirbelt.

Lebenslänglich vorbestraft ?

Die vorstehend geschilderten Ereignisse veranlaßten mich, bei Richtern und Staatsanwaltschaft Erkundigungen einzuziehen, wie lange ich, nach nunmehr 10 Jahren nach Ablauf der Bewährungszeit, mich in den Kaderakten noch als vorbestraft auszuweisen hätte. Die Aussagen zu meinen jeweils persönlich in den Sprechstunden vorgetragenen Fragen waren unklar und verworren und veranlaßten mich zu einer schriftlichen diesbezüglichen Anfrage bei der Generalstaatsanwaltschaft der DDR.

Die sinngemäße Antwort:

„Eine Tilgung der Eintragungen von Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der DDR in das Strafregister erfolgt nie, es sei denn, Sie stellen einen entsprechenden Antrag an die Gnadenkommission des verurteilenden Gerichts und dieser würde positiv beschieden.“

Ich hätte keinen Antrag gestellt, aber mein Chef sagte, als er davon hörte, „Du warst damals 19 Jahre und hast in den vergangenen 13 Jahren in unserem Betrieb eine ordentliche Arbeit und keine staatsfeindlichen Aktionen geleistet, wenn Du den Antrag nicht stellst, stellen wir ihn, als Betrieb“. So geschah es.

Saubere Kaderakte ?

Die Gnadenkommission des Bezirksgerichtes Halle beantwortete das Gnadengesuch, das mein Betrieb für mich gestellt hatte, tatsächlich positiv. Im Ergebnis dieser Entscheidung erhielt ich auf meine nochmalige Anfrage beim Generalstaatsanwalt der DDR die Mitteilung, daß nunmehr die Eintragung meiner Haftstrafe aus den Akten getilgt sei.

Also durfte ich mich, gemeinsam mit der „Kaderleitung“ hinsetzen, alle diesbezüglichen Einträge aus den Kaderakten entfernen, einen neuen Lebenslauf und einen neuen Kaderbogen schreiben, in welchem die Eintragung des Zeitraumes der 4 Haftjahre so erfolgte, als sei ich Zivilangestellter in der „StVA-Bäckerei“ gewesen.

Kaderakte sauber ? - „Denkste !“

1978 bei den Jahresabschlußarbeiten in einem mittlerweile anderen Konsum-Backwarenbetrieb entdeckte ich zufällig, erleichtert durch „unsachgemäßen Umgang“ mit den Kaderakten, meine Kurzbiographie mit der Eintragung: „Politische Haft: 1953 bis 1956 in StVA-Halle“

Als ich den neuen Betriebsleiter daraufhin, nach „Sicherung“ (Entwendung) einer Durchschrift dieser Kurzbiographie und Herstellung einer Ablichtung, unter Vorweisung der Ablichtung, auf den unzulässigen Eintrag ansprach, bekam ich lediglich zur Antwort: „Du hast Dich unberechtigt an Deiner Kaderakte zu schaffen gemacht!“. Keine Erklärung oder Entschuldigung zu dieser, auch nach DDR-(UN)Recht, nicht zulässigen Eintragung.

Fachkompetenz Ja, Leitungskompetenz Nein

Die 1969 begonnene Ausbildung konnte ich 1972, ebenso wie mein Chef im Schönebecker Konsum-Backwarenbetrieb, mit der erfolgreichen externen Fachschulprüfung abschließen. Im gleichen Jahr setzte man mich, als Aufbauleiter eines Backwarenbetrieb-Neubaus im Umfang von ca. 33 Millionen Mark, ein.

Nach der Fertigstellung des Objektes, für die zwischen Grundsteinlegung und Produktionsaufnahme trotz führender Rolle der Partei der Arbeiterklasse und

dem damit verbundenen Mangel auf allen Gebieten nur genau 2 Jahre lagen, konnte mir natürlich nicht, wie in solchen Fällen sonst üblich, die Leitung des Betriebes angetragen werden. Ehrlicher Kommentar des Vorstandsvorsitzenden „unter vier Augen“: „Dich bekommen wir bei der SED-Bezirksleitung nicht durch“.

Es erfolgte mein Einsatz als Produktionsleiter und, mit der Durchsetzung der Gigantomaniebeschlüsse des Politbüros (Kombinatsbildung in allen Bereichen der Volkswirtschaft), der Einsatz als Fachdirektor für Technik des Backwarenkombinates. Aber auch hier war die Rechnung wieder ohne den „Segen“ der dafür zuständigen SED-Bezirksleitung gemacht, so daß eines Tages auf dem Tisch des „Vorstandsmitgliedes Produktion“ eine Hausmitteilung der Kader-Abteilung lag, in der sinngemäß zu lesen war: „Die Berufung des Kollegen Stiehl ist aus den bekannten Gründen nicht möglich“.

Ich zog die Konsequenzen aus dieser mir, durch gut unterrichtete Mitarbeiter im „WLO“, überbrachten Information der „Nichtberufbarkeit“ und ließ mich als „Leiter Investitionen“ herunterstufen, bevor dies mit einem der üblichen, in solchen Fällen angewandten, üblen Tricks, von oben geschah. In ähnlicher Art gab es auch in den achtziger Jahren noch mehrere berufliche Knicks, die meist auch mit einer finanziellen Einbuße verbunden waren.

Allerdings nutzte ich das nächste fachliche „gebraucht werden“ dann jeweils aus, um wieder den finanziellen Anschluß zu bekommen. - „Erpresser“.

Die letzte Relegierung fand dann schließlich 1992, also bereits in der Bundesrepublik statt, als die Kündigung in den „Vorruhestand“ ohne eine Mark Abfindung, von den heute Geschäftsführer heißenden, vormaligen „Teuren Genossen Kombinatdirektoren und Fachdirektoren“ ausgesprochen wurde.

Die Wende

Ich rechnete fest damit, daß die „Teuren Genossen“, wenn sie denn noch Zeit dazu haben, in kritischen Situationen alle auf ihren „GEGNER-LISTEN“ stehenden Bürger observieren und/oder isolieren würden und hielt mich bezüglich der aktiven Teilnahme an Demonstrationen bewußt zurück.

Im Betrieb hatte ich mich seit Jahren in die unpolitische Nische „Investitionen“, sowie „Forschung und Entwicklung“ zurückgezogen. Dort hatte ich mich seit Mitte der achtziger Jahre unter anderem mit dem Erstellen von Computerprogrammen für die praktische betriebliche Nutzung der bilanzfrei erhältlichen Kleincomputer beschäftigt. Entsprechend der autodidaktisch erworbenen bescheidenen Computerkenntnisse konnte ich im Frühjahr 1990 für die gesamte ehemalige konsumgenossenschaftliche Backwarenindustrie die erforderliche Technik für die künftig wesentlich uneinheitlichere Bäckereiverwaltung beschaffen und stabil installieren helfen, bevor ich 1992 in den Vorruhestand entlassen wurde.

„Die Ratten verließen das sinkende Schiff“ oder die „gelehrigen Genossen Geschäftsführer“

Der Normalbürger freute sich über die offene Grenze, die zu erwartende DM und die Reisefreiheit und ging im übrigen brav seiner Arbeit nach und/oder engagierte sich in der Bürgerbewegung, um den „roten Sumpf“ trocken zu legen. Die „Teuren Genossen Kombinati-, Betriebs- und Fachdirektoren“ waren in der Regel die Ansprechpartner der interessierten westdeutschen branchenverwandten Betriebe, die die Einstiegsmöglichkeiten in die Ostdeutsche Wirtschaft erkundeten. Dort, wo es möglich war, wurden sie dann auch postwendend die „Damen und Herren Geschäftsführer“ der nunmehrigen **GmbH**. Sie praktizierten von nun an die Marktwirtschaft in der rücksichtslosen Brutalität, in der sie bisher den „Kapitalismus“ in den SED-Parteilehrjahr-Veranstaltungen gelehrt hatten. Nämlich in der Form, wie ihn der „Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus“, ein Herr Marx, im vergangenen Jahrhundert beschrieben hatte.

Die anderen Nutznießer der SED-Diktatur, wie die SED-Parteisekretäre, die Zivilverteidigungschefs, die Sicherheitsinspektoren und was sonst noch in vielfältigen Benennungen ein ruhiges Dohnendasein geführt hatte, sahen ihre Chance in den nunmehr neu benötigten Institutionen.

Die Arbeitsämter sind eine typische Auffanginstitution für diese „ewig Unentbehrlichen“. Aber auch in den übrigen Verwaltungen finden sich überwiegend die „Kader“ wieder, die schon den DDR-Bürgern das Leben mit der rigorosen Durchsetzung der restriktiven Verwaltungsanweisungen das Leben schwer machten.

Fachlich gute Stasi-Offiziere fanden offene Aufnahme in den Chefetagen von westdeutschen Versicherungs- und anderen Unternehmen.

Die erdrückende Mehrzahl der ehemaligen SED-Regimegegner hingegen, wurden von ihren personengleichen alten und neuen Chefs in die Arbeitslosigkeit oder den Vorruhestand entlassen.

Rehabilitierung

Bereits im Juni 1990, beim ersten lauten Nachdenken der letzten DDR-Volkskammer über ein Rehabilitierungsgesetz, stellte ich den entsprechenden Antrag auf gerichtliche Rehabilitierung und auf Herausgabe eventuell noch auffindbarer Anklage- und Urteilsausfertigungen. Nach reichlich einem Jahr war dann tatsächlich das Urteil gefunden worden.

Die gerichtliche Rehabilitierung wurde noch ein gutes weiteres Jahr später vom Landgericht Halle am 7.9.1992 ausgesprochen.

34 Jahre Unglaube

Als ich die Information über das Auffinden der Urteilsausfertigung aus meiner politischen Verurteilung aus dem Jahre 1953 erhielt, bat ich, da ich noch berufstätig sein durfte, um Aushändigung an meine Ehefrau, welche das Papier in Halle abholen wollte. Mittels einer mitgegebenen Vollmacht erhielt sie das Urteil auch und studierte es während der Rückfahrt im Zuge zwischen Halle und Magdeburg.

Zuhause angekommen gestand mir meine Frau, daß sie in den vergangenen 34 Jahren immer geglaubt habe, ich berichte, aus welchen Gründen auch immer, nicht alles, wessen ich mich seinerzeit „schuldig gemacht“ habe. Das ein Regime tatsächlich Menschen wegen derartiger Lappalien der Meinungsäußerung langjährig um Freiheit und Gesundheit oder auch ums Leben bringen kann, wollte ihr nicht in den Kopf.

In der Bundesrepublik

Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling - „Kapitalentschädigung“

Für die neuen Bundesländer wurde die Außenstelle Berlin der „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge“ mit der Bearbeitung der Anträge auf Anerkennung nach §10 Absatz 4 des seit 1955 in der alten Bundesrepublik existierenden Häftlingshilfegesetzes beauftragt.

Wie viele Haftkameraden, stellte ich, als ich im November 1990 in einer in Wernigerode einberufenen Versammlung der „VOS“ („Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ - einer Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge -) von der obigen Regelung erfuhr, einen entsprechenden Antrag. Die Anerkennung erhielt ich im Dezember 1991, einschließlich einer später von der „Kapitalentschädigung“ wieder abgezogenen finanziellen Eingliederungshilfe.

(Im 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wurde die Zahlung einer „Kapitalentschädigung“ in Höhe von 300,- DM je angefangenen verbüßten Haftmonat für zu Unrecht erlittene Haft in den DDR-Zuchthäusern und Gefängnissen im November 1992 von der Bundesregierung beschlossen). Im Vergleich dazu erhalten, aus Gründen der gesundheitlichen Haftunfähigkeit nicht abgeurteilte, Mitglieder der Ex-DDR-Organen - wie zum Beispiel der Herr Willi Stoph, Ex-DDR-Ministerpräsident - eine monatliche „Kapitalentschädigung“ in Höhe von 600,- DM je angefangenen Haftmonat.

Berufliche Rehabilitierung

Mein Berufsweg (Hochschulabschluß) war, wie der vieler Leidensgenossen, mit der Inhaftierung ersatzlos abgebrochen.

Mit dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz schuf die Bundesregierung ein Gesetz zum „Ausgleich noch heute unzumutbar nachwirkender Nachteile“ (finanziell bezüglich Eigentum, und rentenrechtlich). Mittlerweile habe ich, da der „Fall“ eindeutig überschau- und nachvollziehbar ist, die entsprechende Rehabi-

litierung erhalten, die es den Rentenversicherern auferlegt, die Rente so zu berechnen, als wäre ich von 1952 bis 1959 Student und nachdem bis 1990 Hochschulabsolvent gewesen.

Leider liegen die allerwenigsten Antragsfälle so eindeutig, so daß bisher nur verhältnismäßig wenige ehemalige politische Häftlinge einen entsprechenden Antrag stellten, weil sie die auf sie zukommende Beweisnot befürchten.

Regulierung gesundheitlicher Haftschäden

Kaum einer unserer Haftkameradinnen und -kameraden hat die jahrelangen Entbehrungen, Schikanen sowie eventuelle physische und die in allen Fällen aufgetretenen psychischen Folterungen ohne bleibende gesundheitliche Folgen überstanden. Die Beweisnot insbesondere auf diesem Gebiet führt jedoch bisher dazu, daß nicht einmal 2% der ehemaligen politischen Häftlinge eine Anerkennung und damit versorgungsrechtliche Regulierung ihrer Haftschäden erhielten. Auch mein entsprechender Antrag wurde, wie erwartet abgelehnt. Da ich, im Gegensatz zu vielen älteren Leidensgenossen noch ein wenig Kraft besitze, habe ich energisch und mit Begründung widersprochen.

Aktive Einflußnahme

Als „gelernte DDR-Bürger“ haben wir nicht wie die Bürger der alten Bundesländer „gelernt“, uns frei zu organisieren und von unseren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen. Wir sollten dies schleunigst nachholen. Der augenblickliche Zustand und die Befindlichkeit der Opfer des autoritären „SED-Nicht-Rechtsstaates“ fordert zum Engagement für eine Änderung geradezu heraus, damit der Satz: „Für die Täter gelten die Möglichkeiten des Rechtsstaates und für die Opfer die Grenzen des Rechtsstaates“ in Zukunft immer weniger Gültigkeit behält. Zu den unumstößlichen Vorteilen eines demokratischen Staates gehört nun einmal, daß er, im Gegensatz zur hinter uns gelassenen Diktatur, veränderbar ist.

Mein persönliches Engagement suche ich in der aktiven Mitwirkung in der „VOS“ - in deren Regie auch die vorliegenden Dokumentationen geschrieben werden, solange noch Zeitzeugen dafür bereitstehen - und in den mit der Vergangenheitsaufarbeitung befaßten politischen Veranstaltungen der verschiedensten Organisationen.

Späte Siege der Stasi?

Wir sollten sie nicht zulassen die späten Siege der Stasi, aber es gibt sie leider immer wieder.

Sie werden errungen, wenn manche unserer „im Rechtsstaat und mit seinen Maximen aufgewachsenen Richter und Gutachter“ den Lügengespinnten der Stasi-Kriminalisierungstaktik gegen politische Gegner aufsitzen und die ehe-

maligen politischen Häftlinge wegen der undurchschauten Stasi-Lügengespinnte nochmals rechtsstaatlich verurteilen, indem sie ihnen die vollständige Rehabilitation verweigern oder den gesundheitlichen Haftschaden nicht nachvollziehen können, weil die tatsächlichen Zustände in den SBZ/DDR-„Hafteinrichtungen“ schlechthin in ihre Vorstellungswelt nicht hineinpassen können.

Tarantel

SATIRISCHE MONATSSCHRIFT DER DDR

ERINNERUNGEN VON MORGEN

Zitate aus dem 2. Nürnberger Prozeß 1954

Johannes R. Becher, ehem. Präsident des Kulturbundes:

„Unter Berufung auf die Tatsache, daß mir bereits in zwei Strafverfahren, einmal nach der Erdrosselung meiner Geliebten und 1921 bei der Anklage wegen literarischen Hochverrates der § 51 StGB wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit zugebilligt worden ist, bitte ich um freundliche Wiederholung“

Walter Ulbricht, ehem. stellv. Ministerpräsident:

„Nadierlich isses mir von Anfang an glarchewäsn, taß tie Pewaffnung der Äffteechott und die Ausrüstung der Folchsbolizei mit schwären Waffen sich nur kächen tie Petrohung der osteitschen Pevölgerung turch tie Soffchätts richden gonnde. In tiesem Bungde hat mir tie Käsichide rächt chegäbn. Ich pidde daher um milte Peurdeilung.“

Otto Grothewohl, ehem. Ministerpräsident:

„Gegen den Antrag des Generalstaatsanwaltes, mich als Sühnemaßnahme nach der Sowjetunion zu schicken muß ich, als gegen einen Akt der Unmenschlichkeit, schärfstens protestieren!“

Der oben wiedergegebene, auszugsweise Inhalt wurde dankenswerterweise von der Stasi durch Fotokopie für den Nachweis der, „den Bestand der DDR und des Weltfriedens gefährdenden Verbrechen des Stiehl“, gerettet.

Im Namen des Volkes

In der Strafsache gegen den

1. Bäcker Stiehl [geboren, wohnhaft] in U-Haft seit dem 3. Februar 1953

2. den Bäcker Ellbeck [geboren, wohnhaft] in U-Haft seit dem 5. Februar 1953

wegen Verbr. nach Art. 6 der Verf. der DDR und KD 38 hat der 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes in Halle/Saale in der Sitzung am 22 April 1953, an der teilgenommen haben:

Richterin am Bezirksgericht **S c h e i l b a c h** als Vorsitzende

Werner Blume, Halle a. S.
Friedrich Gorbauch, Halle a. S.
als Schöffen

Staatsanwalt **F e h s e**
als Vertreter des Bezirksstaatsanwaltes

Justizangestellte **E p s t e i n**
als Protokollführerin

für Recht erkannt:

Der Angeklagte Stiehl wird wegen Verbr. Nach Art. 6 der Verf. Der DDR in Verbindung mit der KD 38 Abschn. II Art. III A III zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren verurteilt. Ihm werden die Sühnemaßnahmen der KD 38 Abschn. II Art IX, Ziff. 2 - 9, davon die der Ziffer 7 auf die Dauer von fünf Jahren auferlegt. Der sichergestellte Radio-Apparat Marke Olympia 502 W wird eingezogen. Der Angeklagte Ellbeck wird wegen Vergehens nach § 139 StGB zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren verurteilt. Im übrigen wird dieser Angeklagte freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird dem Angeklagten Stiehl seit dem 3. Februar 1953 und dem Angeklagten Ellbeck seit dem 5. Februar in voller Höhe auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Kosten des Verfahrens haben die Angeklagten zu tragen.

Gründe:

Zur Person Stiehl

Der Angeklagte Stiehl wurde am 03.01.34 in Schönebeck/Elbe als Sohn des Drogisten, jetzigen Laboranten, Stiehl geboren. Er besuchte von 1940 bis 1948 die Volksschule. Nach der Schulentlassung erlernte der Angeklagte drei Jahre das Bäckerhandwerk. Anschließend arbeitete er von März 1952 bis September 1952 als Geselle beim Mitangeklagten Ellbeck. Seit dem 8. September 1952 studierte er an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Halle, mit dem Ziele, Nahrungsmittelchemiker zu werden.

Der Angeklagte war Mitglied des FDGB und der Gesellschaft für Sport und Technik sowie der DSF.

Zur Person Ellbeck

Der Angeklagte Ellbeck ist am dd.mm.08. in Schönebeck/Elbe geboren. Er besuchte von 1914 bis 1924 das Real-Gymnasium in Schönebeck/Elbe. Von 1924 bis 1926 erlernte er das Bäckerhandwerk. Im Anschluß daran war er noch einige Jahre bei einem Bäckermeister tätig und gründete am dd.mm.jj ein selbstständiges Geschäft. Im Jahre jj übernahm der Angeklagte die elterliche Bäckerei. Diese leitete er bis zu seiner Inhaftierung.

Vor 1933 war der Angeklagte politisch nicht organisiert. Am dd.mm.jj bis zum Jahre 1945 war er Mitglied der NSDAP. Im Jahre 1946 trat der Angeklagte der LDP bei. In einer Massenorganisation ist er nicht organisiert.

Stiehls Verbrechen

Im August 1951 eine Woche nach Beendigung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten fuhr der Angeklagte Stiehl mit noch einem Jugendlichen nach Berlin. Er verblieb dort drei Tage, sah sich neben dem Sportstadion im demokratischen Sektor Berlins auch die West-Sektoren an.

In West-Berlin besuchte er ein Lager, welches zum Auffangen bzw. zum Speisen von Teilnehmern der Weltfestspiele von den Westberliner Agenten eingerichtet wurde. Er ließ sich dort verpflegen und übernachtete eine Nacht auf dem Bahnhof Friedrichstraße, die zweite am Anhalter Bahnhof in Wartesälen.

Von diesem Besuch in Westberlin brachte der Angeklagte zwei Zeitschriften, und zwar die „Tarantel“ und „100 Worte Kominform“ mit nach der DDR.

Der Angeklagte hat diese Zeitschriften selbst gelesen, in der Straßenbahn zwei Frauen zu lesen gegeben und zum Schluß in die Wohnung des Mitangeklagten Ellbeck gebracht. Von dort hat er sie nicht zurückgehalten.

Die gesamte Zeit hindurch hat der Angeklagte die Hetzsendungen des Rias abgehört. Er ist dann im Januar 1953 wiederum nach Berlin gefahren. Nach seinen Angaben hat der Rias propagiert, daß er Lehrmaterial für Studenten, welches zur Zeit in der DDR nicht erhältlich ist, ausgabe.

Nach seiner Ankunft in Berlin besuchte er das Amerika-Haus am Nollendorf-Platz und sah sich dort einen amerikanischen Film an, in dem das Leben der Austauschstudenten, also deutscher Studenten in Amerika, gezeigt wurde, an.

Hieran anschließend begab sich der Angeklagte zum Gebäude des Rias. Er wurde hier von einer männlichen Person nach seinen Lebensverhältnissen in der DDR befragt. Er mußte einen Fragebogen ausfüllen, erhielt eine Flasche Coca-Cola und eine Ami-Zigarette und versprach ihm die Fachbücher zu besorgen.

Der Angeklagte schrieb die in Frage kommenden Bücher auf einen Zettel, mußte diesen mit seinem richtigen Namen unterzeichnen, außerdem mußte er noch einen Decknamen wählen und diesen ebenfalls auf dem Zettel festlegen.

Der Angeklagte wählte den Namen „Bunker“. Die Benachrichtigung, wann die vorhandenen Bücher zur Verfügung stehen, sollte über die Sendungen des Rias unter Nennung dieses Decknamens erfolgen.

Der Angeklagte wurde von dieser Person darüber belehrt, daß Handlungen zum Schaden der DDR nicht ausgeführt werden sollten, da hierauf hohe Strafen stünden und Einzelhandlungen nichts nützen würden.

Von einem in diesem Gebäude stehenden Tisch nahm der Angeklagte eine größere Menge darauf aufgestapelter Hetzzeitschriften und steckte diese in seine Jackentasche und brachte sie mit in die DDR.

Hier zeigte der Angeklagte den heute vernommenen Zeugen, die mit dem Angeklagten eine Wohngemeinschaft bildeten, diese Zeitschriften mit der Aufforderung, sie zu lesen.

Später nahm dann der Angeklagte die Zeitschriften und brachte sie zu dem Mitangeklagten Ellbeck.

Ellbecks Vergehen

Der Mitangeklagte Ellbeck nahm die ersten im Jahre 1951 vom Angeklagten mit herüber gebrachten Zeitschriften in Empfang, las sie durch und behielt sie in seiner Wohnung. Dort will er sie später vernichtet haben.

Kurz vor dem zweiten Besuch des Angeklagten Stiehl, Anfang Januar 1953, unterhielten sich die beiden Angeklagten über unsere Verhältnisse in der DDR.

Dabei erzählte der Angeklagte Stiehl dem Ellbeck, daß er nach Berlin zum Rias fährt, um sich Studienmaterial zu holen.

Der Angeklagte Ellbeck sagte hierauf zum Angeklagten, er solle sich versehen, er könne dies doch als Student der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät nicht tun.

Ellbeck fügte jedoch hinzu, daß er einen schönen Gruß bestellen solle, weiterhin solle er bestellen, daß der Rias zur Zeit schlecht zu hören sei.

Nach der Rückkehr besuchte der Angeklagte Stiehl wiederum Ellbeck, zeigte ihm einige Hetzschriften und unterhielt sich mit ihm.

Er richtete dem Angeklagten Ellbeck aus, beim Rias sei ihm gesagt worden, die Sendestärke des Senders werde im Januar verstärkt werden. Der Angeklagte Ellbeck bat Stiehl, ihm doch diese Zeitschriften nochmals zum Lesen zu geben.

Stiehl brachte dann am 25. Januar 1953 diese Hetzschriften in die Wohnung des Angeklagten Ellbeck und gab sie an dessen Sohn ab.

Erst wenige Tage später hat der Angeklagte Ellbeck die Zeitschriften in seinem Schreibtisch liegen sehen und durchgelesen. Die Hetzschriften wurden dann sichergestellt.

Zurück zu Stiehl

Nach dem Besuch des Angeklagten Stiehl in Berlin erhielt dieser von einem zu den Weltfestspielen anwesenden FDJ-ler zwei Klebemarken mit dem Bild eines sowjetischen Soldaten und der Aufschrift „Iwan raus“. Diese beiden Marken nahm der Angeklagte und klebte sie in Salzelmen an sichtbaren Stellen an. Dieser Sachverhalt ergab sich aus den Aussagen der beiden Angeklagten. Die vernommenen Zeugen bestätigten, daß der Angeklagte ihnen diese Hetzschriften, die eine wüste Hetze gegen Staatsmänner der DDR und unsere Ordnung darstellten, zur Einsicht gegeben hat. Sonst sei der Angeklagte zurückhaltend gewesen und habe sich auch von gesellschaftlichen Veranstaltungen bzw. gemeinsamen Ausgängen der Studenten ausgeschlossen.

Wertung von Stiehls Verbrechen

Durch seine verbrecherische Handlungsweise hat der Angeklagte eine wüste Boykotthetze gegen die rote Armee sowie unsere demokratischen Einrichtungen und führende Staatsmänner weiter verbreitet. Er hat den Frieden Deutschlands und der Welt in Gefahr gebracht. Der Tatbestand des Art. 6 der Verfassung der DDR und KD 38 Abschn. II Art. III A III ist in objektiver und auch subjektiver Weise voll erfüllt worden. Der Angeklagte erklärte hier ganz offen, daß er Klebestreifen, die gegen die Westmächte gerichtet gewesen seien, nicht geklebt hätte. Er habe seine Handlungen nur deshalb ausgeführt, um unserer Ordnung zu schaden und er gegen das System der DDR eingestellt sei. Der Angeklagte, der zur Zeit der Verhandlung neunzehn Jahre alt ist, ist anscheinend durch schlechte Gesellschaft beeinflusst, zu einem eifrigen Hörer des Rias geworden. Er hat diese gemeine Hetze des Rias in sich aufgesogen und zu seinem Gedankengut gemacht. Seine Einstellung ergibt sich ganz klar auf die Frage des Gerichts; was er beim Besuch der Stalin-Allee gesehen habe, erklärte er : „es wird hier sehr viel Licht vergeudet, während wir in der DDR Stromsperrungen haben.“ Eine andere Empfindung hat der Angeklagte beim Anblick der gewaltigen Bauten des Sozialismus nicht gehabt. Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät besucht er nur deshalb, weil ihm gesagt wurde, daß er klug sei, und weil er vorwärts kommen wollte. Der Angeklagte macht sich keinerlei Gedanken, die demokratischen Errungenschaften der DDR für seine Person auszunutzen, dazu noch ein Stipendium von 180,- DM monatlich zu beziehen und trotzdem Propaganda zugunsten der westlichen Imperialisten, wo eine derartige Entwicklung unmöglich gewesen wäre, zu treiben. Er sieht in unserer Wirtschaft nur die Fehler und Mängel, die ja nicht auf unsere Wirtschaftsführung, sondern die verbrecherische Kriegspolitik des Nazisystems zurückzuführen sind, während er im

imperialistischen Lager nur den äußeren Schein betrachtet und auf das tiefe unter diesem Schein versteckte Elend nicht eindringt. Der Angeklagte sieht weiterhin nicht die verbrecherischen Ziele der westlichen Kriegshetzer, nämlich den dritten Weltkrieg vorzubereiten. Er bedenkt auch nicht, daß wahrscheinlich auch er ein Opfer dieses Krieges sein würde. Gerade an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät, an der unsere neue Intelligenz heranwachsen soll, ist seine Handlungsweise besonders verbrecherisch. Dem Angeklagten Stiehl mußte trotz Berücksichtigung seiner Jugend eine fühlbare Strafe auferlegt werden. Es muß versucht werden, ihm durch einen Freiheitsentzug die gesamten demokratischen Ziele unserer Ordnung vor Augen zu führen und ihn ideologisch umzuwandeln. Es wurde aus diesem Grunde auf eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren erkannt. Ihm waren weiterhin die Sühnemaßnahmen der KD 38 Abschn. II Art. IX, Ziff.3 - 9, davon die der Ziff. 7 auf die Dauer von fünf Jahren aufzuerlegen. Als Teil des Vermögens wurde gem. Ziff. 2a a. O. der Radio-Apparat Marke „Olympia“ 502 W (Sachsenwerk) eingezogen.

Wertung von Ellbecks Vergehen

Der Angeklagte Ellbeck hat die Flugblätter wohl selbst gelesen, einen Teil derselben vernichtet. Es konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden, daß er diese verbreitet hat. Die dem Angeklagten in der Anklage zur Last gelegte strafbare Handlung, das Verbrechen nach Art. 6 der Verf. der DDR und der KD 38 konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Der Angeklagte Ellbeck, der den Angeklagten Stiehl jedoch während seiner Tätigkeit als Geselle in seiner Bäckerei kannte, und auch nachdem Stiehl auf der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät war, öfter noch mit ihm zusammenkam, wußte genau, daß der Angeklagte gegen unseren Staat eingestellt war. Er selbst hat die Flugblätter bzw. Hetzschriften erhalten und durchgelesen. Ihm war bekannt, daß er das Gebäude des Rias aufsuchen wollte, um sich dort Büchermaterial zu holen. Wenn der Angeklagte Ellbeck auch Nationalsozialist war, wäre er zumindest als Mitglied einer fortschrittlichen Partei, der LDP nämlich, verpflichtet gewesen, fortschrittlich auf den Jugendlichen einzuwirken. Wenn sich der Angeklagte Ellbeck selbst nach 1945 nicht um den Fortschritt bzw. die politische Linie in der DDR kümmerte, keinerlei Parteiversammlungen seiner Partei besuchte, und nur seinem Beruf lebte, so ist dies nicht als Strafmilderungsgrund zu bewerten. Der Senat ist der Überzeugung, daß jeder Bürger der DDR verpflichtet ist, mit den Zielen unserer Regierung und den Zielen seiner eigenen Partei sich zu beschäftigen. Dieses hat der Angeklagte Ellbeck anscheinend nicht getan. Er hat es auch unterlassen, die verbrecherische Handlung des Angeklagten Stiehl, deren Gefährlichkeit für die Republik selbst den Angeklagten Ellbeck bekannt war, den staatlichen Organen zu melden. Die strafbare Handlung des Angeklagten Stiehl ist als ein gemeinge-

fährliches Verbrechen, welches den Bestand der DDR in Gefahr bringen kann, anzusehen. Er wäre demnach auch verpflichtet gewesen, von diesem Verbrechen, welches ihm zur Kenntnis gekommen ist, Meldung zu machen.

Ein freundschaftliches Verhältnis zu dem Angeklagten Stiehl kann Ellbeck von dieser Verpflichtung nicht befreien.

Der Angeklagte Ellbeck war von der Anklage des Verbr. nach Art. 6 der Verfassung der DDR und KD 38 mangels Beweises freizusprechen. Die Verurteilung mußte jedoch aus § 139 StGB erfolgen. Auf Grund der Gefährlichkeit des Verbrechens des Angeklagten Stiehl hielt das Gericht für den Angeklagten Ellbeck eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten für unbedingt nötig.

Das Gericht erkannte dem Antrage des Vertreters des Bezirksstaatsanwaltes entsprechend.

Die Anrechnung der Untersuchungshaft ergibt sich aus § 219 Abs. 2 StPO.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 353 StPO.

Stiehl *Ellbeck* *Stiehl*

Der Name des mitangeklagten Bäckermeisters wurde aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes in Ellbeck umbenannt und das Geburtsdatum bzw. andere Datumsangaben durch dd.mm.jj ersetzt. Alle übrigen Texte des Urteils sind, mit Ausnahme der unterstrichenen Zwischenüberschriften, wörtlich, einschließlich fehlerhaftem Deutsch, übernommen. Der im Original absatzlos fortlaufende Text wurde, der besseren Verständlichkeit halber, in Absätze gegliedert. Die Unterschriften wurden von der Stasiakte gescannt.

Kapitel 7

Friedrich
Gregor
geb. 8.9.1925

**Im Namen
des Volkes?**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Verhaftungsgründe:

F. G. kam sekundär auf Grund einer Diskussion mit Soldaten der „Kasernierten Volkspolizei“ (KVP) in einem Wartesaal in Haft. Tatsächlich aber wollte man seines Betriebes habhaft werden.

Kurzbiographie und Bericht zur Zeit vor der Haft

1932 bis 1940: Besuch einer 7-klassigen Grundschule in Jessen.

1940 bis 1943: Ausbildung zum Bäcker in einem privaten Handwerksbetrieb.

1943: Absolvierung des in der NS-Diktatur eingerichteten „Reichsarbeitsdienstes“, jedoch verkürzt auf 3 Monate.

1943 bis 1945: Einziehung, Ausbildung und Einsatz in der NS-Armee bei Flieger-einheiten.

1945 bis 1952: als Bäcker tätig, überwiegend selbständig.

1952 bis 1953: als Arbeiter und Brigadier im Bergbau und in der Bauindustrie

Der Familienbetrieb

Friedrich Gregor wuchs als einziger Sohn (Geschwister verstorben) in einem seit Jahrhunderten in Familienbesitz befindlichen Bäckerei- und Landwirtschaftsbetrieb (Erbhof) auf. Im Jahre 1930 feierte der Betrieb sein 300-jähriges Bestehen im Besitz der Familie Gregor.

F. G.s Vater, der im ersten Weltkrieg in Ägypten Dienst tat, sich dort mit Malaria infizierte, dann noch in englische Gefangenschaft geriet und 2 Jahre in englischen Diensten auf der Krim gegen die kommunistischen Revolutionäre eingesetzt war, war „deutsch-national“ eingestellt. Er verstarb bereits 1936 an den Folgen der Malaria-Infektion.

F. G.s Mutter veräußerte nach 1936 einen Teil des Landbesitzes, um von dem Erlös den angestammten Bäckereibetrieb am Marktplatz des Kreisstädtchens Jessen zu modernisieren und um eine Eisdiele zu erweitern. Sie führte den Familienbetrieb bis zu ihrem Tode 1946 fort.

Als alteingesessene Familie hatten die Gregors in der Jessener Kirche Stammpplätze, welche mit ihren Namensschildern gekennzeichnet waren. Eine Schwester von F. G.s Vater war der kommunistischen Weltanschauung verbunden.

Die Jugendjahre - Lehre und Krieg

F. G. erlernte, traditionsgemäß, das Bäcker- und Konditorhandwerk in der Bäckerei Geißler in Jessen, wurde dann für 3 Monate zum „Reichsarbeitsdienst“ nach Bornitz, bei Zeitz, verpflichtet. Nach 3 Wochen Urlaub erfolgte, 18-jährig, nahtlos die Einberufung zur Wehrmacht. Hier wurde er zur Ausbildung in einer Flieger-einheit nach Eger (Cheb, im heutigen Tschechien) befohlen.

Die weiteren Ausbildungsorte waren: Blois in Frankreich, Detmold und letztendlich eine Mechanikerausbildung in Bayreuth-Bindlach.

Der weitere Einsatz erfolgte am Laacher See bei Niedermendig, von wo aus die Einheit nach Valence und Avion in Frankreich versetzt wurde. Von dort aus bekam F. G. noch einen 3-wöchigen Jahresurlaub, den er in Dramburg in Hinterpommern bei den Großeltern, die dort eine Großschlächtereie betrieben, verbrachte. 3 Tage vor Urlaubsende traf ein Telegramm der Wehrmachts-Einheit mit der Aufforderung zum „dort bleiben“ ein.

Bombardements und Flucht

Die Einheit wurde nach Stargard-Klützw verlegt, wo sie bald total von Bombern vernichtet wurde. Hier wurde F. G. erstmals mit den geschundenen Opfern des Nationalsozialismus, KZ-lern, bekannt, welche zu Arbeiten an der Bäumung des zerstörten Flugplatzes angetrieben wurden.

Ein Räumungsbefehl setzte die Einheit in Richtung Jena in Marsch. Die Angriffe der Jagdbomber auf die Bahntransporte forderten eine hohe Opferzahl. F. G. hatte sich im Marketerwagen unter gestapelten Woldecken einen Tunnel gefertigt, in den er sich bei Beschuß verkriechen konnte. Die lockeren Woldecken stoppten die Geschosse und schützten so vor Verletzungen oder Tod.

Auch in Jena war kein Bleiben. Die Fronten rückten von allen Seiten heran. Der letzte einigermaßen intakte Einsatz war in Erding und München-Riem. Auch dort waren Tausende KZ-Häftlinge bei der Aufräumung der Start- und Landebahnen unter der ständigen Tieffliegergefahr eingesetzt. F. G. wurde dort unter anderem im Casino eingesetzt.

Das Kriegsende

F. G. berichtet:

Wir führten unseren letzten Befehl, die Unbrauchbarmachung des Kriegsgüteres hastig aus, dann ging unser letzter Marsch, zu Fuß, in südliche Richtung bis Holzkirchen. Dort war schon das ganze Dorf mit weißen Bettüchern dekoriert. Ich kam auf einem Bauernhof unter, bekam von der Bäuerin Trachtenkleidung an Stelle meiner sofort verbrannten Uniform. Eine auf dem Hof arbeitende Ukrainerin, Dunja, versprach mir, mich bei den einrückenden Amerikanern nicht zu verraten und hielt Wort.

Die einrückende Einheit bestand aus russischen Emigranten, die in der US-Armee Dienst taten. Dunja hat mich ihnen gegenüber als Studenten ausgegeben. So bin ich der Gefangennahme entkommen.

Kurze Zeit darauf wurde meine gesamte Einheit des Ergänzungsjagdgeschwaders 2 in einer Scheune des Hofes in Gefangenschaft genommen. Keiner der Kameraden hatte mich verraten.

Dorfbäcker und Waffensucher

Als nach einer Woche der einzige Bäckermeister des Dorfes erkrankte, wurde ich von der Bäuerin, die inzwischen meinen Beruf kannte, vermittelt und mußte fortan, zusammen mit einem Dienstmädchen als Hilfsbäcker das Dorf mit Brot versorgen. Nachmittags wurde ich, ebenso wie die gesamte männliche Bevölkerung des Dorfes, von den US-Militärs zum Säubern der Umgebung von den zahlreichen weggeworfenen Waffen der Wehrmacht eingesetzt.

Verkupplungsversuch durch Flucht verhindert

Der Krieg hatte mächtige Lücken in die männliche Bevölkerung der kriegsbeteiligten Länder gerissen und so lag es nahe, daß die Bäuerin mich mit der Tochter eines verwandten Bauern verkuppeln wollte. Ich wurde reichlich mit Wanderproviand ausgestattet und zu Fuß, wie damals noch nicht wieder anders möglich, auf die Reise zum Hof der Verwandten geschickt. Unterwegs traf ich einen, der aus dem Lazarett entlassenen deutschen Soldaten, der mir riet, wo ich mir einen Wehrmachts-Entlassungs-Schein beschaffen konnte. Ausgestattet mit einem unterstempelten Dokument aus der Gemeinde Holzkirchen (vom Waffensucheinsatz) betrat ich die angeratene Entlassungsstelle. Nach kurzer Untersuchung der Arme auf eine eventuell vorhandene SS-Tätowierung (die SS-Angehörigen waren sämtlich mit der Blutgruppe auf dem Arm tätowiert) wurde mir dann auch anstandslos der Entlassungsschein nach Bayreuth, das ich fälschlich als Aufenthaltsort meiner Mutter angegeben hatte, ausgestellt. Erst jetzt war ich sicher vor eventuellen Aufgreifen herumziehender Wehrmachtsangehöriger.

Ins Spritzenhaus

Ich beschloß bei mir, den Weg zum von der Bäuerin anbefohlenen Bauernhof der Verwandten zu verfehlen, weil ich mir nicht gut vorstellen konnte, daß ich mit meiner evangelischen Erziehung in dieser streng-katholischen Gegend heimisch werden könnte. Im nächsten Ort verstellte mir plötzlich einer der neu etablierten Polizisten, der in seinem putzigen Aufzug jeder Theater-Polizisten-Karikatur alle Ehre gemacht hätte, ebenso wortreich wie für einen „Preußen“ unverständlich, den Weg. Ab ging's ohne Aussicht auf Erfolg des auch nur geringsten Widerstands ins Spritzenhaus. Dort stellte sich, zu meiner großen Erleichterung, der Zweck der resoluten Einweisung, in Form einer Entlausungsprozedur mittels Blasebalg und Lausepulver, heraus. Nach der Prozedur konnte ich noch eine tüchtige Portion Essen aus der Gulaschkanone fassen und dann unbehelligt meine Wanderung Richtung Landshut, Regensburg, Ansbach fortsetzen.

Die lange Wanderung - teilweise verkürzt

Nachdem ich nun offiziell entlassen war, konnte ich getrost auch bei Tage wandern. Des nachts wurde eine abgelegene Scheune zum Übernachten gesucht. Bei einer der Übernachtungen traf ich einen Kameraden, der die Taschen voller Wehrmachts-Urlauber-Lebensmittelmarken hatte. Er gab mir von seinem reichlichen Vorrat ab und meinte, vielleicht haben sie noch irgendwo in diesem Durcheinander Gültigkeit; sonst kannst Du sie immer noch als Papier gebrauchen. Am nächsten Tag hatte ein überholender US-Jeep mit farbigem Fahrer Erbarmen mit mir und beförderte mich bis kurz vor Bayreuth. Dort konnte ich auf meine Marken 5 Päckchen Tabak und Zigarettenpapier, damals ein kleines Kapital, in Weiden erwerben. Dann beobachtete ich einen der wenigen deutschen Fahrzeuge, die von mehreren Männern mit Textilien beladen wurden. Nach dem Ziel der Reise befragt, sagten sie, daß ich mitkommen könne, wenn ich mich bei den Be- und Entladearbeiten oder auch bei der Fütterung des Holzgasgenerators, mit dem das Gefährt angetrieben wurde, nützlich machen wolle. Die Reise ging in den Nachtstunden über Schleiz, Greiz, Plauen, nach Zeitz.

Am Morgen wurden die Textilien ausgeladen. Ich konnte für mich eine passende Hose, Jacke und Mantel für meine Hilfe abzweigen.

Von Zeitz aus wollte ich nach Bornitz, um in der Nähe des ehemaligen RAD-Lagers eventuell meine dortige Freundin aus der Arbeitsdienstzeit aufzusuchen. Ich traf sie nicht mehr dort an, konnte aber, nach 1½ Stunden Anstehen, in einer Einkaufsschlange auf meine Wehrmachts-Lebensmittelmarken für meine schnell erfundenen 20 wartenden Kameraden Quark, Käse und Butter kaufen. Ich umwickelte außerhalb des Ortes alles zur Kühlung mit reichlich frischen Rhabarberblättern und verstaute es im Rucksack und im Brotbeutel.

Zonengrenze - unüberwindliches Hindernis

In Zeitz löste ich mir eine Fahrkarte für die schon wieder sporadisch verkehrenden, meist hoffnungslos überfüllten Personenzüge nach Leipzig. Von dort ging's weiter, immer mit erheblichen Zwischenaufenthalten, nach Halle und Dessau. In Dessau versteckte ich auf dem Weg zu den Elbbrücken einen Teil meiner Habe, um an der Brücke erst einmal Umschau zu halten. Auf der anderen Seite der Elbe war das Gebiet von russischen Truppen besetzt, während diesseits (noch) Amerikaner und deutsche Bewacher an der Elbe standen. Die Deutschen sagten mir, daß die russischen Besatzer niemanden herüberlassen, sondern Schwimmer vor Erreichen des Ufers abschießen. Also war der Heimweg vorerst blockiert. Meine versteckte Habe war bei der Rückkehr nicht mehr da, also hatte mich jemand beobachtet und dann kassiert.

Abwarten

Da ich nicht nach Jessen konnte, fuhr ich erst einmal wieder bis Bitterfeld zurück. Dort waren bei jeder Zugankunft viele Menschen auf der Suche nach eventuell eintreffenden Heimkehrern. In der Menge entdeckte ich einen Vetter, einen Fleischer aus Jessen, mit zwei weiteren seiner gerade aus dem US-Gefangenenlager Sinzig entlassenen Kameraden. Sie waren körperlich alle ziemlich heruntergekommen. Ich teilte erstmal den Rest meiner eingekauften Produkte unter ihnen auf, damit sie wieder etwas zu Kräften kamen. Wir beschlossen dann, zu versuchen, nach Kiel zu fahren, wo wir Verwandte hatten. Dazu ging's erst einmal wieder nach Halle. Dort entdeckten wir in einem Keller eine Ausgabestelle für Kommißbrot, welches gegen einen Stempелеintrag in den Entlassungsschein ausgegeben wurde. Meine ausgehungerten Kameraden löschten den Stempel durch vorsichtiges Radieren und faßten noch ein weiteres halbes Brot.

Als Fracht nach Hamburg

Da keine Personenzüge nach Kiel oder in die Richtung fuhren, sahen wir uns auf dem Güterbahnhof, entgegen dem strengen Verbot diesen zu betreten, um. Mit einer Taschenlampe versuchten wir die Zielorte der Waggons zu entziffern. Plötzlich überraschte uns ein Bahnbeamter, der uns in barschestem Ton sofort des Geländes verweisen wollte. Mit einem Päckchen Tabak und Zigarettenpapier und einem 20,- Reichsmark-Schein konnten wir ihn schließlich besänftigen. Er führte uns schließlich zu drei Salzwaggons, mit Ziel Dänemark. Er gab uns noch mit auf den Weg, daß wir unbedingt in Hamburg-Harburg absteigen müßten, weil das der letzte Halt in Deutschland sei.

Unterwegs schauten wir aus unserem geschaffenen Versteck zwischen den Salzsäcken zu, wie sich immer mal wieder Leute, vornehmlich Bahner, von dem Salzvorrat bedienten. Wir beherrschten uns aber, ihnen auf die Finger zu schlagen, weil sonst eventuell unsere Reise zu Ende gewesen wäre.

In Hamburg mußten wir uns, nach Verlassen unserer Transportgelegenheit, durch die Postenkette aus dem Hafengebiet mogeln. Nach den tagelangen Reisen sahen wir ohnehin wie unsere eigenen Großväter, mit wildem Stoppelbart, aus. So suchten wir uns einen leeren Transportkarren und fuhren mit diesem Arbeitsgerät aus dem Hafen.

Weiter bis Kiel „auf Achse“

Mit dem Zug kamen wir wieder nur bis Neumünster. Dort wollten wir mit einem Postbus weiter bis Kiel, aber der Fahrer wies uns ab. Er staunte nicht schlecht, als er uns schließlich in Kiel angekommen erblickte. Wir hatten die ganze Fahrt auf der Deichsel, zwischen seinem Bus und dem mitgeführten Einachshänger stehend, „überstanden“. Unsere Füße waren allerdings danach kaum noch zu

fühlen. In der überfüllten Straßenbahn ging's dann bis zu unserer Cousine in Kiel.

Knäcke-Bäcker

Bereits nach wenigen Tagen bekam ich die Möglichkeit, in der Knäcke Brot-Bäckerei der Firma Hermann Lemke zu arbeiten. Mit der zwar langsamen und teilweise unzuverlässigen Post konnte ich meiner Mutter in Jessen ein Lebenszeichen senden und meinen Aufenthaltsort bekannt geben.

Erbe in der SBZ antreten

Nach 10 Monaten erhielt ich ein Telegramm, das mir den Tod der Mutter mitteilte und mich nach Hause rief.

Die SBZ hatte sich zwar nach Westen hin erweitert, war aber auf legalem Wege noch immer nicht zu erreichen. Ich fuhr mit wenig Gepäck auf einem Kohlezug bis zur Grenze der SBZ bei Haldensleben. Dort versuchte ich den Übergang auf dem Gelände des Braunkohlewerkes. Beim zweiten Versuch schien es zu klappen, bis plötzlich der Befehl „STOI“ (russ.: Halt!) der Wanderung ein Ende machte.

Ich wurde gefilzt (durchsucht), dabei eines Teiles meiner Habe erleichtert (insbesondere der Verlust des warmen Mantels tat mir leid) und der Ortskommandantur überstellt. Dort wurde ich über die englischen Truppen in Kiel ausgefragt. Mehr als die Beschreibung der taktischen Abzeichen an deren Uniformen konnte ich nicht angeben. Man war's zufrieden und ließ mich weiter Richtung Osten ziehen.

Bis ich dann schließlich mit der Bahn über Haldensleben, Magdeburg Dessau-Roßlau nach Jessen kam, waren 3 Tage vergangen, in denen ich nicht einen Bissen gegessen hatte. Mittlerweile schrieben wir Mai 1946.

Bäckermeister mit Beschränkung

In meinem Elternhaus waren alle nur verfügbaren Räume mit „Einquartierten“ belegt. Um meinen Bäckereibetrieb führen zu können, mußte ich einen Bäckermeister einstellen, weil ich selbst die Meisterprüfung noch nicht abgelegt hatte. Des weiteren war es opportun, der Partei der führenden Klasse - der SED - beizutreten, um die Konzession zur Führung der Bäckerei zu erhalten. Ich erhielt dann später, am 10. Oktober 1949, tatsächlich die, mit der Auflage des Nachholens der Meisterprüfung innerhalb von 3 Jahren, verbundene Gewerbe genehmigung. Zwischenzeitlich schloß ich 1947 meine erste Ehe.

Mit blauem Auge davon - Abschaffung der Brotmarken

Der bei mir tätige Bäckermeister verkaufte einen zu großen Teil der hergestellten Brote auf eigene Rechnung zu Schwarzmarktpreisen, ohne die obli-

gatorischen Brotmarken dafür einzunehmen. Gerade als dies bemerkbar wurde, entfielen 1949 die Brotmarken, so daß ich noch mal mit einem blauen Auge davonkam. Nachdem ich nun die Gewerbe genehmigung besaß, verkaufte ich 8000 m² meines Ackerlandes für 2,- Mark/m², um im Betrieb die erforderlichen Modernisierungen und Erneuerungen, insbesondere des Backofens ab 1951 vornehmen zu können.

Herstellung der Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus

Zeitlich parallel mit meinen eingeleiteten Modernisierungsmaßnahmen liefen die Bestrebungen der DDR-Machthaber zur vollständigen Sozialisierung der Wirtschaft. Durch Auferlegung untragbarer Steuerlasten und gleichzeitige Verweigerung von Krediten sollten möglichst viele Gewerbebetriebe zur „freiwilligen“ Aufgabe der Existenz gezwungen werden. Daneben wurden in gezielten Kampagnen, wie der „Aktion Rose“, Eigentümer von Grundstücken kriminalisiert, um ihnen die Grundstücke enteignen zu können.

Mir wurde eine Mehlsteuer von 1068,- Mark und zusätzlich noch eine Geldstrafe von 1000,- Mark auferlegt, bei gleichzeitiger Verweigerung einer Kreditaufnahme. Da ich wirklich die letzte Mark in die Modernisierungsmaßnahmen gesteckt hatte, blieb mir nichts weiter als die Geschäftsschließung übrig. Genau dies war schließlich von den SED-Funktionären auch beabsichtigt, um für die konsumgenossenschaftliche Backwarenindustrie einen Basisbetrieb in Jessen zu schaffen.

Die genannten Machenschaften waren für mich dann auch Grund genug, durch Verweigerung der Beitragszahlung aus der SED, in deren Namen schließlich die „Kaputtmake“ erfolgte, auszutreten.

Bergbau- und Bauarbeiter

Ich nahm im Februar 1952 im Wismut-Bergbau eine erste Tätigkeit auf, die ich jedoch, wegen der äußerst gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, trotz der sehr guten Bezahlung im Juli 1952 wieder aufgab.

Danach bewarb ich mich beim „VEB Bauunion Berlin-Potsdam“ für eine Tätigkeit auf deren Großbaustellen und wurde wegen meiner Kenntnisse in der selbständigen Betriebsführung auch sogleich als Brigadier einer Betonbrigade eingesetzt. Durch eine rationelle Arbeitseinteilung konnte ich mit meiner Brigade stets recht hohe Normerfüllungen erreichen und damit überdurchschnittliche Verdienste erzielen.

Das Verbrechen

Da die Zugverbindungen der Deutschen Reichsbahn grundsätzlich kaum aufeinander abgestimmt waren, ergaben sich für mich bei den Fahrten vom und zum Arbeitsplatz in Ludwigsfelde bei Berlin, erhebliche Wartezeiten auf dem Bahnhof Wittenberg.

Anläßlich eines solchen Aufenthalts am 9. März 1953 saß ich im Wittenberger Wartesaal. Stalin war gerade gestorben. Im Wartesaal war ein Bildnis des Diktators aufgestellt und von einer uniformierten Ehrenwache flankiert. Zu allem Überfluß erfolgte auch noch eine Kontrolle der Personalpapiere aller auf den Berlin-D-Zug wartenden Fahrgäste durch die Transportpolizei.

All dies veranlaßte mich, mit den am Tisch sitzenden KVP-Angehörigen über die vielen Ungereimtheiten des sozialistischen Alltags zu diskutieren. Davon müssen die Transportpolizisten einiges gehört haben, was sie schließlich veranlaßte, mich vom Tisch weg zu „verhaften“, natürlich wie üblich ohne jeglichen formellen Haftbefehl.

Die Untersuchungshaft

Ich wurde im Wittenberger Untersuchungsgefängnis eingesperrt. Der Untersuchungsrichter Spendrin, mein unmittelbarer Wohnungsnachbar in Jessen, bemühte sich nach Kräften, aus mir einen wahrhaften Feind der DDR zu fabrizieren. Allzu schwer dürfte ihm dies nicht gefallen sein, da ich auch in den nächtlichen Verhören in aller Offenheit meine Meinung zu den Maßnahmen der DDR zur völligen Zerschlagung der privaten Betriebe kundtat.

Wenige Monate später wurden einige der rigorosesten Maßnahmen der Sozialisierungspolitik der DDR-Regierung durch Beschluß des SED-Politbüros vom 11.6.53 vorerst einmal etwas zurückgenommen.

Das Wittenberger Untersuchungsgefängnis hatte fast völlig tageslichtlose Zellen. Aus den Geräuschen, die vom Wittenberger Bahnhof herüberhallten, konnte man, bei Kenntnis des Zugverkehrs, die jeweilige Uhrzeit rekonstruieren. Nur in den späten Abendstunden verirrte sich ein einsamer Sonnenstrahl in einen Winkel meiner Zelle. Die Ausstattung der Zellen bestand im üblichen Kübel für die Notdurft, einem bettähnlichen brettharten Schlafgestell und einem weiteren metallenen Doppelstockbett, welche nur zur Schlafenszeit benutzt werden durften, einem Schemel und einem sehr kleinen Tischchen.

Der Prozeß

Nach gut 2 Monaten Untersuchungshaft fand dann am 20. Mai 1953 im Bezirksgericht Halle der Prozeß gegen mich statt.

Dazu wurde ich mit dem „Grotewohl-Express“, wie die speziellen Gefangenentransportwaggons der DDR im Knastjargon genannt wurden, nach Halle/Saale zur U-Haft-Anstalt verbracht. Von dort ging's dann in Handschellen zum Bezirksgericht, wo mich der 1. Strafsenat in der Rekordzeit von circa 20 Minuten, zu einer Freiheitsstrafe von 3½ Jahren und zum Einzug des gesamten Vermögens, sowie weiteren nachwirkenden Maßnahmen wegen Verbrechens nach Artikel 6 der Verfassung der DDR und Kontrollratsdirektive 38 verurteilte.

Die Öffentlichkeit war bei diesem politischen Prozeß wie üblich ausgeschlossen. Anklageschrift und Urteil wurden mir nicht ausgehändigt. Das, der Do-

kumentation beigefügte komplette, 1992 erhaltene Urteil spricht allein für die reine Unterdrückungs- und Beraubungsfunktion derartiger politischer Prozesse in der DDR und bedarf keinerlei Kommentierung.

Im „Roten Ochsen“

Unmittelbar nach der Urteilsverkündung wurde ich in den berüchtigten „Roten Ochsen“ in Halle transportiert.

Im C-Block wurde ich zu anderen Häftlingen in eine 3-Mann-Zelle gesteckt. Die Verpflegung war noch weit unter dem Niveau, das schon für die freie Bevölkerung nicht sehr reichlich war. Butter, Obst, Gemüse (mit Ausnahme von Weißkohl), Milch und Milchprodukte waren völlige Fremdworte.

Im ersten Vierteljahr waren wir dem Schrottkommando als Arbeitskräfte zugeteilt und zerlegten Mischschrott in die verschiedenen Metallarten, wobei der Schrott auch gleich noch in handgerechte Portionen für die Wiederverarbeitung zerschlagen werden mußte. Das Ganze machte einen Höllenlärm und war in Bezug auf herumfliegende Metallteile vom Zerkleinern mittels Vorschlaghammer auch nicht ganz ungefährlich.

Dann war ich in der Pantoffelabteilung beim Stanzen von Stoff-Oberteilen eingesetzt. Die Bezahlung der relativ schweren Tätigkeiten erfolgte zum Tagesatz von 50 Pfennig je Tag.

Ende 1953 wurde ich dann in die anstaltseigene Bäckerei umgesetzt. Auch hier war der Begriff Technik ein Fremdwort. Mit primitivsten Mitteln wurde hier für die Häftlinge ein Vollkornbrot minderer Qualität gebacken und anfangs auch noch Brötchen für den staatlichen Handel hergestellt. Mein Haftkamerad W. Stiehl hat in seinen Erinnerungen bereits einiges über die Bäckerei berichtet, so daß ich mich diesbezüglich kürzer fassen kann.

Das Haftleben in der DDR und die kleinen Tricks

Wenn man die damaligen mit den heute in der Bundesrepublik üblichen Haftbedingungen vergleicht, glaubt man nicht, daß beides im gleichen Jahrhundert Wirklichkeit war.

Die aus der U-Haft beschriebene Zellenausstattung war auch im Strafvollzug von gleicher Primitivität. Es fanden jedoch vielfach erheblich stärkere Belegungen der eigentlich für einen Häftling angelegten Zellen statt. Entsprechend bestialisch war der herrschende Gestank aus den nicht dicht verschließbaren Kübeln für die Notdurft.

Die gefilterte DDR Wirklichkeit

Rundfunkgeräte oder Fernsehempfang waren damals absolute Fremdworte. Bücher aus der Zuchthausbücherei konnten sporadisch einmal ausgeliehen werden, aber die Titel waren nicht gerade zur regen Benutzung herausfordernd. Tageszeitungen oder Zeitschriften konnte man gegen Bezahlung aus

dem erarbeitbaren Vermögen von 15,- Mark/Monat abonnieren. Diese Presseerzeugnisse wurden aber vielfach gefensterlt ausgegeben, weil die Anstaltsleitung in einigen, der ohnehin schon hochnotpeinlich zensierten Presseerzeugnisse noch immer einen Angriff auf den Seelenfrieden der anvertrauten Häftlinge sah und die entsprechenden Artikel großzügig herausschneiden ließ. Besonders in der Zeit kurz vor und nach dem mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagenen Volksaufstand am 17. Juni 1953 waren mehr Löcher in der Zeitung als in einem Schweizer Käse.

Der Besitz von Papier und Schreibzeug war völlig Tabu. Lediglich zum Schreiben der monatlich erlaubten 20 Zeilen an die Angehörigen wurde ein Anstaltsvordruckbogen und ein Bleistiftstummelchen hereingereicht. Sowohl die ausgehende als auch die ankommende Post, in gleicher Weise wie der Ausgang auf eine Seite pro Monat kontingentiert, wurde hochnotpeinlich von der Anstaltsverwaltung zensiert.

Die unmöglichsten Nichtigkeiten wurden in beiden Richtungen durch kräftiges Schwärzen unleserlich gemacht.

Feuer machen wie in der Steinzeit

In der Arbeitszeit konnten die Raucher unter uns einige der ebenfalls vom erarbeiteten Verdienst erworbenen Zigaretten in den Rauchpausen rauchen. Um auch am Sonntag in der Zelle eine Zigarette anzünden zu können, mußten schon ein paar Werkzeuge und Sachkenntnis vorhanden sein. Feuerzeug oder Streichhölzer gab es selbstverständlich nicht.

Mittels Brille und einem Sonnenstrahl ging's noch am einfachsten. Mit einigen Verrenkungen und ebensoviel Geschick wie Geduld konnte eventuell auch die Glühbirne der „Zellenbeleuchtung“, die in einem Schacht in der Wand oberhalb der Tür angebracht war, zum Anzünden der Zigarette genutzt werden.

Wer in der Schneiderei tätig war, hatte eventuell die Möglichkeit, sich aus Futterstoffresten Zunder herzustellen. Dieser wurde ähnlich der Holzkohle durch Anzünden des Stoffes und Ersticken des Brandes gefertigt. Ein kleiner Funke, der durch ein Stück Metall aus einer Tonschüssel (einige Eßnapfe waren noch daraus) geschlagen wurde, genügte dann, den Zunder zum Glimmen zu bringen. Natürlich war „Erwischen lassen“ äußerst gefährlich.

Skatkarten-Herstellung

Mittels Gummistempel, aus Treibriemenresten gefertigt, wurden in der Schneiderei aus Zigarettenschachteln Skatkarten „gedruckt“, anschließend mit Kerzenwachs eingerieben und mittels Bügeleisen geglättet. Auch diese wurden natürlich bei den häufigen Filzungen gesucht und gegen Bestrafung fortgenommen.

Weinherstellung

Als ich bereits in der Bäckerei war, setzten wir uns in einer großen Glasflasche aus Marmeladenresten, etwas Zucker und Backhefe ein weinähnliches Getränk zur Gärung an. Bevor das Getränk ausgegärt war, wurde es allerdings von einem Wachtmeister mit guter Nase entdeckt. Die ganze Bäckerei-Genossenschaft bekam als Strafe daraufhin 3 Monate Briefsperr. Normalerweise wäre eine komplette Ablösung der Besatzung fällig gewesen, aber die Anstalt war inzwischen als Frauenhaftanstalt eingerichtet, in der nur etwa noch 40 Männer (Heizer, Bäcker, Schlosser, Elektriker) gehalten wurden. Ein Austausch mit einer anderen Haftanstalt wäre wohl zu aufwendig gewesen.

Der Einkauf

Etwa seit 1954 konnten die Häftlinge einmal monatlich einen Einkauf in einem Kellerraum tätigen in dem einige Waren von der staatlichen Handelsorganisation angeboten wurden. Dazu saß eine Strafgefangene mit den „Lohnlisten“ aller Strafgefangenen neben der Kasse und trug den Kaufbetrag vom kargen Konto, welches durch die Arbeitslöhne und eine eventuelle Geldüberweisung der Angehörigen (max. 20,- Mark/Monat) gespeist wurde, ab. Die Auswahl war analog dem allgemeinen Handel in der DDR recht beschränkt.

Die Entlassung - „erleichtert“

Im April 1955 wurde ich, mit Aussetzung der Reststrafe auf Bewährung, aus der Haft entlassen. Meine Ehe war inzwischen geschieden. Als ich mich zu Hause auf die Waage stellte, wunderte ich mich nicht mehr über meine schlecht sitzende Hose. Obwohl wir in den letzten zwei Jahren in der Bäckerei zumindest keinen direkten Hunger mehr litten, Brot war schließlich ausreichend vorhanden, hatte ich 12,5 Kg abgenommen.

Der Beobachtung entzogen

Aus meinem Zimmer am Jessener Marktplatz konnte ich meinerseits ungelesen meine Beobachter von der „Firma Horch und Guck“ wahrnehmen. Sie drehten erst ab, wenn ich abends das Licht zur Schlafen-Geh-Zeit löschte. Nach 5 Tagen hielt mich nichts mehr „zu Hause“.

Ich benutzte den Hinterausgang am Garten, nachdem ich das Licht zur gewohnten Zeit abgeschaltet hatte. Dann bin ich zu Fuß, immer an der Elster entlang, am Teufelsbecken vorbei (ein Baum, in dessen Höhlung meist Wasser angesammelt war) bis Schweinitz und von dort weiter an der Abdeckerei vorbei bis zum Bahnhof Holzdorf gelaufen.

Von dort benutzte ich den Zug bis Ludwigsfelde, um von dort mit der Vorortbahn bis nach Westberlin hinein zu gelangen. Diese Streckennutzung zur Haupt-Pendler-Verkehrszeit in den frühen Morgenstunden ersparte mir die Be-

gegnung mit der üblichen Paßkontrolle in den D-Zügen vor Berlin. Mit meinem „vorläufigen Personaldokument“ durfte ich mich offiziell nicht aus dem Kreis Jessen herausbewegen.

Von meiner gesamten in der Haft ersparten Barschaft in Höhe von etwa 70,- Mark waren mir bei der Anmeldung im Aufnahmelager noch ganze 3.80 Mark in der Geldbörse verblieben. Auch sonst war ich ziemlich abgerissen (kein Stück Wechselwäsche, kein Rasierzeug, abgetragene Kleidung, abgemagert).

Lagerleben und Bürokratie

Ich wurde in das an der Zonengrenze gelegene „Haus Dunant“, am Askani-schen Platz 3, eingewiesen, traf dort 2 mir bekannte Jessener Bürger und wartete auf den Gang der bürokratischen Mühlen der Aufnahme-prozedur.

Mein Zimmernachbar legte mir seinen Rasierapparat zur Mitnutzung aufs Bett, damit ich mich wenigstens rasieren konnte. Da ich keine Wechselwäsche be-saß, ging ich jeden Tag, wenn's klappte, mehrmals unter die Dusche um nicht allzu verkommen zu „duften“.

Nach Durchlaufen von 10 Stationen der Aufnahme-prozedur erhielt ich nach etwa 3 Wochen erstmalig einen Lebensmittelgutschein im Werte von 15,- DM. Zwischenzeitlich versuchte ich die Bettel-tour bei den Parteien und Organisatio-nen. Das Ergebnis:

- Von der CDU erhielt ich diverses Propagandamaterial.
- Von der KGU wurde ich mit einem Hemd unterstützt.
- Bei der SPD wurden mir 5,- DM zugesteckt, in meiner Situati-on ein kleines Kapital.

Den Lebensmittelgutschein zahlte mir der Händler, den ich darum bat, in bar aus. Dann ging ich mit meinem Reichtum einkaufen. Dazu nahm ich mir sehr viel Zeit für Preisvergleiche und erwarb letztendlich folgende Ausstattung:

1 Garnitur Unterwäsche	1 Paar Strümpfe
1 Rasierapparat mit 2 Klingen	1 Kamm
1 Päckchen Tabak	

Daneben ließ ich mir für 0,90 DM die Haare schneiden und nahm eine Dusche für 0,50 DM. Als Rest meiner Barschaft verblieben mir 0,15 DM.

Nach weiteren 7 Tagen erhielt ich etwa 325,- DM Heimkehrergeld und Begrüßungsgeld der Stadt Berlin. Auch dieses Geld legte ich nach sorgfältiger Aus-wahl für meine weitere äußere Ausstattung wie folgt an:

1 Hose	1 Sakko
2 Hemden	1 Krawatte
1 Paar Kreppschuhe	1 Choat
1 kleiner Koffer (5,- DM)	1 Uhr (Sonderangebot)

Ich kann diese Einkäufe noch heute so genau beschreiben, weil mir der schwierige Start und die Freude über die erworbene Ausstattung in der Freiheit eine Notiz wert waren. Meine Mitbewohner im Heim wollten mich nach der Neuausstattung fast nicht mehr wiedererkennen.

Mein in Berlin ausgefüllter Aufnahmeantrag für die Mitgliedschaft in der VOS (Vereinigung der Opfer des Stalinismus, eine Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge) trägt das Datum 12. April 1955.

Der Ausflug

Nachdem die Aufnahmeprozedur abgeschlossen war und der A-5 große Laufbogen für die Aufnahmeprozedur auf Vorder- und Rückseite dicht bei dicht mit Stempeln übersät war hieß es auf freie Plätze in den Linienflugzeugen nach Westdeutschland warten. Zur Auswahl standen, soweit ich mich erinnere, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart. Es wurden nur soviel Flüchtlinge ausgeflogen, wie in den Maschinen nicht von zahlenden Fluggästen genutzte Plätze frei blieben.

Ich hatte mich für Nordrhein-Westfalen entschieden und wurde in das Ausweichlager für Nordrhein-Westfalen, Wentdorf, über den Flugplatz Hamburg-Bergedorf ausgeflogen.

Nach etwa 4 Wochen in diesem Lager konnte ich endlich nach dem ausgewählten Zielort Düsseldorf abreisen. In meiner Begleitung reiste eine hochschwangere Frau, die ich als meine Verlobte ausgegeben hatte, damit sie schneller dem Lagerleben entkommen konnte.

Wieder Notunterkunft

Nachdem wir nachts in Düsseldorf ankamen, lieferte ich meine Begleiterin im Mädchenwohnheim ab und meldete mich selbst am frühen Morgen beim Stadtdirektor. Von dort erhielt ich eine Einweisung in die Notunterkunft im Gatherweg-Bunker in Düsseldorf-Lierenfeld.

Der Bunker hatte an seiner Außenseite einen Beton-Treppenaufgang um in die oberen Etagen zu gelangen. Im obersten Geschoß waren die „Mietsäumigen“ untergebracht. Auf der Treppe überraschte mich plötzlich eine bekannte Stimme. Sie gehörte einem ehemaligen Mithäftling, Werner Teuchert, der im „Roten Ochsen“ die Wäscherei leitete.

Der Hausmeister wies mich in eine Kabine, ausgestattet mit Bett, 3 Decken, 1 Kocher, Tisch und Stühlen, ein.

Durch Hinweis eines Mitbewohners der Notunterkunft erfuhr ich von einer Möglichkeit der Zuweisung von Wohnraum in neu zu bauenden Häusern. Ich begab mich sofort zum Wohnungsamt, durfte dort auch tatsächlich einen Antrag für eine in den Kötten 19 neu zu errichtende Wohnung ausfüllen und sollte nach etwa 4 Wochen einmal nach dem Stand des Baufortschritts sehen.

Enttäuschung - Schnelligkeit ist keine Hexerei

Nach etwa 4 Wochen fragte ich mich nach dem Bauplatz der neuen Wohnungen durch. Wie groß war aber meine Enttäuschung, als ich außer zwei Stricken, an denen friedlich im Park grasend 2 Ziegen hingen, nichts von einer wachsenden Bebauung entdecken konnte.

Bis zur nächsten „Besichtigung“ ließ ich mir nun 6 Wochen Zeit und war danach total überrascht, als ich die fix und fertigen Rohbauten an der gleichen Stelle erblickte. Kurze Zeit darauf konnte ich bereits einziehen.

Spartanisch einfach

Die Fenster beklebte ich vorerst mit Papier, weil mir das Geld sowohl für einen Möbelkauf, als auch für Gardinen fehlte. Als erstes legte ich mir einen Ölofen zu, der zwar verhältnismäßig viel Brennstoff schluckte, aber den noch klammen Neubau vorzüglich mit angenehmer Wärme füllte.

Ich beantragte zwar eine Lastenausgleichsrate für einen Möbelkauf, fiel aber durch das Netz, weil mir 9 Tage an mehr als 2 Jahren und einem Monat Haftzeit fehlten.

Wieder im Erwerbsleben

Ich bewarb mich bei der Glashütte und bekam einen Arbeitsvertrag, in welchem mir ein Stundenlohn von 1,48 DM sowie ein möglicher Leistungszuschlag von 0,12 DM, also ein Wochenlohn von etwa 70,- DM, zugesichert wurde. Endlich, nach über 4 Jahren, wieder selbst verdientes Geld.

Von einer Anmeldung haftbedingter Gesundheitsschäden nahm ich Abstand, weil ich von anderen ehemaligen DDR-Häftlingen erfahren hatte, daß beim Versorgungsamt nur Aussicht bestand, wenn man von 2 Helfern unter dem Arm dort hingetragen wurde.

Später bekam ich dann nach dem Häftlingshilfegesetz eine Eingliederungshilfe von insgesamt 5000,- DM, die mir bei einer bescheidenen Einrichtung meiner Wohnung sehr nützlich war. Dieser Betrag wurde 1993 von der zu zahlenden Kapitalentschädigung nach dem vom Bundestag verabschiedeten 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, von 300,- DM je Haftmonat, wieder abgezogen.

Eheschließung und schwieriger Anfang

1961 schloß ich meine zweite Ehe. Wir bezogen meine jetzige Wohnung. In den ersten 6 bis 8 Jahren haben wir die erforderlichen Anschaffungen durchgängig aus Ratenkäufen ermöglicht. Erst danach war die finanzielle Situation durch die sich steigenden Löhne und den geringeren Bedarf für die nunmehr nur noch im einzelnen zu erneuernde Ausstattung soweit ausgeglichen, daß auch mal ein Spargroschen angelegt werden konnte.

Alltag in bescheidenem Wohlstand

Seit den siebziger Jahren lebte unsere Familie, zu der noch unsere Tochter hinzugekommen war, in bescheidenem Wohlstand. Wir konnten uns unsere Ferienreisen leisten und brauchten den Pfennig nicht mehr dreimal vor dem Ausgeben umdrehen. Inzwischen habe ich ein erfolgreiches Arbeitsleben mit einer guten finanziellen Abfindung beenden können und kann mich nun, nach der Wende und dem zu frühen Tod meiner Ehefrau, dem ebenso aufwendigen wie langwierigen bürokratischen Verfahren zur Wiedererlangung meines, mit dem politischen Terrorurteil der DDR-Justiz eingezogenen, bescheidenen Grund- und Immobilien-Vermögens befassen.

Die Rückgabe

Unser 3-Familien-Wohn- und Gewerbehaus am Jessener Markt und bescheidene Landflächen, welche sich 323 Jahre lang, bis zum „Übergang in Volkseigentum durch gerichtlichen Vermögenseinzug“, in unserem Familienbesitz befanden, wurden mir nunmehr vom „Amt für offene Vermögensfragen“ wieder zugesprochen.

Die Bausubstanz bedarf dringlichst einer Sanierung. Die in Nutzung nehmende Konsumgenossenschaftliche Backwarenindustrie hatte nach dem Neubau der Großbäckerei Wittenberg den Bäckereibetrieb abgerissen und das Objekt als Kaufhalle eingerichtet. Als solche wird es noch heute von der Konsumgenossenschaft Kreis Burg-Genthin-Zerbst genutzt - nunmehr als mein Mieter. Ich werde wohl noch eine Reihe von klärenden Reisen unternehmen müssen, bis ich alles in einem veräußerungsfähigen Zustand habe. Die Familientradition wird durch die Eingriffe der stalinistischen Machthaber abgebrochen bleiben.

1 Ks 212/53
I 190/53

IM NAMEN DES VOLKES

In der Strafsache gegen

den Betonarbeiter Friedrich G r e g o r, geb. am
8.9.1925 in Jessen, wohnhaft zuletzt in
Berlin-Ludwigsfelde, Potsdamerstrasse, Baracken,
in U-Haft seit dem 10.3.1953

wegen Verbr. nach Art. 6 d. Verf. d. DDR. u. KRD. 38 Abschn. II
Art. III A III

hat der Strafsenat des Bezirksgerichts Halle/S. in der Sitzung vom
20. Mai 1953, an der teilgenommen haben:

Oberrichter am Bezirksgericht Kretschmar
als Vorsitzender
Oskar Herre - Halle/S.
Hermann Haring - Halle/S.
als Schöffen,
Staatsanwalt Fehse als Vertreter des Bezirksstaatsanwalts
Justizangestellte Ringelsbach als Protokollantin

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verbrechens gegen Art. 6 der Verf. d.
DDR, in Verbindung mit KRD. 38 Abschn. II Art. III A III zu einer
Zuchthausstrafe von

3 Jahren und 6 Monaten

verurteilt.

Die Sühnemaßnahmen der KRD. 38 Abschn. II Art. IX Ziffer 2 - 9 werden ihm auferlegt. wobei auf die gesamte Vermögenseinziehung erkannt und bei Ziffer 7 die Dauer von 5 Jahren festgesetzt wird. Die Untersuchungshaft seit dem 10.3.1953 wird ihm in voller Höhe auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen.

G r ü n d e

Der Angeklagte entstammt einer Bäckersfamilie und hat auch selbst das Bäckerhandwerk erlernt. In diesem Beruf war er, mit Ausnahme seiner Dienstzeit bei der faschistischen Wehrmacht, bis 1952, zuletzt selbständig, nachdem er die väterliche Bäckerei übernommen hatte, tätig.

Bis zu seiner Festnahme war er als Arbeiter im Erzbergbau und zuletzt bei der Bau-Union beschäftigt. Dort hatte er ein Gesamteinkommen von 400 - 500 DM.

Vor 1945 gehörte der Angeklagte keiner Partei an. Nach 1945 wurde er Mitglied der SED. Durch Nichtzahlung von Beiträgen schloß er sich selbst 1952 aus.

Offensichtlich ist er durch die Hetze der anglo-amerikanischen, imperialistischen Kriegstreiber beeinflusst und zu deren Handlanger geworden. Erfüllt von Haß gegen unsere fortschrittliche Entwicklung und die Sowjetunion hat er auch selbst feindliche Hetzargumente erfunden und sich im Interesse der verbrecherischen Pläne der imperialistischen Kriegstreiber betätigt.

Am 9.3.1953 befand sich der Angeklagte im Wartesaal des Bahnhofes in Wittenberg, um auf seine Baustelle zurückzufahren. Die Zeugen Schröder und Leder, welche unserer KVP angehören und auf der Rückreise aus dem Urlaub zu ihrer Dienststelle den Bahnhof Wittenberg passierten, setzten sich an den Tisch, an welchem der Angeklagte saß.

Eine von unserer Volkspolizei durchgeführte Ausweiskontrolle gab dem Angeklagten Gelegenheit, das allgemeine Gespräch mit den Zeugen in politischer Hinsicht fortzusetzen. Er versuchte, in übelster Weise diese Zeugen zu verhetzen.

Seine Hetze richtete sich nicht nur gegen unsere staatliche Ordnung und unsere Regierung, sondern hatte auch die Völker der Sowjet-Union bzw. ihre Regierung und insbesondere den Führer des Weltfriedenslagers, hervorragenden Repäsentanten der internationalen Arbeiterklasse und der Regierung der Sowjetunion, J.W. Stalin, zum Angriffsziel.

So verleumdete er in übelster Weise den Charakter unserer demokratischen Wirtschaft in Gegenüberstellung zur westdeutschen Wirtschaft und unterschob unserer Regierung Maßnahmen, welche sich auf unsere Bevölkerung nachteilig auswirken müßten.

Er diskreditierte in übelster Weise die notwendig gewordenen Maßnahmen unserer Verteidigung. Er bezichtigte unsere Regierung einer terroristischen Politik gegenüber Angehörigen unserer Blockparteien.

Damit im Zusammenhang verleumdete er in gemeinster Weise die Persönlichkeit J.W. Stalins. Er verleumdete ferner die wahren Friedensbestrebungen der Sowjetunion im Hinblick auf die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Kampf in Korea.

Die brüderliche Hilfe, welche die Sowjetunion dem deutschen Volke in der Frage der Versorgung mit Lebensmitteln zuteil werden läßt, verleumdete er in gemeinster Weise.

Seine hetzerischen Argumente trug er so laut vor, daß sie nicht nur für die Zeugen, sondern für alle umsitzenden Personen vernehmlich waren und setzte den sachlichen Aufklärungsversuchen der Zeugen weitere Hetzargumente entgegen.

Dieser Sachverhalt ergibt sich aus den Einlassungen des Angeklagten, soweit ihnen der Senat zu folgen vermochte, und den Aussagen der Zeugen, welche voll glaubwürdig sind.

Nach diesem Sachverhalt ist der Angeklagte des Verbrechens gegen Art. 6 d. Verf. d. DDR., begangen durch Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen und durch Bekundung von Völkerhaß schuldig.

In Verbindung damit hat sich der Angeklagte auch des Verbrechens gegen die KRD. 38 Abschn. II Art. III A III durch Verbreitung tendenziöser Gerüchte, welche geeignet sind, den Frieden des deutschen Volkes und der Welt zu gefährden, schuldig gemacht.

Unter Würdigung des gesellschaftsgefährlichen Charakters der einzelnen Tathandlungen und des gesamten Persönlichkeitsbildes des Angeklagten bedarf es einer längeren Zeit gesellschaftlicher Erziehung im Rahmen unseres demokratischen Strafvollzuges und war dem Antrag des Vertreters der Anklagebehörde entsprechend auf die ausgesprochene Strafe zu erkennen.

Mit derselben Begründung war auch auf die Sühnemaßnahmen der KRD. 38 im ausgesprochenen Ausmasse zu erkennen. Die Untersuchungshaft wurde dem Angeklagten gem. § 219 StPO auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Kostenentscheidung beruht auf § 353 StPO.

1 Ks 212/53
I 190/53

B e s c h l u s s

In der Strafsache gegen

den Betonarbeiter Friedrich G r e g o r, geb.
8.9.1925 in Jessen, wohnhaft zuletzt in
Berlin-Ludwigsfelde, Potsdamerstrasse, Baracken,
z.Zt. in der Strafvollzugsanstalt I in Halle/S.

wird die Vollstreckung der Reststrafe, welche sich aus
dem Urteil des Bezirksgerichts Halle/Saale vom 20.5.1953
ergibt, mit dem Ziele des Straferlasses unter Wirkung vom 01.
April 1955

bedingt ausgesetzt.

Es wird ihm eine Bewährungsfrist von 2 ½ Jahren auferlegt.

G r ü n d e

Durch das oben angeführte Urteil wurde auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten erkannt. Davon hat der Verurteilte mehr als zwei Jahre verbüßt. Bis zum Jahre 1952 ergibt das Vorleben des Verurteilten zu keinen Beanstandungen Anlass. Von dieser Zeit ab scheint der Verurteilte in schlechte Gesellschaft geraten zu sein und darin dürften im wesentlichen die Ursachen seiner strafbaren Handlungen liegen. Sein Verhalten im Strafvollzug zeigt saubere und gewissenhafte Arbeit sowie diszipliniertes Verhalten. Seine Diskussionen mit den Mitgefangenen lassen erkennen, daß er positiv zu unserer Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik eingestellt ist und den Willen hat, auch nach seiner Entlassung aus der Strafhafte alle Kräfte für unseren Aufbau einzusetzen. Der Strafzweck dürfte somit weitestgehend erreicht sein. Dies berechtigt die Erwartung, daß sich der Verurteilte nicht nur während der ihm auferlegten Bewährungszeit verantwortungsbewußt verhalten, sondern auch künftig seine Pflichten als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gewissenhaft erfüllt wird. Sollte er diesen Erwartungen nicht entsprechen, kann ihm die nach § 346 StPO gewährte bedingte Strafaussetzung jederzeit entzogen und die Vollstreckung der Reststrafe nach § 347 StPO angeordnet werden.

Halle/Saale, den 15 März 1955
Der Bezirksgerichtliche Strafsenat
Der Vorsitzende
gez. Kretschmer
Oberrichter am Bezirksgericht
Ausgefertigt: Halle/Saale, den 15.3.1955

Sekretär

1 AR 206/57
I 190/53

B e s c h l u s s

In der Strafsache gegen

den Betonarbeiter Friedrich G r e g o r,
geb. am 8.9.1925 in Jessen,
zuletzt wohnhaft gewesen in Jessen/E.

wird die Reststrafe aus dem Urteil des Bezirksgerichts Halle/S.
vom 20.5.1953, deren Vollstreckung durch Beschluß vom 15. März
1955 bedingt ausgesetzt wurde,

e r l a s s e n .

Dem Verurteilten wurde bedingte Strafaussetzung unter Auferlegung einer Bewährungsfrist von 2 ½ Jahren gewährt. In dieser Zeit sind keine Umstände bekannt geworden, welche dem Erlass der Reststrafe gem. § 347 Abs. 2 StPO entgegenstehen.

Halle/Saale, den 17.10.1957
Das Bezirksgericht, 1. Strafsenat
Der Vorsitzende

gez. Kaulfersch

Ausgefertigt:
Halle/Saale, den 17.10.1957

(Retzloff)
Sekretär.

B e s c h l u ß

In dem Rehabilitierungsverfahren

für Friedrich G r e g o r ,
geboren am 08. September 1925 in Jessen,
wohnhaft in Dunatstr. 5, W-4040 Neuss 1,

- Betroffener -

hat das Bezirksgericht Halle <2. Senat für Rehabilitierungs-
verfahren> am 17. Juni 1992 durch

Richter am Bezirksgericht G r a s s e
als Vorsitzenden,
Richter am Amtsgericht O e t l i n g und
Richter G o t t f r i e d
als beisitzende Richter

b e s c h l o s s e n :

Das Urteil des Bezirksgerichts Halle vom 20. Mai 1953
(1 Ks 212/53) wird

a u f g e h o b e n .

Der Betroffene wird

r e h a b i l i t i e r t .

Der Betroffene hat für den erlittenen Freiheits-
entzug vom 09. März 1953 bis 01. April 1955 einen
Anspruch auf soziale Ausgleichsleistungen
(§ 7 RehaG).

Für die in dem bezeichneten Urteil ausgesprochene
Einzahlung seines gesamten Vermögens ist der
Betroffene nach dem Gesetz zur Regelung offener
Vermögensfragen zu entschädigen.

Die Entscheidung ergeht gerichtskostenfrei; die
notwendigen Auslagen des Betroffenen trägt die
Landeskasse.

Gründe:

I.

Der Betroffene wurde mit dem im Tenor bezeichneten Urteil wegen
Verstosses gegen Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit
Kontrollratsdirektive 38, Abschnitt II Artikel III A III - Boykott-
hetze und Verbreitung friedensgefährdender Gerüchte - zu einer
Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt wor-
den. Im wurden die Sühnemaßnahmen der Kontrollratsdirektive 38 Ab-
schnitt II Artikel IX Ziffer 2 - 9 auferlegt, wobei auf die gesamte
Vermögenseinzahlung erkannt und bei Ziffer 7 eine Dauer von fünf
Jahren festgesetzt wurde.

Nach dem Inhalt der Handakte der Staatsanwaltschaft beruhte die
Verurteilung des Betroffenen auf folgenden damaligen Fest-
stellungen:

In den frühen Morgenstunden des 09. März 1953 hielt sich der Be-
troffene im Wartesaal des Bahnhofs in Wittenberg auf, um zu seiner
Baustelle zurückzufahren. Gegenüber den Zeugen Schröder und Leder
äußerte er sich kritisch sowohl zur staatlichen Ordnung der DDR und
deren Regierung, als auch über Stalin. Er verglich die Wirtschaft
der DDR mit der westdeutschen und unterstellte der Regierung der
DDR Maßnahmen, die sich auf die Bevölkerung nachteilig auswirken
müßten. Weiter erklärte er, die Regierung betreibe gegenüber den
angehörigen Blockparteien eine terroristische Politik. In diesem
Zusammenhang äußerte er sich erneut kritisch über Stalin und über
die friedliche Verwendung der Atomenergie durch die Sowjetunion.
Auch deren Lebensmittelhilfe für die DDR unterzog er einer kriti-
schen Würdigung.

Der Betroffene wurde am 09. März 1953 festgenommen, befand sich in
dieser Sache in Untersuchungshaft seit dem 10. März 1953 und nach
Rechtskraft des Urteils in Strafhaft bis zum 01. April 1955.
Mit Wirkung dieses Tages wurde der Vollzug der restlichen Frei-
heitsstrafe auf die Dauer von zwei Jahren und sechs Monaten zur Be-
währung ausgesetzt und der Betroffene entlassen.

II.

Der Betroffene beantragt seine Rehabilitierung und die Aufhebung
der Vermögenseinzahlung.

Die Staatsanwaltschaft Halle/Saale hat sich in den Fällen der vor-
liegenden Art generell dem Antrag auf Rehabilitierung mit den sich
aus § 4 RehaG ergebenden Folgen angeschlossen.

III.

Der Antrag ist zulässig. Gemäß § 10 Absatz 1 Ziffer 1 des Rehabili-
tierungsgesetzes vom 06.09.1990 (Gbl. DDR I, S. 1459 i.d.F. der
Vereinbarung vom 18.09.1990 zur Durchführung und Auslegung des Ei-
nigungsvertrages - Gbl. DDR I S. 1979 - in folgenden: RehaG) ist
der Betroffene antragsberechtigt.

Der Antrag ist auch begründet. Der Betroffene war gemäß § 3 Absatz
2 Ziffer 1 RehaG zu rehabilitieren.

Der Betroffene wurde verurteilt, weil er politischen Widerspruch in Wort erhoben hatte.

Das gegen ihn ergangene Urteil war aufzuheben (§ 4 RehaG). Die diesbezüglichen Strafregistereintragungen sind zu tilgen (§ 5 Absatz 2 RehaG).

Die Anrechnung der Zeit des in dieser Sache verbüßten Freiheitsentzuges ist als versicherungspflichtige Tätigkeit anzurechnen (§ 9 RehaG).

Der Betroffene hat gemäß § 7 Absatz 1 RehaG einen Anspruch auf soziale Ausgleichsleistungen, über deren Höhe der Senat jedoch nicht zu erfinden hat. Gemäß § 7 Absatz 2 RehaG richten sich Art und Umfang der sozialen Ausgleichsleistungen nach den Bestimmungen des Häftlingshilfegesetzes.

Mit seinen konkreten Ansprüchen hat sich der Betroffene an die für seinen Wohnsitz zuständigen Verwaltungsbehörden zu wenden, denen die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes und des Unterhaltsbeihilfegesetzes obliegen.

Bezüglich der Rückgabe eingezogener Gegenstände hat sich der Betroffene gemäß § 2 Absatz 3 RehaG an das für seinen damaligen Wohnsitz zuständige Landratsamt - Amt zur Regelung offener Vermögensfragen - zu wenden.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 16 Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 RehaG.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluß ist die sofortige Beschwerde zulässig. Diese ist innerhalb einer Woche beim hiesigen Bezirksgericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen. Die Frist beginnt mit Zustellung der Entscheidung und ist nur gewährt, wenn das Rechtsmittel innerhalb der Frist bei Gericht eingegangen ist.

Grasse Oetling Gottfried

Ausgefertigt:
Halle/Saale, den 09. Juli 1992

Urkundsbeamte der Geschäftsstelle

Artikel 6 der Verfassung der DDR von 1949: (Gesetzblatt der DDR von 1949, S.6)

- (1) Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.
- (2) Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.
- (3) Wer wegen Begehung dieser Verbrechen bestraft ist, kann weder im öffentlichen Dienst noch in leitenden Stellen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sein. Er verliert das Recht, zu wählen und gewählt zu werden.“

Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 : (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 11 vom 31. Oktober 1946)

Abschnitt II , Artikel III („Belastete“), A („Aktivisten“), III :

„Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet.“

Abschnitt II, Artikel IX („Sühnemaßnahmen gegen Belastete“) :

1. Sie können auf die Dauer bis zu 10 Jahren in einem Gefängnis oder in einem Lager interniert werden, um Wiedergutmachungs- und Wiederaufbauarbeiten zu verrichten. ...

ABKÜRZUNGEN

SS aus: Bertelsmann Universallexikon

Abk. für Schutzstaffel, eine Formation der NSDAP, 1925 aus besonders ergebenen Nationalsozialisten zunächst zum Schutz Hitlers u. der nat.-soz. Führer gegr., seit 1929 unter H. Himmler zur parteiinternen Sicherheitsorganisation ausgebaut. Nach der Ausschaltung E. Röhm (SA) 1934 begann die Entwicklung der SS zu einem beherrschenden Machtfaktor. Sie wurde Hitler direkt unterstellt. Aus der »Leibstandarte Adolf Hitler« u. den »Polit. Bereitschaften« entwickelte Himmler die SS-Verfügungstruppe, eine Art SS-Armee (1939 etwa 18 000 Mann). Außerdem gab es die SS-Totenkopfverbände, die 1934 die Bewachung der Konzentrationslager übernahmen. Aus der SS-Verfügungstruppe u. SS-Totenkopfverbänden wurde 1940 die Waffen-SS gebildet. Die Waffen-SS (1944 fast 600 000 Mann) kämpfte im 2. Weltkrieg an der Seite des Heeres, war aber kein Teil der Wehrmacht. Vom Internat. Militärgerichtshof in Nürnberg wurde die SS 1946 zur »verbrecherischen Organisation« erklärt.

Gestapo aus: Bertelsmann Universallexikon

Abk. für Geheime Staatspolizei, polit. Polizei des nat.-soz. Regime in Dtl. 1933-45; ab 1940 dem Reichssicherheitshauptamt eingegliedert. Ihre Aufgabe war neben der Ermittlung polit. Straftaten (Hoch- u. Landesverrat; Verstoß gegen Blutschutz-, Rundfunk-, Heimtückegesetz u.a. NS-Gesetze) die Verfolgung aller, die das NS-Regime als seine Gegner betrachtete (Juden, Freimaurer, Marxisten, »Reaktionäre«, christl. Kirchen, »östl. Untermenschen« u.a.). Die Vernichtung der Juden war eine Aufgabe des Referats IV B 4 (SS-Obersturmbannführer A. Eichmann). Im Dt. Reich u. in den während des 2. Weltkriegs besetzten Gebieten war die G. durch ihre schrankenlose, oft willkür. Gewalt u. ihre unmenschl. Methoden das gefürchtetste Instrument polit. Terrors.

Schwarzhandel aus: Bertelsmann Universallexikon

Sonderform des Schleichhandels in (Krisen-)Zeiten mit Güterbewirtschaftung (Rationierung) u. Preisfestsetzungen. Durch die Rationierung entsteht infolge der Festpreise ein Geldüberhang, der zu einem »schwarzen Markt« führt, auf dem rationierte Waren frei gehandelt u. die Festpreise überschritten werden.

Reichsmark aus: Bertelsmann Universallexikon

Abk. RM, 1924-48 dt. Währungseinheit, 1 RM = 100 Reichspfennig (Rpf.).

Ulbricht aus: Bertelsmann Universallexikon

Walter, *1893, †1973, dt. Politiker; im 2. Weltkrieg in der Sowj. Organisator des Nationalkomitees »Freies Deutschland«; kehrte 1945 nach Dtl. zurück, trug maßgeb. zur Gründung der SED bei; seit 1950 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär (1953) des ZK der SED; 1960 Vors. des Staatsrats; 1971 durch E. Honecker abgelöst.

VEB-Knast

= Volks-Eigener-Betrieb - Knast = im Umgangsjargon gebräuchliche Bezeichnung für die »Strafvollzugsanstalten« in der DDR

SED aus: Bertelsmann Universallexikon

Sozialist. Einheitsp. Dtl., Abk. SED, die 1949-89 herrschende Staatspartei der DDR, gegr. 1946 in der SBZ durch Zwangsvereinigung der SPD mit KPD, seit 1948 zur leninist. Kaderpartei umgeformt. In der DDR besetzte die SED alle Führungspositionen; die Parteichefs W. Ulbricht (1950-71) u. E. Honecker (1971-89) hatten eine diktator. Machtfülle. In der friedl. Revolution 1989 mußte die SED unter E. Krenz ihren Führungsanspruch aufgeben. Unter dem Vorsitz von G. Gysi distanzierte sich die Partei teilweise von ihrer bisherigen Ideologie u. Praxis. Seit 1990 nennt sie sich Partei des demokr. Sozialismus (PDS).

Stalin aus: Bertelsmann Universallexikon

eigtl. Dschugaschwili, Jossif (Josef) Wissarionowitsch, *1879 (n.a.A. 1878), †1953, sowj. Revolutionär u. Politiker; Georgier; wurde 1912 in das ZK der bolschewist. Partei kooptiert. Den 1. Weltkrieg verbrachte er in sibir. Verbannung. Seit 1922 brachte er als Generalsekretär den Parteiapparat der KPdSU unter seine Kontrolle. Nach dem Tod Lenins schaltete er durch geschicktes Ausspielen der versch. Gruppen in der KPdSU nacheinander L. Trotzki, G. Sinowjew, L. Kamenew, N. Bucharin u.a. prominente Bolschewiki aus. Seit Ende der 1920er Jahre war er Diktator der Partei u. des Landes. Sein innenpolit. Sieg brachte der UdSSR ein brutales Terrorregime. Seit 1941 war S. auch Vors. des Rates der Volkskommissare u. Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Seine durch den Pakt mit Hitler betriebenen Annexionen im W. baute er nach dem 2. Weltkrieg aus. Dadurch wurde der kalte Krieg eingeleitet. S. ließ sich als »Genius der Menschheit« feiern.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt
Verfasser: Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
Landesgruppe Sachsen-Anhalt
Layout: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.
